

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

11 · 2010

THEMA

Rechnungshof-Kompetenz: Künftig sind 71 Gemeinden zu prüfen ▶ 8

PRAXIS

Mit Zins und Zinseszins: Über die Mechanismen der Finanzwelt ▶ 42

CHRONIK

Die E-Government-Box: eine Werkzeugsammlung für Gemeinden ▶ 64

THEMA

Haftung: Leben auf eigene Gefahr

Haftungsfragen werden immer öfter zum Damoklesschwert über den Häuptern der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ein Symposium zeigte auf, wie die Ortschefs damit umgehen können und sollen.

SEITE 12

DVR: 0930 423

GEHÖREN SIE SCHON ZU DEN ENERGIESPARGEMEINDEN IN ÖSTERREICH?

JETZT
€ 500,-
ENERGIECHECK-
BONUS NUTZEN!

Investieren Sie in **Energiesparmaßnahmen in Ihrer Gemeinde** und nutzen Sie die dadurch entstehende finanzielle Ersparnis für Ihre Bürger. Ihr BAWAG PSK Betreuer-Team und die Experten von Energy Globe stehen Ihnen bei der Umsetzung Ihrer Projekte aktiv zur Seite.



Das Leben der Bürgermeister ist mehr als gefährlich

Mit einem Fuß im Kriminal

Es gibt kein schöneres, aber auch kein schwierigeres Amt als das des Bürgermeisters. Das weiß jeder, der jemals in die Kommunalpolitik hineingeschnuppert hat und die Vielzahl und die Vielfalt der Aufgaben eines Bürgermeisters kennt. Der Bürgermeister hat in Österreich eine ausgeprägte Befugnis, die es ihm ermöglicht, Vieles zu machen. Nicht umsonst werden die Gemeindeverantwortlichen als „Ortskaiser“ bezeichnet oder als „Dorfpascha“ verunglimpft. Das heißt, er hat viele Befugnisse und viele Verantwortlichkeiten. Er oder sie muss seine oder ihre Entscheidung nicht nur den Bürgern erklären, sondern sie vor allem im Rahmen enger gesetzlicher Grenzen treffen. Und die Gerichte legen gerade bei den Bürgermeistern sehr strenge Regeln an. Das zeigen dutzende Fälle, in denen Kommunalpolitiker vor dem Staatsanwalt oder dem Richter stehen. Und dabei geht es nicht nur um klare Kriminalfälle, sondern um Fragen der Haftungen, die immer mehr aufgeworfen werden.

Bei einem höchst prominent besetzten Symposium der kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft wurden die Probleme der Haftung der Gemeindeorgane erläutert und heftig diskutiert. Und so manchem Teilnehmer haben die Ergebnisse schlaflose Nächte bereitet, wenn man bedenkt, wofür der Bürgermeister verantwortlich ist. Das beginnt bei den schwierigen Fällen als Baubehörde, geht über die vielfältigen Bereiche der Infrastruktur – Wegerhaltung, Kinderbetreuung, Pflichtschule, Sportanlagen, Trinkwasser, Abwasser, Abfall, Seniorenheime, Friedhof etc. – und endet beim weiten Feld als Veranstaltungsbehörde. Dabei ist dies nur ein kleiner Teil, im Grunde nach ist nämlich der Bürgermeister für alles und jedes verantwortlich, was in seiner Gemeinde passiert. Und da die Gerichtsbarkeit beim

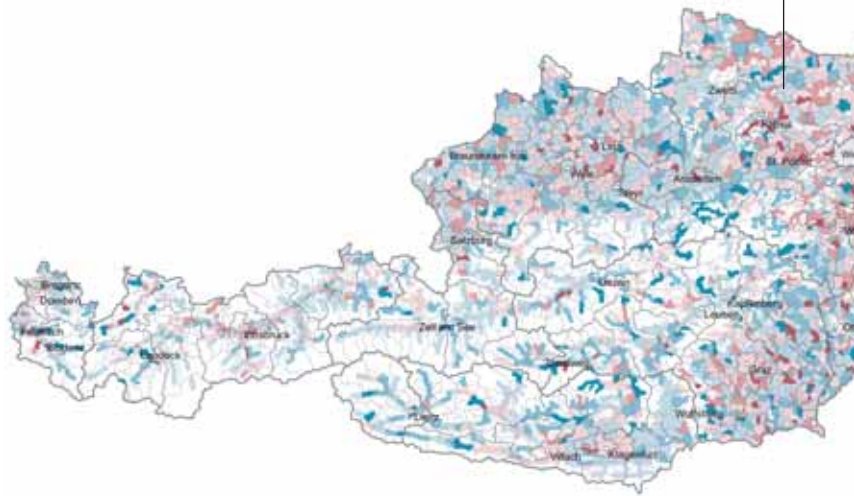
Bürgermeister davon ausgeht, dass er für sein vielfältiges Amt die notwendige Eignung aufweist, kennt sie auch nach dem Motto „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“ keine Gnade. Nach Meinung der Rechtsgelehrten müsste der Bürgermeister ein wahrer Wunderwuzzi sein, der alles und jedes kann, und wenn nicht, dann muss er sich eben durch entsprechende Gutachten von Sachverständigen und Experten absichern. Ansonsten kann ihm sehr leicht der Vorwurf des fahrlässigen Handelns gemacht werden, was dazu führt, dass er einerseits im Kriminal steht, andererseits auch mit seinem Privatvermögen haftet. Und das alles bei einer Entschädigung, die weit weg ist von einem Gehalt eines Geschäftsführers. Und dazu kommt, dass die sozialrechtliche Absicherung völlig in der Luft hängt. Nun kann man sehr leicht sagen, selber schuld, warum tun sich Menschen dieses Amt noch an, bei dem man stets mit einem Fuß im Kriminal steht?

Auch dafür gibt es eine Antwort: Weil die Arbeit in der Gemeinde für die Bürger und mit den Bürgern spannend ist, weil die Bevölkerung Verständnis und Vertrauen aufbringt und das Leben in den Gemeinden gestaltet wird. Es ist ein hoher Preis und ein hoher Einsatz, den die Kommunalpolitik verlangt, und es wird sicher nicht einfacher, aber der Lohn dafür ist eine Anerkennung, die es auf keiner anderen Ebene der Politik gibt.




Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Nach Meinung der Rechtsgelehrten müsste der Bürgermeister ein wahrer Wunderwuzzi sein, der alles und jedes kann, und wenn nicht, dann muss er sich eben durch entsprechende Gutachten von Sachverständigen und Experten absichern.



THEMEN

Gemeindebund

- 9 Schwellenwerte für Gemeinden bleiben aufrecht: Mündliches O.K. aus dem Kanzleramt
- 17 Preis der Kommunen 2010: Sechs Arbeiten prämiert
- 20 Die Klimaschutzgemeinden 2010 stehen fest: Kommunale Projekte vor den Vorhang geholt
- 23 58. Österreichischer Gemeindetag in Kitzbühel: 8. bis 10. Juni im Zeichen der Gams
- 23 Gemeindebund-Bürgermeisterreise nach Ungarn: Der kommunale Csardas kommt nach Budapest
- 24 ÖREK 2011: Strategiepapier der zukünftigen Raumpolitik Österreichs

Recht & Verwaltung

- 8 Prüfkompetenzen des Rechnungshofs: Einigung als erfolgreiches Ende eines langen Weges
- 10 Novelle des Umweltförderungsgesetzes 2011: Sind die Juni-Regelungen obsolet?
- 12 Leben auf eigene Gefahr: Über die Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen
- 18 EU-Zahlungsverzugsrichtlinie: Gleiches Recht für alle bei Zahlungsverzug

Europapolitik

- 26 Der europäische Binnenmarkt: Der Wunsch ist derzeit noch weit von der Wirklichkeit entfernt
- 28 Europas Kohäsionspolitik: Oberste Priorität ist das Erreichen des „Europa 2020“-Ziels

Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:

kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Mag. Michael Zipmer

www.kommunal.at

Redaktion:

Tel.: 01/ 532 23 88

Mag. Hans Braun - DW 16
(Chefredaktion & Layout)

hans.braun@kommunal.at

Mag. Helmut Reindl - DW 15

helmut.reindl@kommunal.at

Julya Pollak - DW 37

julya.pollak@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88

Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Mag. Alexander Palaschke - DW 14
alexander.palaschke@kommunal.at

DTP & Grafik:

Ernst Horvath
ernst.horvath@kommunal.at

Fotos:
www.bilderbox.at; www.photos.com

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)

Mag. Nicolaus Drimmel
(Österreichischer Gemeindebund)

Dr. Gustav Fischer
(BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)

Mag. Michael Girardi
(BM für Inneres)

Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)

Mag. Wolfgang Hiller (Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich)

Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes)

Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)

Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)

Robert Lender (BM für Wirtschaft & Jugend)

Mag. Susanne Metzger (BM für Verkehr, Innovation und Technik)

Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Georg Möstl
(BM für Wirtschaft)

Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)

Mag. Johannes Pasquali
(BM für Finanzen)

Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)

Mag. Bianca Pörner (BM für Inneres)

Adina Reumüller (Vertretung der Europäischen Kommission, Wien)

Mag. Christian Rupp
(Geschäftsführer IKT-Board im BKA)

Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer
(Johannes-Kepler-Universität Linz)

Mag. Christian Schneider
(Landesgeschäftsführer des GVW der VP-NÖ)

Ges. Dr. Harald Stranzl (BM für Europ. und Internationale Angelegenheiten)

Dagmar Strobel (Bundesministerium für Frauen und öffentlichen Dienst)

Mag. Michael Zipmer (Geschäftsführer)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel



PEFC zertifiziert:
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at



Druckauflage: **35.103**
(Halbjahresdurchschnitt 2010)

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.

PRAXIS

Kommunale Finanzierung

- 42 Mit Zins und Zinseszins: Wohl und Wehe der Gemeindefinanzen hängt von der Zinsentwicklung ab
- 46 KOMMUNAL-Interview mit Alois Steinbichler: Festgeld mit Zeitrahmen
- 50 KOMMUNAL-Interview mit Christoph Raninger: Wer die Portfolios kennt, kennt das Risiko
- 54 Kommunen und nachhaltiges Investment: Sieben Schritte zum Investment

CHRONIK

- 64 E-Government-Box: Eine Werkzeugsammlung
- 66 Erfolgsgeschichte Dorferneuerung im Burgenland
- 67 KfV: Augen auf, Ohren auf, Helmi ist da
- 68 Europa und Dienstleistungen von allgemeinem Interesse: Sind wir noch zu retten?
- 69 SPÖ-GVV-NÖ: Neue Horizonte denken – Innovation und Nachhaltigkeit
- 70 Aus den Bundesländern
- 74 Personalia, Termine, Buch-Tipps & Info-Mix
- 78 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Als Ende 2008 die Finanzkrise ihre globalen Auswirkungen erkennen ließ, bemerkte man auch in Österreichs Gemeinden bald, dass dies fatale Auswirkungen auf die kommunalen Budgets haben wird. Schnell war klar, Einnahmen werden sinken, Ausgaben werden steigen. Lediglich eine Position entwickelte sich deutlich gegen diesen Trend: die Zinsbelastung. Wendeten Gemeinden 2008 für Zinsen noch 450 Millionen Euro auf, waren es 2009 nur noch rund 250 Millionen Euro. Eine Ersparnis von fast 50 Prozent für dasselbe Produkt.

Seit April diesen Jahres ist der Leitzinssatz jedoch wieder langsam im Steigen. Auch wurden in der Krise vermehrt Darlehen aufgenommen, um Liquiditäts-



Michael Zimmer
Geschäftsführer

engpässe zu stopfen, was den Finanzierungskosten eine noch weiter erhöhte Bedeutung zukommen lässt.

KOMMUNAL widmet sich in dieser Ausgabe daher dieser volatilen Budgetposition und macht sich Gedanken darüber, welche Faktoren die Höhe der Zinsen beeinflusst und wie ich mich vor dem Risiko der steigenden Zinsen absichern kann. Ein interessanter Aspekt dabei wird sein, wie politische Mandatare im jetzigen Niedrigzins-

markt ihrer Verantwortung gerecht werden. Keiner kann zwar wissen, wie sich die Zinsen künftig entwickeln werden, doch sollte jemand der Meinung sein, dass diese steigen werden, müsste er sich jetzt dagegen absichern. Das hieße heute Liquidität opfern, wovon vielleicht erst mein Nachfolger profitiert. Denn sollte sich eine Zinssteigerung abzeichnen, wird eine Absicherung nicht mehr leistbar sein.

Wie ist Ihre Meinung dazu?
Schreiben Sie mir an
michael.zimper@kommunal.at

Integration : Appell nach emotionaler Debatte

Sorge um gutes Klima

Aufgrund des Interviews des türkischen Botschafters Kadri Ecvet Tezcan in „Der Presse“ richtete der Gemeindebund den Appell an die Bürgermeister, bei der Integration aktiv zu werden und zum Beispiel Ghetto-Bildungen zu verhindern. Im Gemeindebund herrscht allerdings auch tiefe Betroffenheit über die Aussagen des türkischen Botschafters; man ist der Ansicht, dass „der Schuss völlig nach hinten losging“. In den meisten Gemeinden, vor allem in den kleineren,

funktioniere die Integration nämlich weitgehend. Die Kinder gehen in den Kindergarten, kommen gut in der Schule zurecht, sind im Sportverein. „Solange es nicht im großen Ausmaß passiert, Asylantenheim und so weiter, gibt es überhaupt kein Problem“, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Sehr wohl schwierig sei die Situation in Städten und Gemeinden ab 20.000 Einwohnern. Ein Punkt sei eine gewisse Anonymität, dann fehle dort die Bürgerbeteiligung wie in



Integration in kleinen Gemeinden: Die Kinder gehen in den Kindergarten, kommen gut in der Schule zurecht, sind im Sportverein.

den kleinen Gemeinden und das erschwere es auch, den Zugang zu den Gruppen zu finden. Und das hätten alle Ebenen viel zu lange zugelassen, sowohl Bund, Länder als auch die Gemeinden. Im sozialen Wohnbau sollte es eine „vernünftige Durchmischung“ geben, „damit

sich die Menschen begegnen und verstehen können“. Wenn ausländische Familien zuziehen, sollten sie sehr rasch integriert werden. Von der Bundesregierung fordert der Gemeindebund-Präsident schnellere Asylverfahren, die nicht länger als ein Jahr dauern dürften.

Schulden der Parteien

Teure Wahlkämpfe

Die fünf Parlamentsparteien sind nach teuren Wahlkämpfen mit rund 16 Millionen Euro im Minus. Den höchsten Schuldenstand weisen die ÖVP mit rund 5,8 Millionen Euro und die SPÖ, rund fünf Millionen Euro, auf. Die FPÖ weist ein Minus von drei Millionen Euro auf, BZÖ und Grüne je rund eine Million.

Sozialhilfe: Schon 14.500 Anträge

Run auf Mindestsicherung

Der Ansturm wurde ein wenig unterschätzt. Anfang September wurde in Wien, Niederösterreich und Salzburg die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) eingeführt. Diese soll das Sozialhilfesystem reformieren und es durch die Vernetzung mit dem AMS enger mit dem Arbeitsmarkt verknüpfen. Per Ende September weist die AMS-Statistik bereits

knapp 14.500 BMS-Bezieher aus, 13.100 davon allein in Wien, 1400 in Niederösterreich. Für Salzburg liegen noch keine Werte vor. Bei der Einführung rechnete das AMS mit 20.000 zusätzlichen Klienten – allerdings österreichweit. In den restlichen sechs Bundesländern kann die Mindestsicherung erst ab dem nächsten Jahr beim AMS beantragt werden.

Vorschläge des IHS

Wie kann Pflege finanziert werden?

Um die Pflege finanzieren zu können, schlägt IHS-Chef Bernhard Felderer höhere Selbstbehalte, Regressforderungen an Angehörige und eine verpflichtende private Vorsorge vor. Der wachsende Anteil älterer Menschen macht laut Felderer eine Reform unumgänglich. „Die Pflege ist der dritte Klotz am Bein Österreichs neben dem Gesundheitssystem und den Pensionen“, so der IHS-Chef bei der Präsentation einer Studie, die die ÖVP Oberösterreich in Auftrag gegeben hat.

Heute ist jeder sechste Oberösterreicher älter als 65 Jahre. 2020 wird es jeder fünfte sein und 2030 jeder vierte. Schriebe man das derzeitige System fort, würden die Kosten für Seniorenheime und mobile Dienste in Oberösterreich von 195 auf 420 Millionen im Jahre 2020 steigen. Verschärft wird die Situation durch die schwache finanzielle Lage vieler Gemeinden, die rund die Hälfte der Pflegekosten tragen.



Arme Menschen sind gesundheitlich stärker belastet.

Studie: Migranten besonders betroffen

Arme haben geringere Lebenserwartung

Armut macht krank. Diese oft vorgebrachte These hat eine Studie erneut bestätigt. Demnach sind einkommensschwache Personen gesundheitlich stärker belastet und haben eine geringere Lebenserwartung als Gutverdienende. Auch Migranten seien gesundheitlich in nachweislich schlechterem Zustand, betont Volkshilfe-Geschäfts-

führer Erich Fenninger. Die Volkshilfe präsentiert auch Lösungsansätze. So müsse Gesundheit „nach Hause“ zu den Betroffenen kommen, wie etwa in Form einer „Familienintensivbetreuung“. Auch muttersprachliche Betreuung, kleinräumige Organisation und Möglichkeiten zur Mitgestaltung würden zur Verbesserung der Situation beitragen.

Wahlrecht: Geballte Kritik von Juristen und Politologen

„Briefwahl ist verfassungswidrig“

Bei einer Podiumsdiskussion an der Universität Graz kritisierten Juristen und Politologen das Briefwahlrecht. Karin Liebhart, Vorsitzende der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, nannte das geltende Recht „absurd, weil es demokratiepolitischen Grundsätzen widerspricht“. Die Möglichkeit, bis zu acht Tage nach dem eigentlichen Wahltag noch seine Stimme via Postweg abzugeben, hat zuletzt bei der Wiener Wahl für Diskussion gesorgt. Noch härter geht Stefan Storr vom Institut für Öffentliches Recht der Universität Graz mit der aktuellen



Vor allem die Möglichkeit, nach einer Wahl die Stimme abzugeben, wird kritisiert.

Regelung ins Gericht: „Es ist verfassungswidrig, weil es dem Grundsatz der Gleichheit widerspricht.“ Auch Storrs Kollege Joseph Mar-ko hält die aktuelle Geset-

zeslage für „höchst bedenklich“, weil nach Vorliegen des vorläufigen Endergebnisses noch eine strategisch orientierte Stimmabgabe möglich sei.

EU-Budget: Erhöhung um 2,9 Prozent außer Frage, Entwurf trotzdem gescheitert

Nothaushalt für 2011 bringt Finanzierungsprobleme

Mitte November sind die Verhandlungen über das EU-Budget 2011 gescheitert. Das Parlament und die Mitgliedsstaaten der EU konnten sich nicht einigen. Und das, obwohl sich sowohl die Staaten als auch das Europaparlament einig waren, dass in Zeiten des Sparzwangs auch das EU-Budget nur moderat wachsen kann. Die Erhöhung wäre dementsprechend mit 2,9 Prozent auf 126,5 Milli-

arden Euro nur moderat gewachsen. Aufgrund des jetzigen Stopps muss nun von vorne mit der Budgeterstellung begonnen werden, was sich heuer nicht mehr ausgehen wird. Mit Beginn 2011 tritt deshalb die sogenannte Zwölfregelung in Kraft. Demnach steht monatlich ein Zwölftel des Budgets des Jahres 2010 zur Verfügung. EU-Kommissionspräsident Barroso und EU-Parla-

mentspräsident Buzek äußerten sich „extrem“ und „schwer“ enttäuscht.

Infrastruktur: Investitionen um 4,3 Milliarden gekürzt

Das „Geld liegt auf der Straße“

Wenn die Einsparungspläne von Infrastrukturministerin Doris Bures, wie Mitte November angekündigt, in die Tat umgesetzt werden, bekommt „die Straße“ um 2,8 Milliarden weniger Geld und hat nun für die Jahre 2011 bis 2016 nur noch 6,5 Milliarden zur Verfügung. Im Gegensatz dazu wird auch das Geld für den

Schienausbau gekürzt, allerdings „nur“ um 1,5 Mrd. Euro. Die ÖBB darf die kommenden Jahre bis 2016 insgesamt 11,5 Mrd. verbauen. Bei der Präsentation Mitte November vermerkte Bures auch, Kritikern offenbar gleich vorgehend, dass der Verkehrsplan „keine Sammlung von Wunschlisten“ ist.

Deutschland

Steuern selbst festlegen

In Deutschland sollen Städte und Gemeinden künftig selbst die Einkommensteuer festlegen. Diesen Vorschlag hat Finanzminister Wolfgang Schäuble gemacht, um die Finanznöte der Kommunen in den Griff zu bekommen. Er sieht vor, dass ein Teil der Einkommensteuer weiterhin vom Bund festgelegt wird, die Kommunen könnten dann aber innerhalb eines Spielraums einen Zuschlag festlegen. Die Gemeinden lehnen die Idee ab und haben kein Interesse an einem Steuerwettbewerb. In der „Süddeutschen Zeitung“ nannte der Vizepräsident des Städtetags, Christian Ude, den Vorschlag fatal, weil er überschuldete Städte zu Steuererhöhungen zwingen würde. Auch Österreichs Gemeinbund-Präsident Helmut Mödlhammer kann sich Derartiges nicht vorstellen.

Lebensministerium: Europäische Auszeichnung

Kampagne „Vielfaltleben“

Die Kampagne „Vielfaltleben“, die das Lebensministerium anlässlich des Internationalen Jahres der Artenvielfalt initiiert hat und die seit über einem Jahr erfolgreich läuft, konnte nun auch in Europa überzeugen. „Beim Jahrestreffen des ‚Green Spider Netzwerks‘ – dem Kommunikationsnetzwerk der Europäischen Kommission zu Umweltthemen – wurde die Artenschutzkampagne als beste europäische Kampagne 2010 im Umweltbereich ausgezeichnet“, so Umweltminister Niki Berlakovich, der die Auszeichnung vom Umwelt-Generaldirektor der Europäischen Kom-



Fotoquelle: BM/LFUW

mission, Karl Falkenberg, überreicht bekam.

sion, Karl Falkenberg, überreicht bekam.



Rechnungshof bekommt mehr Prüfkompetenzen

Einigung als erfolgreiches Ende eines langen Weges

Künftig wird der Rechnungshof Gemeinden ab 10.000 Einwohner prüfen dürfen. Bisher lag die Prüfgrenze bei Gemeinden über 20.000 Einwohnern. Damit können künftig 71 statt bisher 24 Gemeinden geprüft werden. Der Gemeindebund sieht es als Erfolg, dass künftig nicht alle Kommunen in die Prüfständigkeit des RH fallen.

Robert Hink

Bisher konnte das oberste Kontrollorgan der Republik nur die Finanzen größerer Gemeinden ab 20.000 Einwohnern untersuchen. Künftig wird diese Grenze auf 10.000 gesenkt. Die Erweiterung der Prüfkompetenzen des Rechnungshofes war vor allem eine langjährige Forderung der Opposition, nicht der Regierungsparteien. Für den Beschluss ist allerdings eine Zweidrittelmehrheit nötig. Nun haben sich SPÖ, ÖVP und BZÖ geeinigt – bis dahin war es ein langer Weg.

Bisher durfte der Rechnungshof nur 24 Gemeinden von fast 2400 in ganz Österreich prüfen. Denn nur so viele gibt es, die mehr als 20.000 Einwohner haben. In den letzten Jahren war der öffentliche und politische Druck gewachsen. Der Gemeindebund hatte sich gegen derartige Bestrebungen immer gewehrt. „Nicht, weil wir etwas zu verbergen haben“, präzisierte Gemeindebund-Chef Mödlhammer immer. „Sondern weil

Auch die ausgelagerten Betriebe von Gemeinden dürfen nun geprüft werden. Ein wichtiger Punkt, weil in solche Betriebe oft wesentliche Teile der Finanzkraft einer Gemeinde ausgelagert wurden ...

wir schon jetzt von drei Instanzen geprüft werden können. In jeder Gemeinde gibt es einen Kontrollausschuss, dazu kommen noch die Gemeindeaufsichtsbehörden und die Landesrechnungshöfe. Hätte man jetzt noch eine vierte Prüfebene eingeführt, dann würden viele Gemeinden vor lauter Prüfungen nicht mehr zum Arbeiten kommen.“

Den aktuellen Beschluss des Verfassungsausschusses sieht der Gemeindebund als Kompromiss. „Wir haben erfolgreich abgewehrt, dass die Prüfständigkeit auf alle Gemeinden ausgedehnt wird. Nun können eben 71 statt 24 Kommunen geprüft werden; ich hoffe, der Rechnungshof ist nun zufrieden und beendet diese

Diskussion“, so Mödlhammer. Kritisch wird hingegen nach wie vor die Tatsache gesehen, dass die Ausweitung der Prüfkompetenzen ein massiver Eingriff in die verfassungsmäßige Gemeindeautonomie ist.

Moser für Budgetgrenze

Rechnungshofpräsident Josef Moser hat schon seit Jahren auf eine Erweiterung der Prüfkompetenzen seines Hauses gedrängt: und zwar nicht nach der Zahl der Einwohner als Kriterium, sondern – wenn schon nicht generell für alle Gemeinden – dann zumindest nach der Höhe des jeweiligen Budgets. Moser trat für eine Grenze von zehn Millionen Euro ein.

Weiters können Landesregierungen den Rechnungshof mit der Prüfungen kleinerer Gemeinden pro Jahr beauftragen – aber nur höchstes zwei, die die Landesregierung selbst aussuchen kann. Weitere Prüfungen kleinerer Gemeinden, in denen es möglicherweise Probleme gibt, sind dann nicht möglich. „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil es auch heißt, dass Kriterien aufgestellt werden müssen, aufgrund derer eine Prüfung überhaupt erst möglich ist“, so Gemeindebund-Präsident Mödlhammer. „Auffällige Schuldenentwicklung oder Haftungen sind solche Kriterien.“ Man werde nun, gemeinsam mit dem



vortr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



Die Erweiterung der Prüfkompetenzen des Rechnungshofes war vor allem eine langjährige Forderung der Opposition.

Rechnungshof, diesen Kriterienkatalog im Detail erarbeiten. „Damit kann es auch keine willkürlichen Prüfungen mehr geben“, so der Gemeindebund-Chef. „Vernunft statt Schikane ist hier unser Leitsatz.“

Auch zwei kleinere Gemeinden pro Jahr und Bundesland darf der Rechnungshof künftig prüfen, aber nur auf Verlangen der Landesregierung und nur, wenn es bestimmte Auffälligkeiten gibt.

Auch die ausgelagerten Betriebe von Gemeinden dürfen nun geprüft werden. Ein wichtiger Punkt, weil in solche Betriebe oft wesentliche Teile der Finanzkraft einer Gemeinde ausgelagert wurden – ohne wirksame Kontrolle. Eine Einschränkung bei der Prüfung der Gemeindeverbände – wie im ersten Entwurf noch abgedruckt – kommt nicht. Beschlossen werden sollen die entsprechenden Gesetzesänderungen in der Nationalrats-sitzung Mitte/Ende November.

Auch BZÖ für neue Prüfkompetenz

Notwendig für die Ausdehnung der Rechnungshofkompetenzen ist eine Zweidrittelmehrheit im Parlament – diese kommt zustande, weil das BZÖ mit den Regierungsparteien stimmt. Den anderen beiden Oppositionsparteien FPÖ und Grüne geht der Regierungsvorschlag nicht weit genug – obwohl auch sie grundsätzlich stets die Erweiterung der Rechnungshofkompetenzen gefordert haben. SPÖ und ÖVP zeigen sich hingegen zufrieden mit dem eigenen Gesetzesvorschlag.



Vor allem die kommunalen Investitionen in die Baubranche belebten die Wirtschaft nach der Krise entscheidend.

Mündliches O.K. aus dem Bundeskanzleramt

Schwellenwerte für Gemeinden bleiben aufrecht

Es sieht gut aus für eine alte Forderung des Österreichischen Gemeindebundes, was die Anhebung der Schwellenwerte im Vergaberecht für die Gemeinden betrifft. Bereits 2009 wurde als rasche Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung im Bereich der Kommunen die Beibehaltung der Anhebung gefordert. Diese

Idee wurde im Bundesvergabegesetz 2009 auch umgesetzt. Dazu wurden die Schwellenwerte für die Direktvergabe von der Bundesregierung von 40.000 auf

100.000 Euro angehoben. Diese Maßnahme war allerdings vorerst bis 31. Dezember 2010 befristet.

Das Bundeskanzleramt hat nun mündlich mitgeteilt, dass der Gemeindebund-Forderung Rechnung getragen wird und – sobald auch die einzelnen Landesregierungen ihre Zustimmung erteilt haben – eine entsprechende Verordnung zur Verlängerung der erhöhten Schwellenwerte erlassen wird.

Als einen „Sieg der Vernunft über unnötige Bürokratie“ bezeichnete Gemeindebund-Präsi-

dent Helmut Mödlhammer die geplante Verlängerung der so genannten Schwellenwerte-Verordnung. „Wir sind vom Bundeskanzler abwärts allen Verantwortlichen monatlang mit dieser Forderung in den Ohren gelegen; es ist erfreulich, dass man diese Verlängerung nun durchführen will.“

Wir sind vom Bundeskanzler abwärts allen Verantwortlichen monatlang mit dieser Forderung in den Ohren gelegen; es ist erfreulich, dass man diese Verlängerung nun durchführen will.

Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident

Für die Gemeinden, so Mödlhammer, sei dies ein wichtiges Instrument der Flexibilität. „Aufträge, die für die regionale Wirtschaft von größter Bedeutung sind, können nun auch im kommenden Jahr leichter und unbürokratischer vergeben werden“, argumentiert Mödlhammer. „Und weil ein großer Teil dieser Aufträge regional vergeben wird, setzt das vor allem in den ländlichen Gebieten unverzichtbare wirtschaftliche Impulse.“ Die Gemeinden könnten damit ihren Beitrag zur Belebung der Konjunktur besser leisten.

Was die Federstriche der Budgetbegleitgesetze alles vermögen

Sind die Juni-Regelungen für die Wasserwirtschaft obsolet?

Die Bundesregierung hat sich offenbar zu massiven Änderungen im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft entschieden, die letztlich die Gebührenhaushalte der Gemeinden treffen und damit den Bürgern zur Last fallen.

Nicolaus Drimmel

Mit der Vorlage des Bundesbudgets liegen dem Gemeindebund eine Reihe von Budgetbegleitgesetzen und Entwürfen auf Bundesebene vor, die substantielle Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Kostentreiber werden gerne an die unterste Ebene der Gebietskörperschaften durchgereicht, Finanzmittel zur Bewältigung der kommunalen Aufgaben stehen nicht zur Verfügung oder werden gar reduziert.

Ähnlich verhält es sich mit dem jüngst in Begutachtung gesandten Umweltförderungsgesetz, in dessen Entwurf eine Reduktion der Fördermittel der Siedlungswasserwirtschaft vorgesehen ist, die bis zu einer Aussetzung der Förderung der Siedlungswasserwirtschaft im Jahr 2013 führt. Der derzeit geregelte Zusagerahmen von Bundesförderungen im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft beträgt für die Jahre 2010/2011 jeweils 180 Millionen Euro und für die Jahre 2012/2013 jeweils 135 Millionen, somit in Summe 630 Millionen Euro. Der in der Novelle geplante Barwert für die Jahre 2010 bis 2013 beträgt maximal 355 Millionen Euro.

In den letzten beiden Jahren hat sich bereits gezeigt, dass die wirtschaftliche Lage bei den Gemeinden den ursprünglich geplanten Ausbau der öffentlichen Abwasserentsorgung und Wasserversorgung sowie die Sanierung von Altanlagen nicht im

geplanten Umfang möglich macht. In einer Novelle der Förderungsrichtlinie für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft im Juni dieses Jahres nahm man auf die wirtschaftliche Lage der Kommunen Rücksicht. Damit wurde eine Verschiebung von Investitionen in die Zukunft (auf drei Jahre) unter Beibehaltung der Spitzenförderung ermöglicht. Dies wurde im Juni des Jahres noch als ein wichtiger Erfolg für die Gemein-

Wenn den Gemeinden vereinbarte Kofinanzierungsmittel des Bundes nicht zur Verfügung stehen, wird das Finanzgefüge der Republik einseitig geändert.

den begrüßt, denn es hat den Gemeinden den dringend notwendigen Spielraum verschafft. Viele Gemeinden können nämlich in der derzeitigen finanziellen Situation ihre Investitionsprogramme in der Abwasserentsorgung nicht wie geplant bis 2015 durchführen. Eine Verlängerung derselben um drei Jahre garantierte den Kommunen gleichbleibende finanzielle Unterstützung durch den Spitzenfördersatz.

Durch die Streckung des Betrachtungszeitraumes wurde sichergestellt, dass von den Gemeinden weiterhin wesentliche Impulse für die Bauwirtschaft ausgehen. Investitionen in die Wasserwirtschaft haben nicht nur umweltpolitischen Belang,

sondern diese Infrastrukturmaßnahmen sind auch ein wirtschaftlicher Motor für die jeweilige Region. In diesem Marktsegment sind nämlich tausende Menschen beschäftigt. Allein zehn Mio. Euro Investitionsvolumen lösen in der Wasserwirtschaft einen Wertschöpfungseffekt von rund 80,5 Millionen Euro aus, das sichert rund 1500 Arbeitsplätze.

Die pragmatische Lösung für die Gemeinden wird jedoch kaum fünf Monate später in Zweifel gezogen. Verschobene Projekte können nur dann realisiert werden, wenn es die wasserrechtlichen Rahmenbedingungen zulassen. Der vorliegende Entwurf weckt zusätzlich noch die Befürchtung, dass die bereits vorliegenden Förderanträge aufgrund der starken Reduktion des Bundesengagements nicht mehr planmäßig bedeckt werden können.

Die Reduktion der Zusicherungen hat auch Auswirkungen auf das Gefüge des Finanzausgleiches, denn die Gelder werden nicht nur durch den Bund, sondern auch von den Ländern und Gemeinden aufgebracht. Die Halbierung von für die Siedlungswasserwirtschaft gewidmeten Geldern in einem Zeitraum von vier Jahren hat daher nicht nur eine finanzausgleichsrechtliche Schiefelage zulasten der Gemeinden zur Folge, sondern verschärft bereits bestehende Infrastrukturprobleme in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft.

Der einfache Weg ist nicht unbedingt der richtige

Die Bundesregierung bedient sich eines einfachen Schlusses zur Begründung ihrer Maßnahmen. Die Reduzierung bzw. Verzögerung der Förderungen für



OReg.-Rat Mag.
Nicolaus Drimmel
ist Jurist im
Österreichischen Gemeindebund



Die Halbierung von Gelder für die Siedlungswasserwirtschaft in einem Zeitraum von vier Jahren hat nicht nur eine finanzausgleichsrechtliche Schiefelage zuungunsten der Gemeinden zur Folge, sondern vergrößert bereits bestehende Infrastrukturprobleme in der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft.

die Siedlungswasserwirtschaft und Gewässerökologie stellt auf die knappen Kassen der Gemeinden ab.

Die vorgenommene Anpassung der Fördervolumina für 2010 und 2011 ist unerfreulich, aber aufgrund der Tatsachen nachvollziehbar. Die drastische Reduktion der Mittel im Jahr 2012 und die gänzliche Streichung des Zusagerahmens im Jahr 2013 sowie die gänzlich fehlende Perspektive über den Förderrahmen für die Folgejahre werden von kommunaler Seite allerdings strikt abgelehnt. Dies geht nämlich an den Anforderungen der Kommunen und der Wasserwirtschaft vorbei. Es ist ein alter Hut, dass fehlendes Geld in den Gemeindekassen die Not nicht geringer, sondern größer macht. Es ist daher ein Ausgleich der fehlenden kommunalen Mittel durch eine Beibehaltung der Förderungen im bisherigen Ausmaß dringend erforderlich, gerade in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten wie jetzt.

Überdies wurde der Finanzierungsbedarf vor Abschluss des derzeit geltenden Finanzausgleiches im Zuge einer Investitionskostenerhebung in den Gemeinden festgestellt. Die Maßnahmen dienen nicht nur der Erstausrüstung, sondern haben in manchen Bereichen auch eine werterhaltende Funktion.

Ein Aussetzen der Dotierung der Siedlungswasserwirtschaft würde daher außerdem die in unserem Land in den letzten 30 Jahren bereits getätigten Investitionen gefährden. Auch in den Jahren 2013 und danach stehen nämlich Investitionen in den Werterhalt der bestehenden Infrastruktur in Form von notwendigen Sanierungen an. Grundsätzlich muss betont werden, dass der UFG-Entwurf nach Ansicht zahlreicher Experten und Kommunalvertreter die bestehende kommunale Infrastruktur als solche sowie die Ver- und Entsorgungssicherheit insgesamt in Frage stellt. Entgegen des Prinzips der Nachhaltigkeit erhöhen sich die Kosten für Investitionen in die Siedlungswasserwirtschaft für künftige Generationen.

Fehlendes Geld in den Gemeindekassen macht die Not nicht geringer. Vielmehr ist ein Ausgleich der fehlenden kommunalen Mittel durch eine Beibehaltung der Förderungen im bisherigen Ausmaß dringend erforderlich.

Der Österreichische Gemeindebund verlangt daher vom Bund auch in schwierigen Zeiten ein grundsätzliches Bekenntnis zur Förderung der Siedlungswasserwirtschaft, und zwar auch für das

Der vorliegende Entwurf stellt daher nach Ansicht zahlreicher Experten und Kommunalvertreter die bestehende kommunale Infrastruktur als solche sowie der Ver- und Entsorgungssicherheit insgesamt in Frage.

Jahr 2013 und darüber hinaus. Sollte es dennoch bei einer Kürzung der Bundesgelder in der Siedlungswasserwirtschaft bleiben, ist es legitim, schon jetzt die Forderung anzumelden, die nunmehr reduzierten Mittel in der nächsten Finanzausgleichsperiode zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Nur so können jene Investitionen, die nicht zuletzt im Interesse des Bundes erst später gebaut werden, auch mit zumutbaren Gebühren für die Bürger realisiert werden. Ebenso muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Gemeinden gem. § 9 Abs. 5

FAG 2008 nicht unwesentliche Teile der eigentlich für sie bestimmten Mittel im verbundenen Steuersystem gemeinschaftlicher Bundesabgaben selbst finanzieren, die nun der Bund zur Konsolidierung seines Budgets ansich ziehen möchte. Über mögliche Maßnahmen zu derartigen Praktiken des Bundes wird zu Redaktionsschluss noch beraten. Jedenfalls sei an dieser Stelle einmal vermerkt, dass für dieses „Darlehen“ der Gemeinden und der Länder an den Bund Zinsen zu bezahlen sein werden, denn Sanierungsmaßnahmen, die man jahrelang verschiebt, werden dadurch nicht billiger. Durch die getätigten Investitionen in die Siedlungswasserwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten konnte ein hoher Anschluss- und Ausbaugrad erreicht werden. Um diesen hohen Standard der Siedlungswasserwirtschaft nachhaltig aufrecht erhalten zu können, sind auch in den Jahren ab 2013 Investitionen in die Siedlungswasserwirtschaft dringend erforderlich. Dies nicht nur aus Gründen der Lebensqualität, des Umwelt- und Gewässerschutzes, sondern auch im Sinne eines Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffektes vor allem im ländlichen Raum.



Für Gemeindefandatare und Gemeindefandatare gibt es nur einen „Schirm“, der sie bei Haftungsfandatare schützt: Größtmögliche Sorgfalt bei ihren Entscheidungen. Das, sowie eine dichte Dokumentation der Abläufe, minimiert mögliche Haftungsfandatare „geschichten“.

Symposium: Haftung von Bürgermeister*innen und Gemeindeorganen

Leben auf eigene Gefahr! Haftung ausgeschlossen

Eines brachte das wissenschaftliche Symposium vom 3. November jedenfalls zu Tage: Die vielfältigen Haftungsszenarien hängen über den Köpfen der Bürgermeister*innen und Bürgemeistern sowie der Gemeindeorgane wie ein „riesiges Damoklesschwert“. KOMMUNAL war beim Symposium und hat sich angehört, welche Verantwortlichkeiten bei den Gemeinden liegen, welche Haftungen und was es allenfalls für Versicherungsmöglichkeiten gäbe.

Daniel Kosak
Hans Braun

Das Symposium hatte noch gar nicht begonnen, gab es auch schon die erste Haftungsfrage. Wenn auch meist augenzwinkernd, so wurde doch diskutiert, wer denn nun an der 30-minütigen Verspätung Schuld sei. Die Diskussion wurde allerdings beendet, als klar wurde, dass Innenministerin und Hausherrin

Maria Fekter ein zweiter Termin dazwischen gekommen sei. Oder hatte gar die Ehrung des kommunalen Urgesteins Hubert Waibel so lange gedauert? (Siehe Bericht darüber auf Seite 75 dieser Ausgabe.) KWG-Vorsitzender Prof. Reinhard Resch – immerhin richtete die KWG, die Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft, das Symposium aus – konnte sich jedenfalls erst beruhigen, als Gemeindebund-Präsi-

dent Helmut Mödlhammer sich kurzerhand bereit erklärte, auf seine Rede zu verzichten, damit dem Zeitplan Genüge getan werden konnte.

Mödlhammer bewies damit die vielgerühmte Flexibilität des österreichischen Kommunalpolitikers, der mit so gut wie allen Widrigkeiten fertig wird. Im weiteren Verlauf des Tages stellte sich dann aber heraus, dass genau diese Flexibilität einem Bürgermeister manchmal zum Verhängnis werden kann, vor al-

Heute ist es für Gemeindeorgane wichtig, Haftungsrisiken zu kennen und den erforderlichen Sorgfaltsmaßstab einzuhalten – was nicht heißt, dass die Gemeindebediensteten jede noch so komplexe Rechtsfrage selbst klären sollen.

lem, wenn ein bisschen Sorglosigkeit dabei ist.

„Wer haftet denn, wenn auf Gemeindegebiet ein Bikertreffen in einem Festzelt stattfindet und einer mit seinem Motorrad durchs Zelt düst und dabei einen Tisch samt ein paar Leuten umwirft? Wer denkt denn im Vorfeld an sowas?“, erzählte Ministerin Maria Fekter aus ihren Erfahrungen – immerhin war die Gemeindeministerin auch Gemeinderätin und ist als solche Kennerin der Materie.

Mit Leidenschaft und Herzblut aktiv

Im Gespräch berichtete Helmut Mödlhammer im Vorfeld über die Motivation des Gemeindebundes zu diesem Symposium. „Der Rechtsstaat ist der Fels, auf dem Österreich steht. Nicht umsonst gibt es bei uns das Sprichwort ‚Recht muss Recht bleiben‘. Aber die andere Seite ist – und das müssen wir leidenschaftslos zur Kenntnis nehmen –, dass der Umgang mit Rechtsvorschriften für die Gemeinden immer schwieriger wird. Das liegt nicht nur daran, dass es ein enormes quantitatives Wachstum an gesetzlichen Bestimmungen gibt. Die Rechtsmaterien und die daraus entstehenden Fragen werden auch qualitativ immer komplexer.“

„Heutzutage reicht es ja schon,

wenn Sie als Bürgermeister eine Baustelle mit Warnschildern der falschen Reflexionsstufe absichern, um womöglich geklagt zu werden“, erzählt der Gemeindebund-Chef und präzisiert dann das eigentliche Thema: „Wir haben, und auch das ist wohl allgemein bekannt, zunehmende Schwierigkeiten damit, geeignete Menschen zu finden, die sich für das Bürgermeisteramt zur Verfügung stellen. Dies hat einige gewichtige Gründe, die Schwierigkeiten mit Haftungsfragen sind ein Teil dieser Gründe. Wir brauchen Menschen, die mit viel Leidenschaft und Herzblut ihren Lebensraum aktiv und in verantwortlicher Position mitgestalten wollen. Diesen Menschen müssen wir die Sicherheit geben, dass sie nicht früher oder später hinter Gittern landen oder mit hohen Geldstrafen rechnen müssen. Das ist unsere Aufgabe als Vertreter der Gemeinden und unsere Mitverantwortung.“

Der rechtskundige Gemeindebedienstete

Grundlage jeder Diskussion zum Thema Haftung ist natürlich die Frage, wofür eine Gemeinde und ihre Organe überhaupt zuständig sind. Die Verwaltungsrechtlerin Barbara Leitl-Staudinger von der Uni Linz stellte das Thema „Aufgaben der Gemeindeorgane in Hoheits- und Privatwirtschaftsverwaltung“ vor. „Die verfassungsrechtlich vorgeordnete Funktion der Gemeinde als „primäre Stelle des öffentlichen Lebens“ hat es mit sich gebracht, dass die Aufgaben der Gemeinden in den letzten Jahrzehnten quantitativ gestiegen sind und sich qualitativ in Richtung Daseinsvorsorge ausgeweitet haben. Dieser Aufgabenwandel schlägt sich auch auf die Tätigkeit der Gemeindeorgane nieder: Ihr Aufgabenfeld wird gesamt gesehen zusehends breiter und umfasst das Spektrum von klassischen behördlich-ad-

Anmerkung: Alle juristischen Sachverhalte und Fallbeispiele in diesem Beitrag sind stark gekürzt dargestellt. Hintergründe, Begründungen und Details der Entscheidungen sind dem Buch „Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen“, erschienen im Manz-Verlag, nachzulesen.

ministrativen Aufgaben bis hin zu typischen Managementtätigkeiten“, so die Professorin. „Das verfassungsrechtlich vorgezeichnete Konzept der Einheitsgemeinde führt dazu, dass allen Gemeinden grundsätzlich der gleiche Aufgabenumfang zukommt.“

Natürlich sei es daher umso wichtiger für Gemeindeorgane, Haftungsrisiken zu kennen und den erforderlichen Sorgfaltsmaßstab einzuhalten. „Das soll nun nicht bedeuten, dass die Gemeindebediensteten jede noch so komplexe Rechtsfrage selbst klären sollen.“ Es gehe vorrangig darum, rechtliche Schranken und Verpflichtungen für politische Entscheidungsträger transparent zu machen und gegebenenfalls eine Abklärung rechtlicher Fragen mit der Gemeindeaufsichtsbehörde, dem Städte- und Gemeindebund oder mit Rechtsberatern vorzunehmen. „Was also für Magistrate schon verfassungsrechtlich vorgegeben ist, wäre auch für Gemeindeämter ab einer bestimmten Größe sinnvoll: ein rechtskundiger Gemeindebediensteter.“

Du Bürgermeister: Schätz dich richtig ein!

Bis dahin rangierte das Symposium in der Reihe sehr wichtiger, aber dennoch „nicht atemberaubender“ Veranstaltungen. Diese Botschaft konnte man vor allem an den Gesichtern der Experten aus den Gemeinden und Ländern lesen, die den Saal bevölkerten. Mit dem Auftreten der Wiener Strafrechtlerin Susanne Reindl-Krauskopf war das allerdings vorbei. Bei ihrem Vortrag zum Thema „Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Gemeindeorganen am Beispiel des Bürgermeisters“ wurde das eine oder andere Gesicht gespannt und todernt. Was Helmut Mödlhammer später formulierte, dürfte

Wer seine eigenen Qualifikationen richtig beurteilt und gegebenenfalls sachkundige Personen bezieht, erspart sich den Vorwurf der Sorgfaltswidrigkeit in der Sache selbst.

da vielen erstmals an diesem Tag durch den Kopf gegangen sein: „Ich bin seit fast 30 Jahren Kommunalpolitiker, aber wie gefährlich der Job sein kann, wurde mir da schlagartig klar.“

Reindl-Krauskopf: „Das Risiko strafrechtlicher Haftung lässt sich durch klare Ablaufstrukturen und Verantwortungsbereiche in der Gemeinde sowie durch Kenntnis der eigenen Aufgaben als Bürgermeister reduzieren. Wer seine eigenen Qualifikationen darüber hinaus richtig beurteilt und gegebenenfalls sachkundige Personen beizieht, erspart sich den Vorwurf der Sorgfaltswidrigkeit in der Sache selbst.“

Wird geeignetes und verlässliches Personal für zu besorgende Aufgaben ausgewählt, so die Expertin weiter, entfällt außerdem der Vorwurf des Auswahlverschuldens. Hat der Bürgermeister nun sowohl bei der Auswahl als auch bei der Kontrolle des Personals sorgfältig gehandelt, scheidet eine strafrechtliche Haftung selbst dann aus, wenn diese Personen strafrechtlich verpönt handeln und jemanden dadurch schädigen sollten. Darüber hinaus empfiehlt sich für alle Maßnahmen eine Dokumentation, die getroffene Entscheidungen und festgelegte Strukturen nachvollziehbar macht. Sollte es tatsächlich zu einem Unglücksfall kommen, so kann nicht verhindert werden, dass jemand eine Strafanzeige einbringt. Aufgrund des strafrechtlichen Legalitätsprinzips (§ 2 StPO) muss ein solcher Vorwurf verfolgt werden. Doch kann der Bürgermeister für sich persönlich ebenso wie für die Gemeinde die Einhaltung der gebotenen Sorgfalt bei entsprechender Dokumentation um vieles leichter nachweisen, damit die eigene wie die Position der Gemeinde im Strafverfahren stärken und das Risiko einer Strafbarkeit bzw. einer Verbandschaftung deutlich reduzieren.

Schadenszufügung in Vollziehung der Gesetze?

Eine Expertin fürs strafrechtliche, eine fürs zivilrechtliche. Und so könnte man salopp formulieren, was der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin als

Voraussetzung für einen Schadenersatzanspruch ist, dass die Schadenszufügung in Vollziehung der Gesetze und nicht nur gelegentlich der Vollziehung der Gesetze ... erfolgt, wobei die Abgrenzung hier mitunter nicht ganz einfach ist.

Einzelperson alles bedenken müsste, wird von zwei Expertinnen vorgetragen. Nach einer Wiener Strafrechtlerin befasste sich die Linzer Zivilrechtlerin Evelione Artmann mit der „Zivilrechtlichen Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen“. Neben dem Fall „Unterach“ widmete sie sich in ihren Ausführungen der Frage, wie weit die Amtshaftung der Gemeinde für Baugenehmigungen in hochwassergefährdeten Gebieten reicht.

Als Beispiel aus der jüngeren Rechtsprechung führte Artmann die „Entscheidung des OGH zu 1 Ob 178/06t an: „Der Kläger beantragt als Eigentümer einer Liegenschaft bei der beklagten Gemeinde die Baubewilligung für ein Einfamilienhaus. Wenige Tage vor der Bauverhandlung wird dem Bürgermeister dieser Gemeinde im Zuge eines von einem Nachbarn des Klägers eingeleiteten wasserrechtlichen Verfahrens von einem Amtssachverständigen für Wasserbautechnik mitgeteilt, dass sich das Grundstück des Klägers für eine Bebauung nicht eigne, weil es sich im 30-jährlichen Hochwasserabflussgebiet befinde. Dennoch erteilt der Bürgermeister die Baubewilligung, ohne im Hinblick auf die nunmehr erkannte Hochwassergefährdung Auflagen zu erteilen. Auch eine Aufklärung des Klägers erfolgt nicht. Als es im August 2002 zu einem 200-jährlichen Hochwasserereignis kommt, wird das Wohnhaus des Klägers überflutet. Der Kläger begehrt daraufhin von der beklagten Gemeinde Ersatz für die Schadensbehebungskosten sowie die Feststellung der Haftung. Bei Kenntnis der Hochwassergefährdung hätte er das Grundstück nicht gekauft und das diesbezügliche Bauvorhaben nicht verwirklicht.“

Nun ist die Voraussetzung für ei-

nen Schadenersatzanspruch nach AHG, dass die Schadenszufügung in Vollziehung der Gesetze (Gerichtbarkeit und Hoheitsverwaltung) und nicht nur gelegentlich der Vollziehung der Gesetze und auch nicht im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erfolgt, wobei die Abgrenzung hier mitunter nicht ganz einfach ist. Im vorliegenden Zusammenhang können Amtshaftungsansprüche geltend gemacht werden, da Baurechtsangelegenheiten der Hoheitsverwaltung zuzuordnen sind.

Der erkennende Senat vertritt die Auffassung, „dass auch der Bauwerber selbst in den Schutzbereich des öffentlichen Baurechts einbezogen ist und durch die richtige Anwendung baupolizeilicher Vorschriften nicht bloß vor Personen und Sach-, sondern auch vor solchen Vermögensschäden bewahrt werden soll, die ihm deshalb erwachsen sind, weil er darauf vertraute, dass der der Baubewilligung entsprechenden Ausführung des Bauvorhabens keine (öffentlich-)rechtlichen Hindernisse entgegenstehen.“ Es könne vom Antragsteller nicht verlangt werden, gegen eine ihn begünstigende Bewilligung Rechtsmittel einzubringen. Die Entscheidung wurde in der Literatur im Hinblick auf die Überwindung der kategorischen Ablehnung jeglicher Haftungsansprüche bei positiver Erledigung von Anträgen begrüßt. Sie ist aber auch – zu Recht – auf Kritik gestoßen, da sie zu einer Sozialisierung des Baugrundrisikos führen würde. Anlass für die Amtshaftungsklage waren Hangrutschungen, zu denen es in Folge der Bauführung des Klägers gekommen war und die zu Schadenersatzansprüchen des Grundstücksnachbarn gegen den Kläger geführt hatten.

Die „Ortskaiser“ gibt's nicht mehr

„Die öffentlich-rechtlichen Aspekte der Haftung des Bürgermeisters“ betrachtete der Innsbrucker Verfassungsrechtler Karl Weber. Und er brachte denn auch Punkte aufs Tapet, mit denen er den Gemeindevertretern aus dem Herzen sprach:



So sind laut Weber „die Anforderungen an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der österreichischen Gemeinden in den letzten Jahrzehnten qualitativ und quantitativ stark gestiegen. War in früheren Jahrzehnten das Bürgermeisteramt noch weitgehend ein Ehrenamt – zumindest in Klein- und Mittelgemeinden –, so hat sich dieses Rollenbild dramatisch gewandelt. Im Bereich der Hoheitsverwaltung werden vom Bürgermeister professionelle juristische Kenntnisse verlangt. Die bloße Kenntnis der Gesetze reicht oft nicht aus. Kurz: Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind in ihrer Amtstätigkeit durch ein dichtes, beinahe undurchschaubares Netz von Gesetzen, Verordnungen, Judikaten, Rechtsmeinungen der Gemeindeaufsicht etc. eingebunden, das sie beim besten Willen oft nur schwer überschauen, geschweige denn durchschauen können.“ Öffentlich-rechtliche, zivil- und strafrechtliche Haftungsansprüche würden einander nicht

und bis zur persönlichen Tragung von Schadenersatzleistungen reichen können. Damit ist aber auch klargestellt, dass das in der Bevölkerung zum Teil verbreitete Märchen vom frei agierenden „Dorfkaiser“ dem Bereich der Fantasie entspringt. Tatsächlich ist ein österreichischer Bürgermeister ein rechtsstaatlich gebundenes und in seiner Tätigkeit von zahlreichen Kontrollen in seiner Macht gebändigtes Organ. Diese zunehmend komplexer werdende Verrechtlichung aller Tätigkeitsfelder des Bürgermeisters führt letztlich dazu, dass sich jeder Bürgermeister vorsehen muss, Entscheidungen ohne vorherige eingehende rechtliche Prüfungen zu treffen. Webers Schlussfolgerung: Die in der Öffentlichkeit oft vermutete Selbstständigkeit der Bürgermeister in ihrem Handeln ist schlichtweg nicht gegeben. Eine Entschärfung dieser Situation sei aus seiner Sicht in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Die Rückgewinnung der

Entscheidungsfreiheit, wie sie etwa noch vor 50, 60 Jahren anzutreffen war, dürfte endgültig vorbei sein.

Die Bürgermeister werden immer mehr in ein dichtes

Kontroll- und Verantwortlichkeitssystem eingebunden, das zwar rechtsstaatlich nicht zu beanstanden ist, im Lichte der demokratischen Gemeindeautonomie aber durchaus als problematisch gesehen werden kann. Wenn die Gemeindeverwaltung, sprich: ihre Organe, keine selbstständige Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit haben, so wird sich dies zweifellos langfristig negativ auf die Gemeindedemokratie auswirken und die Bereitschaft der Gemeindebürger zur Übernahme des Bürgermeisteramtes noch weiter reduzieren. Und wenn das geschieht, könnte es in Zukunft heißen: „Leben auf eigene Gefahr! Haftung ausgeschlossen“, schloss der Professor launig.

Schutz und Versicherbarkeit im Haftungsfall

Dr. Christian Oppl, Geschäftsführer des Versicherungsmaklers

Je vielfältiger die übertragenen Aufgaben und je knapper die zur Verfügung stehenden Ressourcen, desto höher ist auch das Risiko für jene Personen einzuschätzen, die die entsprechenden Entscheidungen zu treffen haben.

AON Jauch & Hübener, bot den Teilnehmern am Symposium abschließend einen Überblick über die Möglichkeiten, sich gegen Haftungsansprüche zu versichern.

Oppl führte einleitend an, dass die Aufgabenausweitung der Gemeinden und die aus dieser und aus der Wirtschaftskrise resultierenden Probleme seit geraumer Zeit Gegenstand heftiger Diskussionen sind. Je vielfältiger die übertragenen Aufgaben und je knapper die zur Verfügung stehenden Ressourcen, desto höher ist auch das Risiko für jene Personen einzuschätzen, die die entsprechenden Entscheidungen in den Gemeinden zu treffen haben. Erschwerend kommt in diesem Bereich hinzu, dass Schadenersatzansprüche an Organe nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch motiviert sein können.

Bedenkt man zusätzlich, dass eine derartige Inanspruchnahme zumindest zu einem großen Teil an das Privatvermögen der Verantwortungsträger gerichtet ist, so versteht man deren Schutzbedürfnis. Dies umso mehr, als die Entlohnungs- und Entschädigungsstrukturen für diesen Personenkreis keinesfalls „Haftungsentgelte“ für die gestiegene Verantwortung vorsehen. Manager-Entlohnungen sind – nicht zuletzt aufgrund üblicher erfolgsabhängiger Entlohnungsbestandteile – zumeist deutlich höher als Gehälter für Mandatare, die besoldungsrechtlich geregelt und vor allem für kleinere Gemeinden eher als Aufwandsentschädigung gesehen werden können.

Generell ist festzustellen, dass dieses deutlich verschärfte Haftungsszenario nicht nur bei Gemeinden, sondern auch in vielen Wirtschaftsbereichen festzustellen ist. Getrieben durch entsprechende Trends im angelsächsischen Raum verschärft sich die

Die in der Öffentlichkeit oft vermutete Selbstständigkeit der Bürgermeister in ihrem Handeln ist schlichtweg nicht gegeben.

ausschließen. Sie können vielmehr kumulativ vorliegen. So kann der Bürgermeister als Gemeindeorgan öffentlich-rechtlich haften, die Gemeinde kann aber für Vermögensschäden einen zivilrechtlichen Regress von ihm einfordern. Wurden dabei Strafgesetze verletzt, so kommt die strafrechtliche Verantwortlichkeit zusätzlich zum Tragen, so Weber, der den Begriff „Haftung“ durch „Verantwortlichkeit“ ersetzte. Verantwortlichkeit existiere unter anderem gegenüber dem Gemeindevolk, dem Gemeinderat, sonstigen Gemeindeorganen, der Gemeindeaufsicht.

Weber zeigte in seinen Ausführungen deutlich, dass die Bürgermeister in ein dichtes Netz öffentlich-rechtlicher Verantwortlichkeiten eingebunden sind und dass ihnen auf Grund dieser Verantwortlichkeiten auch vielfältige Sanktionen drohen, die bis zum Amtsverlust



Haftung von Vorständen, Geschäftsführern und Aufsichtsräten drastisch. Die „kaufmännischen Sorgfaltspflichten“ werden in letzter Zeit durch zahlreiche Gesetze und Kodices konkretisiert und verschärft.

Während eine entsprechende wirtschaftliche Absicherung gegen diese Risiken für Unternehmen und deren Management zwischenzeitlich „state of the art“ ist, so Oppl, befindet sich angesichts der eingangs zitierten Entwicklung die Diskussion in Gemeinden erst in einem frühen Stadium. Dabei schließen grundsätzlich Kommunen – anders als Bund und Länder – regelmäßig Versicherungen ab.

Im Wesentlichen kommen zur Absicherung der persönlichen Haftung von Gemeindeorganen die gleichen Versicherungsprodukte zum Einsatz, die sich im Wirtschaftsunternehmen bewähren. Das sind Betriebshaftpflichtversicherung, Managerhaftpflichtversicherung (D&O), Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung und Strafrechtsschutzversicherung. Im Unterschied zu privatrechtlichen Unternehmen ist dabei vorerst zu bedenken, dass Gemeinden im hoheitlichen wie im privatrechtlichen Bereich tätig sind. Daher hat sich der für Gemeinden abzuschließende Versicherungsschutz durch entsprechende vertragliche Formulierungen tunlichst auf beide Bereiche zu erstrecken.

Das Buch

KWG (Hrsg.):
„Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen“, Berichte und Vorträge des gleichnamigen Symposiums 2010, 90 Seiten,
ISBN: 978-3-214-00696-9



Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien
Tel.: 01/531 61-364
Johannesgasse 23
E-Mail: bestellen@manz.at



„Preis der Kommunen 2010“ wurde vergeben

Sechs Arbeiten teilten sich 7000 Euro Prämie

Zwei Dissertationen, drei Diplomarbeiten und eine Masterarbeit wurden beim heurigen Preis der Kommunen ausgezeichnet. Schon zum achten Mal hatten Gemeindebund, Städtebund und die von beiden Interessensvertretungen gegründete „Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft“ (KWG) die Auszeichnung ausgelobt. „Dieser Preis soll ein Anreiz für junge Wissenschaftler sein, sich mit Themenbereichen der Kommunalpolitik zu befassen“, begründete Gemeindebund-Chef Bgm. Helmut Mödlhammer den Wettbewerb bei der Preisverleihung im Innenministerium. 22 Arbeiten wurden eingereicht, die besten sechs Arbeiten teilen sich die Gesamtprämierung von 7000 Euro.

Die Dissertation von DI Dr. Karl Michael Höferl unter dem Thema „Von der Gefahrenabwehr zur Risikokultur – Diskurse zum raumplanerischen Umgang mit Hochwasser in (Nieder-) Österreich“ sowie die Dissertation von DDr. Hermann Peyerl, LL.M, unter dem Titel „Die Katastrophe im Steuerrecht“ (womit natürlich nicht das Steuerrecht selbst gemeint ist, sondern der Umgang mit Katastrophenereignissen in steuerrechtlicher Hinsicht) erhielten den Preis mit je 1500 Euro.

Mag. Marlene Burtscher hat ihre Diplomarbeit eingereicht. Die Arbeit trägt den Titel „Die Rolle der Gemeinde im Schul- und Kindergartenwesen unter besonderer

Berücksichtigung des verpflichtenden Gratiskindergartenjahres“.

Mag. (FH) Gertrude Felsberger, Absolventin der Fachhochschule Kärnten, befasste sich in ihrer Diplomarbeit mit der Reform des Bundeshaushaltsrechtes 2009 und den daraus resultierenden Reformansätzen.

„Verwaltungsstruktur und Stadtplanung. Behörden der planenden Verwaltung als Organisationen und Planungstheorie als Quelle von Institutionen im Sinne der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie“. Das ist der etwas sperrige Titel der Diplomarbeit von DI Felix Sternath, die sich mit der Darstellung der Vorzüge der neoinstitutionalistischen Organisationstheorie im Hinblick auf Planungstheorie, -praxis und -ausbildung beschäftigt.

Last, but not least wurde die Diplomarbeit von Mag. (FH) Tamara Winkler ausgezeichnet, die sich dem Thema „Die Einführung der dualen Zustellung im Rahmen der Leitinitiative E-Government-Referenzstädte“ widmet. In dieser Arbeit wird das Einsparungspotenzial bewertet, das kommunale Verwaltungen aus der Einführung der dualen Zustellung gewinnen können.

Alle ausgezeichneten Diplomarbeiten wurden mit jeweils 1000 Euro Preisgeld ausgezeichnet. Die Verleihung des Preises fand in feierlichem Rahmen im Zuge des Gemeindebund-Symposiums zur Haftung von Bürgermeistern und Gemeindeorganen statt. Mehr auf www.gemeindebund.at



Schlechterstellung gegenüber Privatunternehmen abgewendet

EU: Gleiches Recht für alle bei Zahlungsverzug

Das öffentliche Auftragswesen erreicht innerhalb der Europäischen Union (EU) bereits ein Volumen von rund 1,9 Billionen Euro (das sind 1,900.000.000.000 Euro) im Jahr. Angesichts eines solchen Umfangs kommt der neugefassten EU-Richtlinie zur Regelung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr enorme Bedeutung zu.

Heidrun Maier

Was die Regelung beim Zahlungsverzug betrifft, das Europäische Parlament einen mit dem Rat der EU erzielten Kompromiss am 20. Oktober 2010 in Straßburg angenommen. Nehmen deren Bestimmungen doch auf den wirtschaftlichen Alltag von Marktteilnehmern aus dem öffentlichen Sektor beträchtlichen Einfluss. Bereits im April 2009 hat die Europäische Kommission einen Richtlinienentwurf vorgelegt. Dieser hätte jedoch eine massive Benachteiligung öffentlicher Stellen und Unternehmen im Geschäftsverkehr mit sich gebracht. Der Verband der öffentlichen Wirtschaft (VÖWG) sowie der Verband kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) zielen seither gemeinsam mit Städten und Gemeinden auf die rechtliche Gleichstellung öffent-

Öffentliche Dienstleister beschäftigen rund 64 Millionen Menschen und erwirtschaften rund 26 Prozent des BIPs innerhalb der EU.



MMag. Heidrun Maier ist Geschäftsführerin des Verbands der Öffentlichen Wirtschaft (VÖWG) und des Verbands kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ)

licher und privatwirtschaftlicher Akteure ab. Denn bloß im Falle einer gerechten Mittel- und Chancenverteilung wird unternehmerische Sorgfalt belohnt. Bloß mit gleichgeartetem Rüstzeug stehen öffentliche und private Wirtschaft in einem fairen Wettbewerb zueinander. Und nur gleichberechtigte Marktakteure tragen zur weiteren Integration des europäischen Binnenmarkts im Sinne von Wegbereitern wie Jacques Delors bei. VÖWG und VKÖ haben im Sinne einer entschlossenen Interessensvertretung im Verbund mit ihren europäischen Partnern sowie mit Vertretern der Städte und Gemeinden eine maßgebliche Anpassung der Richtlinie für die öffentliche Wirtschaft und

Verwaltung erwirkt. Die nun erzielte Einigung sichert die Liquidität und somit die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), indem sie deren Verluste durch Zahlungsverzug von geschätzten 25 Milliarden Euro jährlich verringert. Dies ist von zentraler Bedeutung, sehen sich KMU als Keimzellen der europäischen Wirtschaftsordnung infolge der Wirtschaftskrise doch mit klammen Kunden, mäßiger Auftragslage und nur schwer zugänglichen Kreditmitteln konfrontiert. Gleichzeitig vermeidet die Richtlinie aber eine krasse Benachteiligung öffentlicher Stellen gegenüber privatwirtschaftlichen Marktteilnehmern. Schließlich haben gerade öffentliche Unternehmen mittels solider Betriebsführung und aktiver Investitionstätigkeit die Wirtschaftskrise seit 2008 abgefedert und sich als konjunkturelle Stabilisatoren erwiesen. Öffentliche Dienstleister etwa beschäftigen nach wie vor rund 64 Millionen Menschen und erwirtschaften rund 26 Prozent des BIP innerhalb der EU. Deren Bestrafung via Beschneidung ihrer ökonomischen Handlungsspielräume mit benachteiligenden Zahlungsverzugsbestimmungen

Die Kommission hatte ursprünglich bedeutend strengere Regeln für die öffentliche Wirtschaft vorgeschlagen. So fanden sich für die öffentliche Hand eine Ex-lege-Pönale von fünf Prozent ab Fristüberschreitung und eine Zahlungsfrist von 30 Tagen in ihrem Entwurf.

kann also nicht der richtige Weg sein. Folgerichtig sind die Europäischen Gesetzgeber nach intensiven Verhandlungen in den vergangenen 18 Monaten dem weit verbreiteten Irrglauben, wonach KMU ausschließlich unter der schlechten Zahlungsmoral öffentlicher Marktteilnehmer litten, auch nicht gefolgt.

Einigung auf eine Mindestharmonisierung

Die Kommission hatte ursprünglich bedeutend strengere Regeln für die öffentliche Wirtschaft vorgeschlagen. So fanden sich ausschließlich für die öffentliche Hand eine Ex-lege-Pönale von fünf Prozent ab Fristüberschreitung und eine Zahlungsfrist von 30 Tagen in ihrem Entwurf. Dazu kam die Nicht-Deckelung der Betreiberkosten in Form unangemessener Beträge nach einem komplizierten Staffelschema. Auch Sonderregelungen für Abnahme- und Übernahmeverfahren fehlten.

Die nun verabschiedete Neufassung hingegen sieht eine generelle Zahlungsfrist von 30 Tagen für öffentliche und private Unternehmen vor. Öffentlichen Akteuren ist in Ausnahmefällen weiterhin eine Fristerstreckung erlaubt. Dies macht Sonderfristen für den Gesundheitsbereich bis zu maximal 60 Tagen möglich. Darüber hinaus können Gläubiger Betriebskosten einheitlich mit einem Fixbetrag von 40 Euro geltend machen. Die angedachte Ex-lege-Pönale von fünf Prozent ab Fristüberschreitung fällt gänzlich weg; dafür hat man den Verzugszins-

satz generell auf acht Prozent erhöht.

Parlament und Rat haben sich auf eine Mindestharmonisierung geeinigt. VÖWG und VKÖ halten daher eine Begleitung der letzten legislativen Etappe im politischen System der EU für unverzichtbar. Alle Stakeholder müssen während der nächsten zwei Jahre darauf achten, dass es im Zuge der Implementierung in innerstaatliches Recht zu keinen für öffentliche Stellen nachteiligen Regelungen kommt. Beteiligte Interessensvertretungen, Sozialpartner, Körperschaften sowie deren Unternehmen sind somit angehalten, weiter auf die Wahrung des von den europäischen Gesetzgebern nun festgeschriebenen Gleichbehandlungsprinzips zu pochen.

Eine eng an den Richtlinien text angelehnte, nicht-überschießende Umsetzung muss das Ziel sein. So ist etwa die Option einer Fristerstreckung auf 60 Tage für den Betrieb von Krankenhäusern und Gesundheitszentren unverzichtbar, da Gelder von Sozialversicherungsträgern in der Praxis zumeist erst spät eintreffen.

Bereits 2011 werden weitere Rechtsakte auf europäischer Ebene erwartet, die jedenfalls Auswirkungen auf die öffentliche Wirtschaft haben. Hier sind die Normierung von Dienstleis-

tungskonzessionen oder das Monti-Paket zum Beihilfen- und Vergaberecht zu nennen. Als Interessensvertretungen bemühen wir uns wieder um eine entsprechende Sensibilisierung der Gesetzgeber. Denn die Legislative muss auch hier den Besonderheiten der täglichen wirtschaftlichen Praxis Rechnung tragen.

Und da ist noch ein Unterschied

Vor allem die Erbringer von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sind ob ihrer speziellen Aufgaben von herkömmlichen Anbietern zu unterscheiden. Dies haben auch die Europäischen Gesetzgeber mit dem Vertrag von Lissabon zum Ausdruck gebracht. Übermäßiges Vertrauen in die Marktfunktion und in Privatisierungen im Sinne neoliberaler Konzepte hingegen haben, wie Beispiele in England (Wasserversorgung), Amerika (Energie) und Deutschland (Müllentsorgung) zeigen, häufig Qualitätsverluste und Zugangsbarrieren zur Folge.

So arbeiten VÖWG und VKÖ weiter für die Sicherung ökonomischer und rechtlicher Handlungsspielräume der öffentlichen Wirtschaft und damit für die Stärkung des europäischen Sozialmodells auf der Grundlage der geltenden Verträge. Dabei beginnt die wirtschaftliche Bereitstellung von hochqualitativen, allgemein zugänglichen und leistbaren Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Detail. Mit der Neufassung der Zahlungsverzugsrichtlinie ist ein weiterer Schritt getan.

Öffentlichen Akteuren ist in Ausnahmefällen weiterhin eine Fristerstreckung erlaubt. Dies macht Sonderfristen für den Gesundheitsbereich bis zu maximal 60 Tagen möglich.





Klimaschutzgemeinden 2010 stehen fest

Kommunale Projekte vor den Vorhang geholt

Zum insgesamt dritten Mal wurden die besten Klimaschutz-Gemeinden Österreichs ausgezeichnet.

Mit jedem Jahr wachsen Innovation und Qualität der eingereichten Projekte; die Gemeinden setzen damit wichtige Signale im Kampf gegen die Klimaerwärmung.

Daniel Kosak

„Es ist enorm wichtig, dass gerade die Gemeinden zeigen, wie man die Vorbildrolle im Klimaschutz lebt“, begründete Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer den Wettbewerb. „Wenn die Gemeinden den aktiven Klimaschutz nicht vorleben, dann wird sich das nötige Bewusstsein auch in der Bevölkerung nicht durchsetzen.“ Rund 80 Gemeinden hatten sich 2010 wieder an diesem größten kommunalen Klima-Wettbewerb beteiligt. Kategorisiert wurde der Wettbewerb nach Einwohner-Größenklassen der Gemeinden. Die Kategorie 1 umfasste

te Mödlhammer. „Sie stellt sicher, dass auch die kleinen Gemeinden, die nicht so große finanzielle Ressourcen haben, eine faire Chance auf den Sieg haben.“

Sieergemeinden erhielten Elektrofahräder

Zu gewinnen gab es einerseits Geldpreise, zum anderen erhielten die jeweils besten drei Gemeinden jeder Kategorie ein Elektrofahrrad überreicht, das in der Gemeinde unter Mitarbeitern oder Bevölkerung zum Einsatz kommen soll.

Im Rahmen einer glanzvollen Gala im Wiener Konzerthaus

wurde die Ehrung der Sieergemeinden von Bundesminister Berlakovich, Präsident Helmut Mödlhammer und Verbund-

Wenn die Gemeinden den aktiven Klimaschutz nicht vorleben, dann wird sich das nötige Bewusstsein auch in der Bevölkerung nicht durchsetzen.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer

Gemeinden mit weniger als 1500 Einwohnern, die zweite reichte von 1500 und 5000, die Kategorie 3 richtete sich an Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern oder Gemeindeverbände beziehungsweise Regionen. „Diese Methode hat sich als die fairste herausgestellt“, berichte-

Vorstand Ulrike Baumgartner-Gabitzer persönlich vorgenommen.

Mit dem Elektrofahrrad war zwar niemand angereist, aber auf den Siegerfotos durfte es trotzdem nicht fehlen. Hauptpreisträger, die sich damit ablichten ließen, waren die Ge-

meinden Auersbach, Murau und Thalgau. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer und Umweltminister Niki Berlakovich übergaben neben dem Preisgeld auch jedem Sieger dieses klimafreundliche Gefährt.

„Mein Ziel ist es, Österreich Schritt für Schritt in die Energieautarkie zu steuern. Die Gemeinden sind dabei ganz wichtige Partner. Und, wie unser Wettbewerb zeigt, haben die Kommunen das Potenzial erneuerbarer Energieträger längst erkannt. Das macht Mut und gibt Hoffnung, dass wir unsere Klimaschutzziele erreichen. Denn hinter allen Einreichungen der Gemeinden stehen Projekte, die beweisen, dass den Bürgerinnen und Bürgern der Klimaschutz ein wichtiges Anliegen ist“, erklärte Umweltminister Niki Berlakovich bei der Preisverleihung. Auch dieses Jahr konnten wieder innovative Projekte mit den Themenschwerpunkten Erneuerbare Energie und Energieeffizienz in drei Kategorien eingereicht werden, wobei das Spektrum von technischen Maßnahmen bis zur Bewusstseinsbildung reichte.

Kleine Initiativen gefragt

„Klimaschutz funktioniert nicht nur über Großprojekte, sondern über tausende kleine Initiativen und Ideen. Die österreichischen Gemeinden sind hier Vorreiter; dieser Wettbewerb zeigt sehr eindrucksvoll, wie viel auf kommunaler Ebene für den Klimaschutz getan wird. Wir holen heute einige Projekte vor den Vorhang, um zu zeigen, welche Kraft und welches Engagement für den Klimaschutz in den Gemeinden vorhanden sind“, betonte Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer. Die qualitativ hervorragenden Klimaschutzprojekte wurden von einer hochkarätigen Jury, bestehend aus Umweltminister Niki Berlakovich, Ulrike Baumgartner-Gabitzer (Mitglied des Verbund-Vorstandes), Univ.-Prof. Günter Brauner (TU Wien), Ingmar Höbarth (Klimafonds), Monika Langthaler (brainbows), Peter Molnar (Klimabündnis) und Bgm. Christoph Stark (Stadt Gleisdorf), bewertet. Das



Klimaschutz funktioniert nicht nur über Großprojekte, sondern über tausende kleine Initiativen und Ideen. Die österreichischen Gemeinden sind hier Vorreiter ...

Helmut Mödlhammer

vom Verbund gewidmete Preisgeld und die Sachpreise des Wettbewerbs „Österreichs Klimaschutz-Gemeinde 2010“ wurden feierlich überreicht. Der erste Platz der jeweiligen Kategorie erhielt neben der Ortstafel 2000 Euro plus Elektrofahrrad, der zweite 1000 Euro plus Elektrofahrrad und der dritte Platz ein Elektrofahrrad.

In der Kategorie 1 wurde die steirische Gemeinde Auersbach mit dem ersten Preis ausgezeichnet, die Marktgemeinde Großschönau (Niederösterreich) erreichte den zweiten Platz, der dritte Platz wurde der Gemeinde Lech am Arlberg (Vorarlberg) zugesprochen. In der Kategorie 2 belegte die steirische Stadtgemeinde Murau den ersten Platz, Zweite wurde die Marktgemeinde Kötschach-Mauthen (Kärnten), den dritten Platz sicherte sich die Gemeinde Hittisau (Vorarlberg). In der Kategorie 3 wurde die Salzburger Marktgemeinde Thalgau als „Österreichs Klimaschutz-Gemeinde 2010“ ermittelt. Der zweite Preis ging an die Stadtgemeinde Hollabrunn (Niederösterreich) und Platz drei belegte die Stadt Graz (Steiermark).

Auersbach: Nachhaltiger Lebensstil

Öffentliche, unternehmerische und private Initiativen sorgen in der Gemeinde Auersbach für Vorbildwirkung in Sachen Klimaschutz. Auersbach zeigt, wie eine ganzheitliche und erfolgreiche Entwicklung möglich ist,

wenn die Aspekte der Regionalität genutzt werden und ein respektvoller Umgang mit den Ressourcen vorgelebt wird. So hat man in der Gemeinde Auersbach früh erkannt: „Je näher die Produktherstellung, desto kürzer der Transportweg.“ Neben dem öffentlichen Verkehr werden daher besonders die regionalen Produkte gefördert. Dank verschiedener Betriebe und einem Biogaswerk ist Auersbach schon jetzt sowohl bei Strom als auch bei Wärme zu über 80 Prozent energieautark.

Murau: Gemeinde mit eigener Strom- und Wärmeerzeugung

Die Gemeinde Murau hat ihre Stromerzeugung bereits in den letzten Jahrzehnten selbst in die Hand genommen. Mit dem Betrieb „Murauer Stadtwerke“ gelang es nun, in zwei Kraftwerken beinahe 100 Prozent der elektrischen Energie aus Wasserkraft zu gewinnen. Der nächste Schritt erfolgt mit der Errichtung eines Nahwärmeheizwerkes. Alle öffentlichen Objekte der Stadtgemeinde, wie zum Beispiel Schulen, das Rathaus und gemeindeeigene Wohnhäuser, werden bereits jetzt mit Biomasse beheizt. Für das Winterhalbjahr ist ein Konzept mit Stromerzeugung aus Holzvergasung vorgesehen.

Thalgau: Straßenbeleuchtung mit Ökostrom

Thalgau hat sich klare Ziele gesetzt: Der Energieeinsatz soll um 20 Prozent gesenkt und der Energiebedarf im Bereich Strom und Wärme zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Darüber hinaus sollen bestehende Möglichkeiten zur Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien genutzt werden. Der Strombedarf der öffentlichen Gebäude und der Straßenbeleuchtung wird bereits mit Ökostrom bedient. Die Energieberatungsstelle der Gemeinde freut sich über den regen Besuch der Bevölkerung. In naher Zukunft sollen eine temporeduzierte Mischverkehrszone im Ortskern, ein Windpark am Lehmberg sowie eine Schnellbahnverbindung zur Stadt Salzburg entstehen.



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

58. Österreichischer Gemeindegtag in Kitzbühel

8., 9. und 10. Juni im Zeichen der Gams

Die Tiroler haben sich für den 58. Österreichischen Gemeindegtag mit Kitzbühel nicht nur eine besondere Gemeinde ausgesucht. Auch das Programm bietet – selbst mit dem frühen Stand 16. November – alles, was das kommunale Herz begehrt. Da Gemeindegtagmandatäre es nicht gewohnt sind, bei so einer Gelegenheit einfach nur Sehenswürdigkeiten zu besichtigen, wird es auch wieder ein Arbeitstermin. Am Donnerstag wird nach der Eröffnung des 58. Tiroler Gemeindegtages auf dem Stadtplatz mit einem Eröffnungsfest eine Fachtagung im neuen Kongresszentrum der WKÖ in Kitzbühel stattfinden. Motto und Programm sind zwar noch nicht ausformuliert, aber Bundesminister Rudolf Hundsdorfer hat sein Kommen bereits zugesagt. Die Richtung des Kongresses lässt sich also erahnen ... Für die Damen und all jene, die

die Fachtagung nicht besuchen können, wird es eine Besichtigung der Streif mit einem bekannten Kitzbühler Sportler oder eine Fahrt auf das Kitzbühler Horn geben. Auch für andere Angebote wird noch gesorgt. Die traditionelle Abendveranstaltung des Gemeindegtages wird im Sportzentrum Kitzbühel stattfinden, wo auch der offizielle Teil am Freitag stattfinden wird. Der eigentliche Festtermin des 58. Österreichischen Gemeindegtages beginnt am Freitag, 10. Juni. Gegen 9 Uhr wird es ein Platzkonzert der Musikkapelle Kitzbühel und anschließend einen landesüblichen Empfang des Herrn Bundespräsidenten mit den Schützen geben.



Um 9.30 Uhr wird die Haupttagung zum 58. Österreichischen Gemeindegtag beginnen. Begrüßung und Eröffnung geschieht durch Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes. Grußadressen werden vom Kitzbüheler Bürgermeister Dr. Klaus Winkler, Tirols Landeshauptmann Günther Platter und Bundespräsident Dr. Heinz Fischer gesprochen. Da der Referent des Hauptreferats noch nicht fixiert ist, wird das in einer der kommenden Ausgaben bekannt gegeben. Der Tiroler Gemeindeverband mit seinen Tiroler Gemeinden und die Stadt Kitzbühel freuen sich auf die Veranstaltung und ihre Besucher.

Gemeindebund-Studienreise 2011

Kommunaler Csárdás in Budapest

Die erste Bürgermeisterreise des Jahres 2011 führt in die ungarische Hauptstadt Budapest. Im ersten Halbjahr hat unser Nachbarland die EU-Ratspräsidentenschaft inne. Alle Bürgermeister/innen und Gemeindevertreter/innen sind herzlich eingeladen; die Reisetilnehmer erwartet wiederum ein sehr intensives und informatives kommunales Programm. Gerade jetzt ist Ungarn von besonderem Interesse, nicht zuletzt auch durch die Entwicklungen auf der bundespolitischen Ebene des Landes. Die Reise findet vom 19. bis zum 21. Mai 2011 statt, die Anreise erfolgt mit dem Bus von Linz oder Wien aus. Einer der Höhe-

punkte wird ein Empfang der kommunalen Delegation an der österreichischen Botschaft in Budapest sein. Selbstverständlich nimmt an dieser Reise erneut Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer teil, ebenso wie die Landespräsidenten des Gemeindebundes.

Information

Die pauschalen Kosten für diese Reise betragen 450 Euro (EZ-Zuschlag 90 Euro), die genauen Konditionen sowie Details zum Programm entnehmen Sie bitte der Homepage www.gemeindebund.at Anmeldungen sind ab sofort an oesterreichischer@gemeindebund.gv.at möglich.

Budapest mit der Kettenbrücke im Vordergrund: Wenige der alten Metropolen Europas können mit diesem Anblick mithalten.



ÖREK 2011 – Strategiepapier der künftigen Raumpolitik Österreichs

Aus „der Zukunft lernen“ und für die Zukunft empfehlen

Zu den zentralen Aufgaben der Österreichischen Raumordnungskonferenz gehört die Ausarbeitung des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts (ÖREK). Die inhaltlichen Arbeiten stehen demnächst vor dem Abschluss. Ein Zwischenbericht soll einen kritischen Blick auf die bisherigen Ergebnisse werfen.

Bernhard Haubenberger

Raumordnung und Raumplanung ist kompetenzrechtlich eine komplexe Materie und wird in Österreich von Bund, Ländern und Gemeinden wahrgenommen. Der Bund wird dabei im Rahmen seiner sektoralen Zuständigkeiten tätig, während die Länder ihre Planungsbefugnis nach der Generalklausel des Bundesverfassungsgesetzes ausüben. Auf Grundlage der einzelnen Landesgesetze vollziehen die Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich die örtliche Raumplanung.

Das Österreichische Raumentwicklungskonzept, kurz ÖREK, stellt ein gemeinsames Leitbild und strategisches Steuerungsinstrument mit Empfehlungscharakter für die gesamtstaatliche Raumordnung und Raumentwicklung dar. Es ist jeweils für einen Zeithorizont von 10 Jahren ausgelegt. Das erste Konzept wurde im Jahr 1981 veröffentlicht, zehn Jahre nach Gründung der Österreichischen Raumordnungskonferenz.

Der politische Auftrag für die Erstellung des 4. Österreichischen Raumordnungskonzepts erfolgte in der 25. Sitzung der Österreichischen Raumordnungskonferenz im Oktober 2008. Als Zieldatum für die Finalisierung wird das Jahr 2011 – also ein „ÖREK 2011“ – angestrebt. Die Erstellungsarbeiten für ein ÖREK

Das Motto des ÖREKs 2011 lautet „Raum für alle“ und soll das abgestimmte raumrelevante Handeln des Bundes, der Länder, der Städte und Gemeinden sowie der Interessensvertretungen unterstützen und die Kooperation zwischen diesen stärken.

2011 wurden im Jahr 2009 aufgenommen. Die inhaltlichen Arbeiten stehen demnächst vor dem Abschluss.

Das Motto des ÖREKs 2011 lautet „Raum für alle“ und soll das abgestimmte raumrelevante Handeln des Bundes, der Länder, der Städte und Gemeinden sowie der Interessensvertretungen unterstützen und die Kooperation zwischen diesen stärken. Es ist auch als Offert an die Bevölkerung, Interessensvertreter und Stakeholder zu verstehen, sich mit räumlichen Planungen aktiv und gemeinsam auseinanderzusetzen.

Die inhaltliche Basis für das ÖREK 2011 bildet das ÖROK-Projekt „Raumszenarien Österreichs 2030“, das räumliche Entwicklungsszenarien für Österreich bis zum Jahr 2030 aufzeigt, von der Bodenknappheit in Agglomerationsräumen, der starken Abwanderung (siehe auch Karte *Wanderung 2009 rechts*), dem Bevölkerungsrückgang und der Überalterung der Bevölkerung in peripheren Gebieten bis hin zu Entwicklungstendenzen im Bereich der

Daseinsvorsorge, des Tourismus, der Umwelt und der Wirtschaft. Aufgabe und inhaltlicher Anspruch des ÖREKs 2011 ist es, gleichsam aus der Zukunft zu lernen und diese zum Teil negativen Zukunftsentwicklungen aufzugreifen und Strategien sowie Handlungsempfehlungen für die nächsten zehn Jahre aufzustellen.

Kurz und bündig

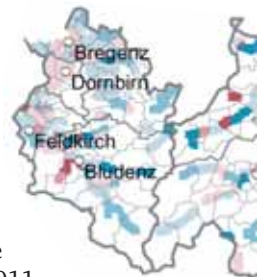
Das ÖREK 2011 baut im Wesentlichen auf vier strategischen Säulen auf:

- ▶ Regionale und nationale Wettbewerbsfähigkeit
- ▶ Gesellschaftliche Vielfalt und Solidarität
- ▶ Klimawandel und Ressourceneffizienz
- ▶ Kooperative und effiziente Handlungsstrukturen

Den einzelnen Säulen werden Handlungsfelder und Aufgabebereiche thematisch zugewiesen, die den jeweiligen Problembebereich kurz erläutern, Wirkungsziele festlegen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Das ÖREK 2011 geht dabei im Vergleich zu seinen „Vorgängern“ einen neuen, vielversprechenden Weg: Umfasste das ÖREK 2001 noch rund 180 Seiten, so wurde bei der Erarbeitung des ÖREKs 2011 darauf geachtet, pointiert, fokussiert und kompakt die wesentlichen Inhalte so aufzubereiten, dass dieses ein lesbare und zugleich brauchbare Steuerungsinstrument darstellt. So umfasst der derzeitige Entwurf des ÖREKs 2011 gerade einmal 30 Seiten. Neu ist auch, dass das ÖREK 2011 den einzelnen Aufgaben sogleich die verantwortlichen



Mag. Bernhard Haubenberger ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund



Aufgabe und inhaltlicher Anspruch des ÖREKs 2011 ist es, gleichsam aus der Zukunft zu lernen und die zum Teil negativen Zukunftsentwicklungen aufzugreifen und Strategien sowie Handlungsempfehlungen für die nächsten zehn Jahre aufzustellen.

Entscheidungs-, Umsetzungs- und Maßnahmenträger zuordnet, die in Form von Umsetzungspartnerschaften koordinierend und kooperativ die Handlungsvorschläge umsetzen sollen.

Die Kürze des ÖREKs birgt aber die Gefahr von Verständnis- und Interpretationsproblemen in sich. Besonderes Augenmerk ist daher auf die Detailformulierung des Strategiepapiers zu richten. Zudem ist darauf zu achten, dass ein Gleichgewicht in der Themen- und Schwerpunktsetzung ebenso erreicht wird wie eine Ausgewogenheit der einzelnen Handlungsfelder und Aufgabebereiche. Da das ÖREK ein wichtiges politisches Steuerungsinstrument der österreichischen Raumordnungspolitik ist, muss insbesondere danach getrachtet werden, dass die einzelnen Handlungsvorschläge auch umsetzbar sind.

Ausgewogenheit erforderlich

Da im Erstentwurf des ÖREKs 2011 der ländliche Raum und dessen Perspektiven unterrepräsentiert und die einzelnen Handlungsanleitungen mehr reaktiv als innovativ sind, hat der Österreichische Gemeindebund im Rahmen seiner Stellungnahme zum Erstentwurf des ÖREKs 2011 einige Kritikpunkte eingebracht.

So wurde zum einen darauf hingewiesen, dass der kooperative Ansatz für den ländlichen Raum eine geradezu existenzielle Frage darstellt, die im ÖREK seine Berücksichtigung finden muss. Obwohl die „Kooperation“ als eine wesentliche Grundphilosophie des ÖREKs 2011 manifestiert wurde, behandelt der Erstent-

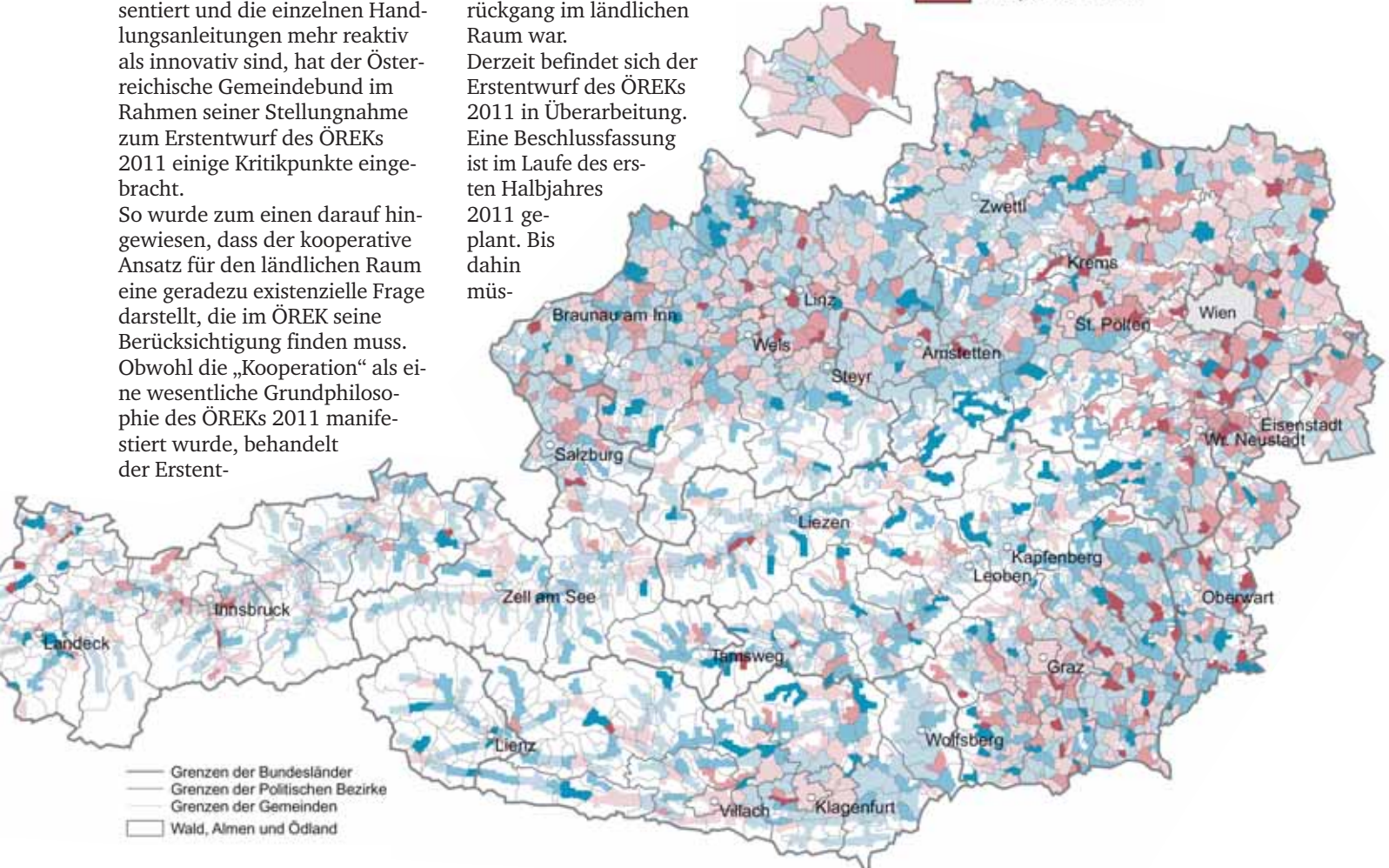
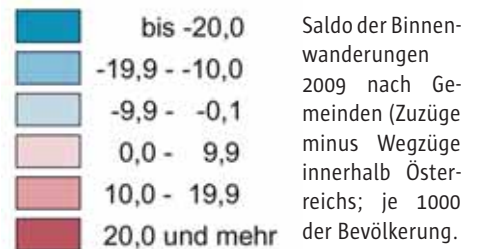
wurf des ÖREKs 2011 die (interkommunale) Kooperation unzureichend. Zum anderen wurde angemerkt, dass man nicht aus der Zukunft lernt, wenn sich die Strategie allein auf eine Anpassung an die prognostizierten negativen Entwicklungen beschränkt. Vielmehr sollte negativen Entwicklungen mittels geeigneter Maßnahmen entgegen gewirkt werden. So sieht es der Österreichische Gemeindebund beispielsweise als sinnvoller an, die zunehmende Abwanderung aus peripheren Räumen durch gezielte Maßnahmen, wie etwa durch Anreize für (Betriebs-)Ansiedlungen oder durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, einzudämmen anstatt einen „sozialverträglichen“ Rückbau (so etwa Schließungen von Schulstandorten) vorzunehmen, welcher bereits in der Vergangenheit ursächlich für den Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum war.

Derzeit befindet sich der Erstentwurf des ÖREKs 2011 in Überarbeitung. Eine Beschlussfassung ist im Laufe des ersten Halbjahres 2011 geplant. Bis dahin müssen

sen alle Anstrengungen unternommen werden, damit das ÖREK 2011 seinem Anspruch als umfassendes Strategiepapier der zukünftigen österreichischen Raumpolitik gerecht wird.

Allein von 2002 bis 2008 schrumpfte die Bevölkerung des ländlichen Raums in der Steiermark real um 8500 Personen auf rund 510.000 Personen. Etwa zwei Drittel davon, also rund 6000, resultieren allein aus der negativen Wanderungsbilanz (Abwanderung). Der Rest aus der negativen Geburtenbilanz. Ein Rückbau der sozialen Infrastruktur kann nicht die Antwort darauf sein.

Wanderungen 2009



Der europäische Binnenmarkt im Dienste des menschlichen Fortschritts

Der Wunsch ist derzeit von der Wirklichkeit noch weit entfernt

Auf dem Weg zu einer Binnenmarktakte – für eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft. 50 Vorschläge, um gemeinsam besser zu arbeiten, zu unternehmen und Handel zu treiben.

Danila Fraiss

So betitelt sich die Ende Oktober veröffentlichte Mitteilung der EU-Kommission zur Zukunft des Binnenmarktes, und bereits die Einleitung nimmt sich seltsam aus. Im Gegensatz zu den üblicherweise spröde gehaltenen Kommissionspapieren ist man versucht zu sagen, die Verfasser wollten Emotionen wecken: Der Binnenmarkt im Dienste des menschlichen Fortschritts, der der Umsetzung des europäischen Modells der sozialen Marktwirtschaft zum Wohle des Bürgers dient. Klingt erfreulich, doch selbst der ehemalige Wettbewerbskommissar Mario Monti stellte dem derzeitigen Zustand des Binnenmarktes und dessen Akzeptanz beim Bürger ein schlechtes Zeugnis aus. Und das mag auch daran liegen, dass der freie Warenverkehr und die ganzjährig verfügbare spanische Erdbeere den Konsumenten und dessen Brieftasche generell erfreuen, „auswärtige“ Unternehmen im Vergabewettbewerb jedoch nicht so gern gesehen sind und der Binnenmarkt auch im Zuge der Diskussionen um die Dienstleistungsrichtlinie eher mit negativen Attributen besetzt wurde.

Da hilft wohl auch die Feststellung wenig, dass derzeit nur 1,5 Prozent der öffentlichen Aufträge grenzüberschreitend vergeben werden und grenzüberschreitende Dienstleistungen nur fünf Prozent des europäischen BIP ausmachen. Binnenmarktkommissar Barnier wünscht sich nun eine Neubele-

bung des Binnenmarkts, die diesen bei Gelegenheit auch gleich mit der Strategie Europa 2020 verknüpfen soll. Alle potenziell Betroffenen sollen sich der Vorteile des gemeinsamen Marktes bewusst werden, Wirtschaftsakteure (insbesondere KMU), Sozialpartner und Bürger müssen gleichermaßen von diesem Neustart profitieren.

Regionale Behörden ... dürfen Post von Kommissar Barnier erwarten und werden dabei voraussichtlich auch eingeladen, sich an der vier Monate dauernden Konsultation zur Akte zu beteiligen.

Die am 27. Oktober veröffentlichte Binnenmarktakte enthält 50 Punkte, die in den nächsten zwei Jahren von der Kommission in Form von Mitteilungen oder Legislativvorschlägen konkretisiert werden und die europäische Wirtschaft nachhaltig beleben sollen. Erstaunlich ist das breite Spektrum der betroffenen Bereiche, von denen viele kommunale Belange nicht nur tangieren, sondern auch wesentliche Auswirkungen auf die zukünftige Erfüllung kommunaler Aufgaben haben werden. Um einen möglichst breiten Konsens über die umzusetzenden Maßnahmen zu erreichen oder sich zumindest nicht nachsagen lassen zu können, potenziell Betroffene nicht frühzeitig informiert zu haben, wird die Binnenmarktakte weitflächig verschickt. EU- und nationale Abgeordnete,

regionale Behörden, Sozialpartner, Interessensvertreter im Wirtschafts- und Sozialbereich und der Zivilgesellschaft dürfen Post von Kommissar Barnier erwarten und werden dabei voraussichtlich auch eingeladen, sich an der vier Monate dauernden Konsultation zur Akte zu beteiligen.

Interessante Vorschläge aus kommunaler Sicht

Überblicksmäßige Kurzdarstellung

► **Vorschlag Nr. 4** zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes für Dienstleistungen. Diese soll auf der Dienstleistungsrichtlinie aufbauen und 2011 konkrete Vorschläge v. a. im Bereich Dienstleistungen für Unternehmen bringen.

► **Vorschlag Nr. 7** zur Vereinheitlichung und Angleichung der nationalen Verkehrssysteme. Die fehlende oder mangelhafte Kompatibilität nationaler Verkehrssysteme aufgrund technischer, administrativer oder rechtlicher Eigenheiten behindert den freien und zügigen Verkehr von Personen und Waren im Binnenmarkt. Ein 2011 geplantes Verkehrsweißbuch soll den Auftakt für eine umfassende Diskussion bilden.

► **Vorschlag Nr. 8** zur Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie. Die Kommission wird im Jahr 2011 einen Vorschlag annehmen, dessen Ziel es ist, in der Steuerpolitik den Klima- und Energiezielen der EU in stärkerem Maße Rechnung zu tragen, indem die Mindestverbrauchsteuersätze an die CO₂-Emissionen und den Energiegehalt gekoppelt werden.

► **Vorschlag Nr. 11:** Vorlage eines Energieeffizienzplans Anfang 2011. Ziel wird es sein, das Potenzial für signifikante Energie-



Mag. Daniela Fraiss ist Leiterin des Brüsseler Büros des Österreichischen Gemeindebundes

einsparungen zu nutzen, indem die bestehenden Politiken in allen energieverbrauchenden Sektoren ergänzt werden.

► **Vorschlag Nr. 13** zur Verknüpfung der KMU-Initiative (Small Business Act) mit der Strategie Europa 2020. Die Kommission wird die KMU-Initiative („Small Business Act“) bis Ende 2010 einer Bewertung unterziehen und die Anwendung des Prinzips „Vorfahrt für KMU“ in Politik und Gesetzgebung überprüfen.

► **Vorschlag Nr. 17** zur Überarbeitung, Vereinfachung und Modernisierung der Vergaberichtlinien im Jahr 2012. Nach Abschluss der laufenden Bewertung der europäischen Rechtsvorschriften für das öffentliche Vergabewesen wird die Kommission auf der Grundlage einer umfassenden Konsultation Legislativvorschläge vorlegen, die eine reibungslosere Auftragsvergabe und eine stärkere Nutzung des Vergabewesens zur Unterstützung anderer Politiken ermöglichen soll.

► **Vorschlag Nr. 18** für eine Rechtsetzungsinitiative im Bereich der Dienstleistungskonzessionen. Die Kommission ist der Ansicht, eine eigene Konzessionsrichtlinie würde den europäischen Unternehmen besseren Marktzugang verschaffen und gleichzeitig Transparenz, Gleichbehandlung und gleiche Spielregeln für alle Wirtschaftsbeteiligten gewährleisten. Überdies geht sie davon aus, öffentlich-private Partnerschaften würden dadurch gefördert und Dienstleistungsnutzer und öffentliche Auftraggeber könnten von einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis profitieren.

► **Vorschlag Nr. 19** zur besseren Koordinierung der nationalen Steuersysteme, insbesondere im Bereich der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage. Im Jahr 2011 wird ein Richtlinienvorschlag zur Festlegung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) vorgelegt.

► **Vorschlag Nr. 20** zur Überprüfung der derzeitigen Mehrwertsteuersysteme. Die Kommission wird 2011 ein Konzept für eine neue Mehrwertsteuer-Strategie auf der Grundlage eines Grünbuchs veröffentlichen, das noch

2010 vorgelegt werden soll.

► **Vorschlag Nr. 22** zur gegenseitigen Anerkennung elektronischer Signaturen.

► **Vorschlag Nr. 25:** Maßnahmenpaket zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Im Rahmen einer bis 2011 vorliegenden Mitteilung wird die derzeitige Politik evaluiert, und es



Foto: Europäische Kommission, 2010

Alle potenziell Betroffenen sollen sich der Vorteile des gemeinsamen Marktes bewusst werden, Wirtschaftsakteure (insbesondere KMU), Sozialpartner und Bürger müssen gleichermaßen von diesem Neustart profitieren.

Binnenmarktkommissar Michel Barnier

werden drei Schwerpunkte für die Zukunft gesetzt. Erstens meint die Kommission, den betroffenen Behörden weiteres „Werkzeug“ für die rechtskonforme Erbringung der Daseinsvorsorge zur Verfügung stellen zu müssen, damit sie (wortwörtlich) „im Rahmen ihrer jeweiligen Befugnisse und ihrer umfassenden Autonomie bedarfsgerechte lokale öffentliche Dienstleistungen hoher Qualität [zu] erbringen“.

Zweitens sollen die Bürger die bisherigen Liberalisierungsschritte (z. B. Post, Energie, Verkehr) bewerten können, v. a. im Hinblick auf die Qualität der Dienstleistungen. Auf das Ergebnis darf mit Spannung gewartet werden.

Und drittens will sich die Kommission mit der Frage der allfälligen Ausdehnung der Universalienverpflichtung auf andere Bereiche befassen.

► **Vorschlag Nr. 27:** Mitteilung zu den Prioritäten im Bereich Energieinfrastrukturen bis 2020/2030. Zu den für die Umsetzung dieser Prioritäten erforderlichen Mitteln wird noch im

Jahr 2011 ein neues Instrument für Energiesicherheit und Energieinfrastrukturen in Europa vorgeschlagen.

► **Vorschlag Nr. 36:** Initiative für soziales Unternehmertum, mit dem Ziel, die Entwicklung innovativer Unternehmensprojekte im sozialen Bereich innerhalb des Binnenmarkts zu unterstützen und zu begleiten. Dafür zum Einsatz kommen sollen Sozialrating, Ethik- und Ökolabels, öffentliche Auftragsvergabe, Einführung eines neuen Investmentfonds-Modells sowie die Mobilisierung ruhender Ersparnisse.

► **Vorschlag Nr. 37:** Qualitätsverbesserung des Rechtsrahmens für „solidarische“ Gesellschaftsformen wie Genossenschaften, Stiftungen o. ä. Aus verschiedenen Gründen, die in erster Linie mit der Art ihrer Finanzierung bzw. mit den Entscheidungen der Anteilseigner oder anderer Beteiligter zusammenhängen, die Projekte mit starker sozialer, wirtschaftlicher oder technologischer Innovationskomponente unterstützen und begleiten, ist die Sozialwirtschaft in Organisationen unterschiedlichster Rechtsformen (Stiftungen, Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften usw.) strukturiert. Die Kommission wird Maßnahmen vorschlagen, die zu einer qualitativen Verbesserung der betreffenden rechtlichen Strukturen beitragen, so dass deren Funktionieren optimiert und ihre Entwicklung innerhalb des Binnenmarkts gefördert wird.

► **Vorschlag Nr. 48:** Größeres Augenmerk auf Folgenabschätzungen und Stellungnahmen zu geplanten EU-Gesetzen u. a. von Vertretern der Gebietskörperschaften. Die Kommission wird die Konsultation und den Dialog mit der Zivilgesellschaft bei der Vorbereitung und Durchführung von Rechtsvorschriften intensivieren.

Fact-Box

Der 56 Seiten starke Volltext der Binnenmarktakte kann unter folgendem Link abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/internal_market/smact/docs/single-market-act_de.pdf

EU-Kommission legt Optionen für künftige Kohäsionspolitik dar

Oberste Priorität ist das Erreichen des „Europa 2020“-Zieles

Der Anfang November von der Europäischen Kommission veröffentlichte Fünfte Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zeigt, dass die Kohäsionspolitik der EU einen erheblichen Beitrag zu Wachstum und Wohlstand sowie zur Förderung einer ausgewogenen Entwicklung in der gesamten EU geleistet hat.

Angesichts der enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre muss die Politik nun auf neue Herausforderungen ausgerichtet werden. Vor dem Hintergrund der EU-Haushaltsüberprüfung unterstreicht der Bericht, dass sich die kohäsionspolitischen Investitionen künftig eng an den Zielen der Strategie „Europa 2020“ ausrichten müssen. Ferner werden strengere Auflagen sowie Anreize vorgeschlagen, um eine wirksame Nutzung der kohäsionspolitischen Mittel zu gewährleisten und Ergebnisse stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Bei der Vorstellung des Berichts erklärte Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik: „Dieser Bericht veranschaulicht, wie sich die Kohäsionspolitik durch die Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheiten und die Förderung der ökologischen und sozialen Entwicklung erheblich auf die europäische Wirtschaft ausgewirkt hat. Um die Kosteneffizienz zu verbessern, müssen wir die Wirksamkeit der Politik allerdings noch weiter steigern und dabei konkrete, messbare Ergebnisse erzielen. Wir müssen die Mittelvergabe intelligenter gestalten, uns auf die zentralen Prioritäten der EU konzentrieren und dafür sorgen, dass der Mehrwert gegenüber den Maßnahmen der nationalen und regionalen Behörden klar ersichtlich ist. Die

Ergebnisse dieses Berichts und die nun anlaufende Konsultation werden uns bei der Ausarbeitung einer Kohäsionspolitik helfen, die besser auf die heutige wirtschaftliche Lage abgestimmt ist.“

Im Bericht werden die wirtschaftliche, soziale und ökologische Situation sowie die Trends in den Regionen der EU umfassend bewertet und verschiedene Optionen für die Anpassung der Politik ab dem Jahr 2013 erläutert. Es wird aufgezeigt, wie die Kohäsionspolitik allen Regionen zugute gekommen ist – sowohl direkt in Form von Investitionen als auch indirekt über Handelsvorteile – und wie sie die EU-weiten Prioritäten wie Umwelt-

schutz, Forschung und Innovation unterstützt hat.

Trotz großer Erfolge gibt es nach wie vor große wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Regionen. So wird im Bericht festgestellt, dass es beträchtliche regionale Abweichungen in verschiedensten Bereichen gibt – von der Produktivität über die Säuglingssterblichkeit bis zur Anfälligkeit für Klimaveränderungen. Auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem laufenden und vergangenen Programmplanungszeitraum und aus den Diskussionen mit vielen verschiedenen Stakeholdern werden im Bericht Vorschläge für eine Reform der Kohäsionspolitik gemacht.

Unter Hervorhebung des Nutzens einer Abstimmung der Finanzierung auf den nationalen und regionalen Entwicklungsbedarf wird im Bericht eine Debatte darüber eröffnet, wie die Gesamtarchitektur der Kohäsionspolitik gewährleisten kann, dass alle Finanzierungsinstrumente wirksam zur Erreichung der „Europa 2020“-Ziele beitragen. Die Planungs- und Verwaltungszyklen für die Kohäsionspolitik sollten dem Bericht zufolge so umgestaltet werden, dass sich diese Ziele in den Investitionsprioritäten niederschlagen. Mit der Veröffentlichung des Berichts beginnt auch eine öffentliche Konsultation, die bis zum 31. Jänner 2011 läuft.



Foto: Europäische Kommission, 2010

Wir müssen die Mittelvergabe intelligenter gestalten, uns auf die zentralen Prioritäten der EU konzentrieren und dafür sorgen, dass der Mehrwert gegenüber den Maßnahmen der nationalen und regionalen Behörden klar ersichtlich ist.

Johannes Hahn, EU-Kommissar für Regionalpolitik

Fact-Box

Weitere Informationen zur Regionalpolitik finden Sie unter http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm
Den vollständigen Bericht finden Sie unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/cohesion_report

Achtung: Dämmerungseinbrecher haben wieder Hochsaison

Wenn die Sonne untergeht ...

Zu Jahreszeiten, in denen es schon am Nachmittag dunkel wird, haben „Dämmerungseinbrecher“ Hochsaison. Doch auch die Polizei verstärkt ihre Aktivitäten – und die Bevölkerung kann wertvolle Beiträge leisten.



Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-



Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich.

Innenministerin Dr. Maria Fekter

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

gen gelegt – und waren dabei sehr erfolgreich“, sagt Innenministerin Dr. Maria Fekter. Die Beiträge der Bevölkerung können sein, indem sie aufmerksam ist und der Polizei Hinweise gibt und indem sie ihre Häuser und Wohnungen absichert. „Wir haben in den vergangenen Monaten unseren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Einbruchs in Häuser und Wohnun-

Die Tipps der Experten

Die Polizei rät Wohnungs- und Hausbesitzern:

► Viel Licht, sowohl im Innen- als auch im Außenbereich.

► Beim Verlassen des Hauses/der Wohnung in einem Zimmer das Licht eingeschaltet lassen; bei längerer Abwesenheit Zeitschaltuhren verwenden und unterschiedliche Einschaltzeiten für die Abendstunden programmieren.

► Im Außenbereich Bewegungsmelder und starke Beleuchtung anbringen ...

► Lüften nur, wenn jemand zu Hause ist, denn ein gekipptes Fenster ist ein offenes Fenster und ganz leicht von außen zu öffnen. Auch heiztechnisch ist Stoßlüften ökonomischer als

permanentes Spaltlüften. ► Verriegeln Sie immer sämtliche Fenster und Türen, selbst bei kurzer Abwesenheit. ► Eine rundum abgesicherte Eingangstür (nicht nur durch Zusatzschlösser, sondern eine gesamte Bandsicherung) oder Alarmanlagen schützen sehr wirksam vor Eindringlingen. ► Verstecken Sie nicht Ihren Schlüssel unter dem Fußabstreifer oder im Blumenkasten.

Besonders wichtig ist die Nachbarschaftshilfe: Halten Sie regelmäßigen Kontakt zu Ihren Nachbarn. So wissen Sie, was in Ihrem Wohngebiet vorgeht und erkennen außergewöhnliche Aktivitäten sofort.

► Schneiden Sie Bäume, Sträucher und Büsche zurück, so dass Ihr Grundstück von außen einsehbar ist – Sie bieten sonst Einbrechern einen idealen Sichtschutz.

► Ein Außenlicht, kombiniert mit einem Bewegungsmelder, wirkt abschreckend. ► Leitern, Gartenmöbel und herumliegendes Werkzeug sind praktische Helfer für Diebe – sie sollten weggeräumt werden.

► Versehen Sie Zaun oder Mauer mit einem Überkletterschutz.

► Bei verdächtigen Wahrnehmungen verständigen Sie umgehend die Polizei (**Notruf 133**).



Mein Ziel ist, die Verwaltung weiter zu vereinfachen und noch bürgerfreundlicher zu gestalten. Auch im Bereich der Einheitsbewertung arbeiten wir derzeit an einer weiteren Verwaltungsvereinfachung und setzen nunmehr voll auf E-Government-Lösungen. Damit sparen wir Steuergeld in der Verwaltung ein und verbessern unseren Service für Sie. Diese Ausgabe unserer BMF-Kommunal-Kooperation informiert Sie über die anstehenden Neuerungen.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen
Ihr Josef Pröll
Finanzminister



Vertiefung der Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg

GRUIS – ein Beispiel für Verwaltungsvereinfachung

In Ausgabe 1/2010 von KOMMUNAL wurde über die für die Gemeinden geschaffene Möglichkeit, nach § 186 Abs. 4 Bundesabgabenordnung (BAO) auf die im Grundbesitzinformationssystem (GRUIS) des BMF gespeicherten Berechnungsgrundlagen des Einheitswertes Einsicht zu nehmen, berichtet. Wie dieses Musterbeispiel an Zusammenarbeit weiter ausgebaut wird, davon handelt dieser Bericht.

Peter Gspan

Die neue Funktionalität von FinanzOnline wurde seit Ende 2009 bereits über 8500-mal verwendet und dient somit als Musterbeispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungsbereichen. Diese Zusammenarbeit soll in Zukunft nun noch weiter ausgebaut werden. „Ziel ist, bereits vorhandene Verwaltungsdaten über Behördengrenzen hinweg zu nutzen und damit Verwaltungskosten zu sparen und die Bürgerinnen und Bürger

Eine mehrfache Befragung der Bürgerinnen und Bürger wird somit vermieden, und auf Seiten der Verwaltung müssen die Daten nur noch einmal erfasst werden, was Fehlerquellen minimiert.

zu entlasten“, so Mag. Erich Waldecker, Leiter der Abteilung IT und Rechnungswesen der Finanzämter und Großbetriebsprüfungen. Eine mehrfache Befragung der Bürgerinnen und Bürger wird somit vermieden,

und auf Seiten der Verwaltung müssen die Daten nur noch einmal erfasst werden, was Fehlerquellen minimiert. Weiters können durch diese Maßnahmen die Durchlaufzeiten für die Bearbeitung von Anträgen verringert werden.

Im Bereich der Einheitsbewertung wird eine Verwaltungsvereinfachung durch folgende Vorhaben angestrebt:

- ▶ Nutzung der Daten des Gebäude- und Wohnregisters,
- ▶ Änderungen bei der Übermittlung der Grundsteuermessbeträge und
- ▶ Verwendung der Daten aus dem Grundbuch und dem Kataster.

Nutzung der Daten des Gebäude- und Wohnregisters

Bei der Einheitsbewertung sind neben den Daten bezüglich des Eigentums, der Nutzung und des Umfangs der Grundstücke



Bei der Einheitsbewertung sind auch Daten über Gebäude von Bedeutung. Um bei diesen Daten Synergien nutzen zu können, sollen künftig die Daten des Gebäude- und Wohnungsregisters (AGWR II) für die Berechnung des Gebäudewertes herangezogen werden. Hierfür hat die Finanzverwaltung Zugriffsrechte erhalten, um an jene Daten zu gelangen.

auch Daten über Gebäude von Bedeutung. Um bei diesen Daten Synergien nutzen zu können, sollen künftig die Daten des Gebäude- und Wohnungsregisters (AGWR II) – in welchem wesentliche Gebäudedaten bereits gespeichert sind – für die Berechnung des Gebäudewertes herangezogen werden. Durch eine Änderung des Bundesgesetzes über das Gebäude- und Wohnungsregister (BGBl. I Nr. 125/2009) hat die Finanzverwaltung zur Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben Zugriffsrechte auf bestimmte – für die Bewertung relevante – Daten (wie z. B. Bauvorhabensmeldungen, Nutzflächen, Raumhöhen) erhalten. Derzeit wird zusammen mit der Bundesanstalt Statistik Österreich an einer Umsetzung der Datenweitergabe an das BMF gearbeitet. Dabei werden mit Testdaten die Prozesse in der Einheitsbewertung abgestimmt, um künftig eine direkte Zurverfügungstellung der AGWR-Daten im Grundbesitzinformationssystem (GRUIS) der Finanzverwaltung zu ermöglichen. Im Zuge einer Pilotierung sollen in einer ersten Phase die im AGWR II enthaltenen Daten von Neubauten von Einfamilienhäusern verwendet werden. Erste gewonnene Erfahrungen zeigen die hohe Qualität der Daten seit dem Start des GWR II im März dieses Jahres, wodurch eine Informationsbeschaffung



Die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Verwaltungsbehörden wird sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene immer wichtiger.

OR Wolfgang Katzmann ist Applikationsleiter für Internationales, Beihilfen und Bewertung in der Sektion für IT, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Finanzministerium

durch die Finanzämter bei den Gemeinden bei ab diesem Zeitpunkt fertiggestellten Gebäuden wesentlich reduziert werden kann. Für die Gemeinden ist die Gewährleistung einer hohen Qualität der erfassten Daten ein besonderes Anliegen, so Prof. Dietmar Pilz vom Österreichischen Gemeindebund, da erst dadurch eine Wiederverwendbarkeit zum Wohle aller Beteiligten ermöglicht wird.

Änderung bei der Übermittlung der Grundsteuermessbetragsbescheide

Die Form der Weitergabe der für die Berechnung der Grundsteuer maßgeblichen Grundsteuermess(betrags)bescheide soll ebenfalls an die neuen technischen Möglichkeiten angepasst werden.

Rechtsgrundlage für die Weitergabe der Grundsteuermess(betrags)bescheide ist § 194

Abs 4 BAO. Gemäß dieser Bestimmung haben die Abgabenbehörden des Bundes den Inhalt der Steuermessbescheide an die abgaben- oder beitragsberechtigten Körperschaften (zum Beispiel Gemeinden) zu übermitteln. Diese Übermittlung an die Gemeinden und Gemeindeabgabeneinhebungsverbände erfolgt aktuell vierteljährlich, wobei diese Übermittlung derzeit sowohl in Papierform als auch in elektronischer Form erfolgt. Die elektronischen Datensätze werden in einer Textdatei nach einer definierten Satzstruktur erstellt und über FinanzOnline den Gemeinden bzw. deren Dienstleistern zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu dieser Variante wird derzeit mit einigen Gemeinden die Übermittlung der Daten in XML-Form¹⁾ (eben-



Peter Gspan ist IT-Organisator in der Applikation Internationales, Beihilfen und Bewertung der Sektion für IT, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Finanzministerium

¹⁾ XML (Extensible Markup Language) ist eine Sprache zur Darstellung von strukturierten Daten

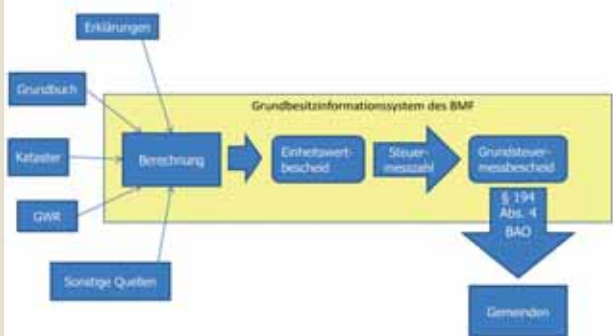
Fact-Box:

Der Einheitswert in Kürze

Der Einheitswert bildet die Grundlage für über 25 Abgaben, Steuern und Beiträge. Im Grundvermögen ist der Einheitswert insbesondere die Basis für die Grundsteuer (diese wird von den Gemeinden erhoben und stellt gemäß § 14 FAG 2008 eine ausschließliche Gemeindeabgabe dar) sowie für die Grunderwerbsteuer und die Bodenwertabgabe (diese werden von der Abgabenverwaltung des Bundes erhoben und stellen gemäß § 8 FAG 2008 gemeinschaftliche Bundesabgaben dar). Die Erträge aus der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe werden zu 96 Prozent den Gemeinden zugeteilt. Im land- und forstwirtschaftlichen Vermögen ist der Einheitswert darüber hinaus maßgebend für die Einkommenspauschalierung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die Abgaben und Beiträge zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung, die Studienbeihilfe sowie den Kirchenbeitrag u. v. m.

Das GRUIS

Das Grundbesitzinformationssystem (GRUIS)



Zur Unterstützung der Abgabenbehörden des Bundes wird zur Berechnung und bescheidmäßigen Festsetzung der Einheitswerte und der von diesen abgeleiteten Grundsteuermessbeträge vom Bundesministerium für Finanzen das „Grundbesitzinformationssystem“ (GRUIS) betrieben. Durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzämter

werden die für die Berechnung grundlegenden Informationen in dieses System eingepflegt. Dazu gehören neben den Stammdaten der wirtschaftlichen Einheit (darunter zählen z. B. die Lage, die Art) auch die jeweiligen Miteigentümer der Liegenschaft. Zur Berechnung der Höhe des Einheitswertes werden je nach Vermögensart noch zusätzliche, bewertungsrechtlich relevante Daten erfasst, wie z. B. Flächen, Nutzung, Gebäudekubaturen.

► Im **land- und forstwirtschaftlichen Bereich** ist der Ertragswert relevant. Für dessen Ermittlung werden die jeweiligen Flächen, Nutzung, Bodenklimazahlen¹⁾, Abschläge und Zuschläge für die wirtschaftlichen Bedingungen sowie die kundgemachten Hektarsätze (z. B. Forsthektarsatz, Alpenhektarsatz und andere mehr) herangezogen.

► Beim **Grundvermögen** wird der gemeine Wert zum Zeitpunkt der letzten Hauptfeststellung nach einem gesetzlich festgelegten Bewertungsverfahren (Bodenwert + Gebäudewert gemäß Anlage § 53a BewG) ermittelt.

Mit den erfassten Daten wird der jeweilige Einheitswert errechnet und darüber mittels eines Feststellungsbescheides abgesprochen. Der Grundsteuermessbescheid wird vom Einheitswertbescheid abgeleitet.

Nähere Informationen zur Einheitsbewertung finden Sie auf der Homepage des BMF unter www.bmf.gv.at – Steuern/ Bürgerinformationen / Grundstücke und Steuern.

¹⁾ Die Bodenklimazahl ist eine Verhältniszahl zwischen 1 und 100, um die natürliche Ertragsfähigkeit eines landwirtschaftlich genutzten Bodens auszudrücken.

falls über FinanzOnline) getestet. Die Übermittlung als XML-Datei soll – da es sich dabei um ein genormtes Dateiformat handelt – in Zukunft verstärkt ausgebaut werden und mittelfristig die anderen Übermittlungsvarianten ablösen.

Verwendung der Daten aus dem Grundbuch und Kataster

Eine besondere Rolle in der Einheitsbewertung spielen das Grundbuch und der Kataster, da in diesen beiden Verzeichnissen die für die Zurechnung sowie für die Beschaffenheit der wirtschaftlichen Einheit maßgeblichen Informationen enthalten sind. Bereits seit den 80er-Jahren wird die Grundstücksdatenbank – in der die Informationen aus dem Grundbuch und aus dem Kataster gemeinsam wie-

Mit der Umstellung auf die neue Grundstücksdatenbank wird es möglich sein, dass Änderungen ... weitestgehend direkt im GRUIS weiterverarbeitet werden können.

dergegeben werden – EDV-gestützt geführt. Ziel der Finanzverwaltung ist es, die in der Grundstücksdatenbank und über den elektronischen Rechtsverkehr vorhandenen Informationen für die Einheitsbewertung auf elektronischem Wege zu nutzen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Finanzämtern im GRUIS automatisiert zur Verfügung zu stellen. Dafür wurde durch die Bewertungsgesetznovelle 2009 (BGBl. I Nr. 80/2009) die Möglichkeit geschaffen, dass die Grundbuchgerichte und das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen die Daten in strukturierter Form elektronisch an die Abgabenbehörden des Bundes übermitteln dürfen. Mit der Umstellung auf die neue Grundstücksdatenbank wird es möglich sein, dass Änderungen im Eigentum und bei der Beschaffenheit eines Grundstücks (zum Beispiel Flächengröße, Nutzung) weitestgehend direkt ohne neuerliche Erfassung im GRUIS weiterverarbeitet werden können.

Vermietung und Verpachtung

Fristverlängerung erreicht

KOMMUNAL berichtete in der Ausgabe 10/2010 über die aus steuerlichen Gründen notwendige Anpassung von Verträgen über Vermietungen und Verpachtungen

durch Gemeinden.

Wie Prof. Dietmar Pilz in seinem Artikel „Notwendige Sitzungen noch heuer abhalten“ dargelegt

hat, sind bei Verträgen, die vor dem 1. 1. 2008 eingegangen wurden, umgehend die Miet- und Pachtentgelte anzupassen. Der Österreichische Gemeindebund konnte nunmehr erwirken, dass Gemeinderatsbeschlüsse zur Anpassung von Bestandsverhältnissen an die geänderten Umsatzsteuerrichtlinien (Rz 265 UStR) nicht unbedingt mehr vor Jahresende erfolgen müssen, sondern auch im 1. Quartal 2011 zulässig sind, soweit sie rückwirkend zum 1. 1. 2011 erfolgen. Mit Schreiben vom 8. 10. 2010 wurde vom betreffenden Abteilungsleiter des BMF auch klargestellt, dass ein Bestandsverhältnis, welches ab 2011 nicht den geänderten Voraussetzungen der Rz 265 UStR entspricht, nicht zum gänzlichen Vorsteuerverlust der Vorjahre, sondern zu einer Vorsteuerberichtigung gem. § 12 Abs. 10 UStG führt. In diesem Fall würde es also nicht zum gänzlichen Verlust von in Abzug gebrachten Vorsteuern von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Immobilien sowie der Vorsteuern von Erhaltungskosten und laufenden Betriebskosten kommen. Die rückwirkend unterstellte Nichtunternehmer-Eigenschaft führt aber sehr wohl zu einer Vorsteuerkorrektur für Vorsteuern von Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Immobilien (bzw. für Um- und Zubauten oder bei vorgenommenen Großreparaturen) im Zeitraum 2002 bis 2007, welche durch einen Gemeinderatsbeschluss verhindert werden kann.



familienfreundlichegemeinde 2010

Moosburg – Pionier des Audits

Die Marktgemeinde Moosburg in Kärnten ist eine von dzt. 160 österreichischen Gemeinden, die mit dem Audit familienfreundlichegemeinde ihre Familienorientierung nachhaltig umsetzt. Beginnend im Jahr 2003 hat Moosburg im Jahr 2010 als erste Gemeinde Österreichs das 2. Zertifikat erhalten. Damit hat sich Moosburg seine Vorreiterrolle als familienfreundliche Gemeinde gesichert. Moosburg ist ein bedeutender Schulstandort und aufgrund bester Verkehrsinfrastruktur ein beliebter Wohnort und Wirtschaftsstandort. Bereits früh hat Moosburg das nachhaltige Generationennetzwerk in der Gemeinde etabliert und entwickelt



Bgm. Herbert Gaggl (li.) übergibt den Schlüssel an Kindergartenleiterin Martina Jarz und Caritasdirektor Dr. Viktor Omelko.

auf hohem Niveau die Leistungen zur Sicherung der Lebensqualität in der Gemeinde weiter. Mit dem neuen Kindergartengebäude wurde ein weiterer Höhepunkt gesetzt. Moosburg hat 75 neue Betreuungsplätze auf die Beine gestellt. Insgesamt stehen nun 170 Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche von 1 bis 15 Jahren zur Verfügung. „Wir investieren in den Ausbau rund ein Million Euro. Der Neubau wurde als Holzbau konzipiert und ausgeführt und ist mit dem bestehenden Kindergartengebäude verbunden. Er fügt sich harmonisch und funktionell bestens zum Bestand der Volksschule und den Spielplätzen“, betonte Bgm. Herbert Gaggl

anlässlich der feierlichen Eröffnung am 27. Oktober 2010.

Kärnten holt auf

Anlässlich der Zertifikatsverleihung am 29. September 2010 erhielten zwei weitere Kärntner Gemeinden, Poggersdorf und Krumpendorf, das Grundzertifikat. Als erste Landeshauptstadt Österreichs setzt auch Klagenfurt das Audit familienfreundliche Gemeinde um. „Die Zertifikate bestätigen den richtigen Weg der Kärntner Gemeinden. Sie schaffen mit ihrer Familienfreundlichkeit ein Mehr an miteinander, Kommunikation und Identifikation“, betonte Landeshauptmann Gerhard Dörfler in einer Aussendung.

(www.ktn.gv.at/Lokal)

Die Familie & Beruf Management GmbH, der Österreichische Gemeindebund und der Kärntner Gemeindebund unterstützen diesen positiven Trend und planen im Mai 2011 Veranstaltungstage in Kärnten zu den Schwerpunkten Audit familienfreundlichegemeinde und Gemeindevertreterinnenkonferenz. Genauere Infos entnehmen Sie bald den Webseiten siehe Infobox.

Information

Familie & Beruf Management GmbH



Ansprechpartnerinnen:
Heike Trammer
heike.trammer@familieundberuf.at



Tel.: 01/218 50 70
Web: www.familieundberuf.at

Österreichischer Gemeindebund
Tel.: 01/512 14 80-20
Ansprechpartnerin:
Mag. Anna Nödl-Ellenbogen
anna.noedl-ellenbogen@gemeindebund.gv.at
Web: www.gemeindebund.at

100 Millionen Euro für die thermische Gebäudesanierung

Gebäude sanieren statt Geld verheizen

Umweltminister Nikolaus Berlakovich ist es bei den Budgetverhandlungen gelungen, eine Fortsetzung des erfolgreichen Förderprogramms zur thermischen Sanierung zu erreichen. Ab 2011 sollen dafür jährlich 100 Millionen Euro investiert werden.

Mit den 100 Millionen, die im Jahr 2009 als Fördermittel für thermische Gebäudesanierung investiert wurden, wurden 14.400 private und 530 betriebliche, also insgesamt knapp 15.000 Gebäude saniert. Bei privaten Haushalten wurde im Schnitt eine Halbierung des Heizwärmebedarfes und damit der Heizkosten erreicht.

Laut einer WIFO-Studie wurden

damit rund 8700 sogenannte green jobs geschaffen. Zusätzlich haben die 100 Millionen Euro damals ein Gesamtinvestitionsvolumen von 667,5 Millionen Euro ausgelöst. 800 Millionen Liter Öl konnten durch die Aktion eingespart werden.

„Meine Vision ist ein energieautarkes Österreich. Dazu müssen wir einerseits mehr erneuerbare Energieformen nutzen und andererseits die Energieeffizienz steigern. Die Gebäudesanierung ist dabei eine wichtige Maßnahme mit Mehrfachnutzen: Zur Wirtschaftsbelebung, zur Schaffung von green jobs, zur Heizkostenersparnis und zum Klimaschutz“, so Umweltminister Niki Berlakovich.

Fahrschulen als klima:aktiv mobil Projektpartner ausgezeichnet

90.000 FahrschülerInnen sparen 17.000 Tonnen CO₂

Umweltminister Niki Berlakovich zeichnete den Fachverband der Fahrschulen und des Allgemeinen Verkehrs als klima:aktiv mobil Projektpartner aus. Der Fachverband erhielt diese Ernennung für den aktiven Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz durch die Erarbeitung von Trainingsprogrammen für Pkw- und Lkw-Spritspartrainings.

Als zentraler Partner bei der Ausbildung von SpritspartrainerInnen wurden bisher bereits 600 SpritspartrainerInnen ausgebildet. Weiters ist es im Oktober 2008 gelungen, Spritsparen in der Führerscheinausbildung für die 2. Perfektionsfahrt fest zu verankern. Jährlich absolvieren nun 90.000 FahranfängerInnen ein Spritspartraining. Die daraus resultierende Spritreduktion ist beachtlich: Die FahrschülerInnen sparen mit der spritsparenden Fahrweise jährlich über 17.000



Foto: BMLFUW/Kern

Tonnen CO₂ ein. Damit ist der Grundstein für eine lebenslange spritsparende Fahrweise gelegt. „Fahrschulen sind wichtige Partner bei der Mobilitätsausbildung zu den Themen intelligente Mobilität, Spritsparen und Klimaschutz. Ein Drittel der klimaschädlichen Gase kommt vom Verkehr. Mobilität zu verbieten ist keine Option, der effiziente Einsatz von Sprit und die Nutzung alternativer Antriebe sehr wohl“, so Umweltminister Niki Berlakovich.

Fotos: BMLFUW/APA-Fotoservice/Strasser



„Die vielfachen Vorteile liegen auf der Hand: wirtschaftlicher Erfolg, mehr Green Jobs, Kostenersparnis durch ‚aktiver Klima- und Umweltschutz‘ und dadurch mehr Lebensqualität für uns und unsere Kinder“, so Umweltminister Niki Berlakovich, hier mit Moderatorin Claudia Reiterer.

Die ausgezeichneten Projekte und die zahlreichen Einreichungen zeigen, dass klimaschonendes Handeln seinen Platz im Wirtschaftsleben und im Alltag gefunden hat“, so Minister Berlakovich in seiner Ansprache.

Das Wiener Boutique-Hotel Stadthalle ist das erste Null-Energiebilanz-Hotel der Welt; das Kärntner Unternehmen impress decor ersetzt das Erdölprodukt Melamin durch eine Möbelbeschichtung aus Zucker; die Stromboje der Firma Aqua Libre erzeugt Strom aus Wasserkraft ohne Stauwerk und Dämme, und das Institut für Nachhaltige Technologien (AEE Intec) erreichte mit der steirischen Energieregion Weiz-Gleisdorf minus 25 Prozent CO₂ in nur fünf Jahren. Sie sind die Sieger des Österreichischen Klimaschutzpreises, der von ORF und Lebensministerium seit 2008 in jeweils vier Kategorien vergeben wird. Eine ExpertInnen-Jury und das ORF-Publikum wählten die GewinnerInnen aus insgesamt 310 Einreichungen.

Die Gewinner 2010

In der Kategorie „Industrie & Großbetriebe“ setzte sich impress decor GmbH mit einer „süßen“ Möbelbeschichtung durch: Als Ersatz für das in der Herstellung energieintensive Erdölprodukt Melamin wurde ein gleichwertiges Produkt aus Zucker entwickelt.



Klimaschutzpreis 2010: Die Sieger stehen fest! Im Bild: Umweltminister Niki Berlakovich und ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz mit den Gewinnern.

Fotos: BMLFUW/APA-Fotoservice/Strasser



Stromboje



Energierregion Weiz-Gleisdorf



Boutiquehotel Stadthalle

Fotos: Boutiquehotel, Energy in minds, Aqua Libre

Österreichischer Klimaschutzpreis 2010: Die Sieger stehen fest

„Klimaschutz made in Austria ist marktfähig geworden“

In einer Gala wurden Anfang November vier Gewinner aus 310 Bewerbern gekürt. Umweltminister Niki Berlakovich erklärte bei der Auszeichnung der Siegerprojekte 2010, dass Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg einander perfekt ergänzen.

von Projekten um 25 Prozent reduziert werden – von hochwertigen Gebäudemodernisierungen, über die Installation von Solar- und Photovoltaikanlagen bis zur Nutzung von Biomasse wie Pellets oder Pflanzenöl.

Die Stromboje von Aqua Libre brachte den Sieg in der Kategorie „Alltag & Ideen“: Sie ist ein flexibles Mini-Flusskraftwerk, das sich bereits in der Donau bewährt hat. Die Boje erzeugt Strom aus Wasserkraft ganz ohne Stau und Dämme, sie ist hochwassertauglich und gefährdet weder Tiere noch Pflanzen, weder Boote noch Badende. In der Kategorie „Landwirtschaft & Gewerbe“ gewann das Boutique-Hotel Stadthalle als vermutlich weltweit erstes Null-Energie-Bilanz Hotel im urbanen Raum: Das bestehende Gebäude wurde thermisch vollsaniert. Der angrenzende Zubau ist ein Passivhaus, dessen Energiebedarf zur Gänze mit Grundwasserwärme-



impress decor

Foto: Wallner

pumpen, Photovoltaikanlage und Solaranlage gedeckt wird. Die Region Weiz-Gleisdorf mit 17 Gemeinden schaffte mit einem EU-geförderten Projekt den Einzug in die Europa-League der Energieregionen und gewann in der Kategorie „Regionen & öffentlicher Raum“. Binnen fünf Jahren konnte der Ausstoß an Treibhausgasen durch eine Vielfalt

Erfolg aus Österreich

„Der Österreichische Klimaschutzpreis beweist, dass Klimaschutz und unternehmerisches Denken einander perfekt ergänzen. Die vielfachen Vorteile liegen auf der Hand: wirtschaftlicher Erfolg, mehr Green Jobs, Kostenersparnis durch Nutzung von Alternativen, aktiver Klima- und Umweltschutz und dadurch mehr Lebensqualität für uns und unsere Kinder“, so Umweltminister Niki Berlakovich. Alle Siegerprojekte und die Highlights der Verleihung auf Video sind auf den Homepages <http://klimaschutzpreis.orf.at>, www.klimaschutzpreis.at zum Download oder zum Ansehen bereitgestellt.

Infos auf www.lebensministerium.at

Aktion: 600 Elektro-Citroëns für Österreichs Straßen

Neue Elektroautos

Insgesamt 600 Elektrofahrzeuge der Modelle Citroën C-Zero und Berlingo First Electricque wird Raiffeisen-Leasing mit maßgeschneiderten Finanzierungspaketen ab sofort auf Österreichs Straßen bringen. Als ein Vorreiter auf dem Gebiet der alternativen Antriebe ist Citroën Wunschpartner und Lieferant sowie eine der ersten Marken in Europa, die in einem derart umfangreichen Projekt Elektrofahrzeuge einsetzen. Klaus Oberhammer, Generaldirektor von Citroën Österreich: „Mit der Markt-

einführung des Citroën C-Zero und des Berlingo First Electricque sind wir in der glücklichen Lage, interessierten Kunden noch heuer zwei vollelektrische Fahrzeuge anzubieten.“ Alfred Berger, Geschäftsführer der Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement: „Wir bieten in Österreich nun Privat- und Gewerbekunden für den Citroën C-Zero attraktive Pakete an, die sowohl die Finanzierung als auch darüber hinausgehende Dienstleistungen inkludieren. Damit wird E-Mobilität sofort nutz- und einsetzbar.“



Foto: Pollak

Alfred Berger (Raiffeisen-Leasing Fuhrparkmanagement), Sebastian Haböck und Klaus Oberhammer (beide Citroën Österreich) und Reinhard Würger (Raiffeisen-Leasing).

Um E-Mobilität erlebbar zu machen, hat Raiffeisen-Leasing die Plattform **www.rl-mobil.at** ins Leben gerufen. Auf dieser Homepage können Interessierte sich vormerken lassen, um ab Dezember 2010 den Citroën

C-Zero Probe zu fahren. Gewerbekunden können den Citroën C-Zero für eine Woche um 150 Euro (exkl. USt.) und Privatkunden für ein Monat um 600 Euro (inkl. USt.) mieten.

Lunz am See: Umweltfreundliche und kostengünstige heimische Alternative

Pelletsheizung für Gemeindewohnungen



Foto: Valetta

Holger Albrecht (Kraft), ÖkoFEN- GF Leopold Datzreiter, Bgm. Martin Ploderer und Baukoordinator Erich Osanger.

„Die Möglichkeit, mit einem heimischen Brennstoff umweltfreundlich und kostengünstig zu heizen, war für uns der Hauptgrund, auf Holzpellets umzusteigen“, so Bürgermeister Martin Ploderer. Lunz am See zählt zu den kältesten Orten Österreichs. „Mit der neuen Pelletsheizung setzen wir auf beste Qualität und eine regionale Betreuung der Heizungsanlage.“ Vor der

Sanierung heizten die Mieter der 31 Gemeindewohnungen mit alten Einzelöfen, die mit Öl, Kohle, Holz oder Strom betrieben wurden. Mit der thermischen Sanierung und der Umstellung auf erneuerbare Energie reduzieren sich die Heizkosten für die Mieter beträchtlich. Darüber hinaus verringert sich der CO₂-Ausstoß um 30 Tonnen pro Jahr und Wohnhaus.

Test: Holzbriketts

Qualität oft schlecht

Hartholzbriketts entsprechen oft nicht den Qualitätsanforderungen. Das hat eine Untersuchung der steirischen Arbeiterkammer ergeben. Bei einem Test entsprachen über 60 Prozent der eingekauften Ware nicht den Ö-Norm-Standards. Der Aschegehalt darf höchstens bei 0,5 Prozent liegen. Es gab aber Produkte, wo er über 2 Prozent lag.

Fuhrparkumstellung: Umweltfreundlich statt belastend

Öko-Lkw-Förderung läuft bald aus

Die Austria Wirtschaftsservice (aws) bietet 2010 eine neue Förderung an. Kleine Unternehmen können mit den erp-Kleinkrediten nun auch umweltfreundliche Lkw zur Güterbeförderung und Anhänger mit einer Gesamtmasse von mehr als 3,5 Tonnen finanzieren. Förderanträge müssen bis spä-

testens November bei der Förderbank des Bundes eingereicht werden, da die Förderung beihilfenrechtlich nur noch bis Jahresende 2010 erlaubt ist. Die neuen Transportfahrzeuge müssen der EEV-Norm entsprechen, also sehr strenge Kohlenwasserstoff- und Feinstaubwerte einhalten.

Sicherer: Gas- und Wasserumgang will gelernt sein

ÖVGW stellt neue Richtlinien vor

Im November 2010 erscheinen zwei neu überarbeitete ÖVGW-Richtlinien, welche jene des Jahres 2007 ersetzen: ÖVGW-Richtlinie G 4 „Aufstellung von Gasgeräten über 50 kW – besondere Bedingungen für die Aufstellung von Gasgeräten für Kühlung, Heizung und

Warmwasserbereitung mit einer Gesamtnennwärmebelastung > 50 kW“, und die ÖVGW-Richtlinie G 10 „Technische Richtlinie für Betrieb und Instandhaltung von Gasanlagen“. Hauptthema dieser Regel ist die wiederkehrende Überprüfung der gesamten Gasanlage. Infos auf **www.ovgw.at**

Winterdienst: Gebrauchter Splitt gilt als gefährlicher Abfall

Unsinnige Reinigung von Streusplitt?

Heftige Kritik übt der Bürgermeister von Steyregg, Josef Buchner, an der Entsorgung von gebrauchtem Streusplitt. Nach einem Winter auf den Straßen gilt der Splitt als gefährlicher Abfall und muss teuer entsorgt werden. Der gebrauchte Streusplitt müsste vor einer Wiederverwendung entweder aufwändig gereinigt und chemisch analysiert oder auf eine sehr teure Deponie für sogenannte Massenabfälle gebracht werden. Bgm. Buchner ließ den zwischengelagerten Streusplitt chemisch analysieren und erhielt das Ergebnis, dass

der Streusplitt nicht giftig sei. Anlass waren Ermittlungen der BH Urfahr-Umgebung. Weil die Gemeinde einem Bauern gebrauchten Streusplitt überlassen und der damit einen Waldweg befestigt hatte, hatte ein Jäger eine Anzeige wegen Waldverwüstung gemacht. Für den Bürgermeister steht fest, dass das Gesetz zumindest für Gemeinden mit wenig befahrenen Straßen eine Geldverschwendung ist. Denn alleine seiner Gemeinde würde die ordnungsgemäße Deponierung von 300 Tonnen Streusplitt 38.000 Euro kosten.



Zwölf Euro kostet die Tonne im Einkauf – das 13-Fache, 156 Euro, wenn der Streusplitt gesetzestreu deponiert wird.

Adaptierung 2011

ARA senkt acht Tarife von 15 Packstoffgruppen

Die ARA (Altstoff Recycling Austria) senkt mit kommendem Jahr ihre Lizenztarife bei acht von 15 Packstoffgruppen. Das wird möglich, da die ARA Vorteile, basierend auf der allgemeinen Erholung der Rohstoffmärkte, an die Kunden weitergeben will. Gesenkt wird vor allem Kunststoff. „IGP Folien“ und „IGP Hohlkörper“ werden gleich um 26 Prozent gekürzt. Bei Papier, Transportverpackungen und Aluminium liegen die Einsparungen zwischen sechs und zehn Prozent.

EU-Bürger: Österreich muss Arbeitsmarkt öffnen

Saisonniers-Regelung könnte fallen

Die Übergangsfrist für Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten läuft im Mai aus. Dann könnten die Beschränkungen fallen, das gilt auch für die Regelungen für Saisoniers. Lediglich für Rumänen und Bulgaren gilt die Frist bis 31. 12. 2013. Die Öffnung

der Arbeitsmärkte bedeutet auch, dass Arbeiter aus Polen, Ungarn oder Tschechien dann nicht mehr als Saison-Arbeiter in Österreich arbeiten, sondern als ganz normale Arbeitnehmer. Fallen könnten auch die Beschränkungen für Bürger aus Drittländern.

Werte überschritten: VCÖ schlägt Alarm

Feinstaubbelastung bereits viel zu hoch

Das erste Mal seit dem Jahr 2006 ist die Feinstaubbelastung in Österreich wieder gestiegen. In vielen Orten Österreichs gab es heuer mehr Grenzwertüberschreitungen als im gesamten Vorjahr. Die höchste Belastung gibt es in Wien, zu hoch ist die Belastung unter ande-

rem auch in Wr. Neudorf, Graz, Salzburg, Linz und Hall in Tirol. Der VCÖ fordert mehr öffentliche Verkehrsverbindungen und Umweltzonen. „Die Schadstoffbelastung ist gesundheitsgefährdend“, betont VCÖ-Experte DI Martin Blum und fordert Maßnahmen.

Klein- und Mittelbetriebe

Zu wenig Eigenkapital

35 Prozent der heimischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) verfügen über kein Eigenkapital. Besonders häufig betroffen sind Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten, berichtet die KMU-Forschung Austria. Im Wesentlichen sei die Eigenkapitalquote der österreichischen KMU aber im vergangenen Jahr weiter gestiegen, so Peter Voithofer, Direktor der KMU-Forschung Austria.

Weihnachtsgeschäft: Einzelhandel erwartete ein kräftiges Plus

Süßer die Kassen nie klingeln

Laut RegioPlan Consulting kann der Einzelhandel heuer im Weihnachtsgeschäft mit einem Umsatz von rund 1,75 Milliarden Euro (inklusive Mehrwertsteuer) rechnen. „Dies bedeutet ein nominelles Plus von knapp 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr“, kommentiert Michael Oberweger von RegioPlan. Auch der Onlinehandel darf sich zu Weihnachten freuen, ist aber keine Konkurrenz zum Einzelhandel. Rund

100 Millionen Euro werden durch Amazon, geizhals & Co. zu Weihnachten umgesetzt. Online werden insbesondere Bücher, Elektronikwaren und CDs/DVDs verkauft.

In der Adventszeit dürfen sich die großen Shoppingzonen auch über verstärkten Besuch von Tagestouristen hauptsächlich aus Osteuropa freuen. Im Schnitt gibt ein Bustourist in der Adventszeit rund 80 Euro in Österreich aus.



Im Spielwaren-, Schmuck- oder Buchhandel werden doppelt bis dreifach so hohe Umsätze wie in einem durchschnittlichen Monat erreicht.



Die Bechtolsheim-Kaserne in Wiener Neustadt steht auch zum Verkauf.

SIVBEG verkauft Berggipfel, Truppenübungsplätze oder ehemalige Kasernen

Kasernenverkäufe: Gemeinden sind erste Ansprechpartner

Seit fünf Jahren verwertet die SIVBEG erfolgreich ehemalige Kasernen des Bundesheeres. 98 Objekte wurden seitdem mit einem Erlös von rund 140 Millionen Euro verkauft. Die großzügigen Liegenschaften bringen gerade für Gemeinden viele interessante Möglichkeiten.

Die SIVBEG verwertet nicht mehr benötigte Liegenschaften des Bundesheeres. Wie viele Kasernen sind das, und verkaufen Sie auch andere Liegenschaften?

Geplant ist der Verkauf von 35 Kasernen, aber auch Truppenübungsplätze, Verwaltungsgebäude, Bahngleise, Berggipfel oder sogar eine Seilbahn stehen auf dem Programm. Wie Sie sehen, ist unser Verkaufsportfolio sehr umfangreich und außergewöhnlich.

Für welche Zwecke kann eine Kaserne genutzt werden?

Je nach Lage der Kaserne muss eine zivile Flächenwidmung beantragt werden, im Rahmen derer man ein Bauvorhaben umsetzen kann. Die Liegenschaften können sowohl für den freifinanzierten als auch für den geförderten Wohnbau, aber auch für eine gewerbliche Nutzung geeignet sein.

Welche Rolle spielen dabei die Gemeinden?

Die Gemeinden sind bei jedem neuen Verkaufsprojekt unser erster Ansprechpartner. Denn die jeweilige Gemeinde hat bei



SIVBEG Geschäftsführer Stephan Weninger.

öffentlichem Interesse die Möglichkeit, noch vor der öffentlichen Feilbietung zu kaufen. Jedenfalls aber ist die Kommune Widmungsbehörde. Sie entscheidet also über die spätere Nachnutzung.

Und wenn die Gemeinden das Gespräch verweigern?

Das kommt zum Glück nur in den seltensten Fällen vor. Aber dann bleibt uns nichts anderes über, als die Liegenschaft ohne Widmungsidee oder Plan zu verkaufen. Da kommt uns aber die Strategie des Verkäufers zugute. Denn das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport hat klar den Befehl ausgegeben: Verkaufspreis geht über die Dauer des Verkaufsprozesses. Das wiederum ist unser Vorteil. Denn wenn eine Gemeinde den Dialog verweigert, stellen wir das Projekt einfach in der Priorität zurück. Und gerade bei innerstädtischen Liegenschaften, denke ich, sollten auch die Gemeindevertreter Interesse an

einem raschen Verkauf haben. Sonst verfallen die Liegenschaften samt den Gebäuden langsam und verschönern auch nicht gerade das Ortsbild.

Wo ist ein Kasernenverkauf so gelaufen, wie Sie es gerne hätten, und was ist daraus geworden?

Die Käufer der Smola-Kaserne in Großenzersdorf haben zum Beispiel auf dem unbebauten Teil der Liegenschaft ein kleines Einkaufszentrum errichtet. Im denkmalgeschützten Gebäude wurde eine Schule untergebracht. Ein weiterer Teil wird für ein Blaulichtzentrum verwendet. Diese Liegenschaft ist ein gutes Beispiel dafür, wo die Gemeinde sehr unterstützend eingewirkt hat und in kürzester Zeit mehrere Projekte des Käufers verwirklicht werden konnten. Wir konnten wiederum die Kaserne sehr rasch verkaufen und für die Republik Österreich einen hohen Erlös erzielen.

Information

SIVBEG
Dampfschiffstraße 4
1030 Wien
Tel.: 01/715 09 00- 0
Fax: 01/715 09 00-7020
E-Mail: office@sivbeg.at
Web: www.sivbeg.at

Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und städtischem Wandel entstehen

Stadterneuerung – Sex in die City statt tote Hose

Das Herz einer Stadt oder eines Stadtviertels in größeren Städten ist das Zentrum. Viele Zeichen sagen, dass dieses Zentrum akut bedroht ist. Manche Städte, die sich dieser Gefahr bewusst sind, flüchten sich in die Stadterhaltung als Gegenstrategie. Das Zentrum wird in ein Museum umgewandelt und mit vielen kosmetischen Eingriffen mumifiziert. Wie bei den Pharaonen wird der perfekte Schein bewahrt, diesen Städten wurden alle lebenswichtigen Organe entnommen. Die Stadt ist tot. Stadterneuerung, die nachhaltig und zukunftsfähig sein will, muss neue Wege wagen. Neuartige Partnerschaften zwischen öffentlicher und privater Hand verbuchen im In- und Ausland



beachtliche Erfolge. Diese neuartigen Kooperationen aktivieren vor allem das bisher brach gelegene Liegenschaftseigentümerengagement. Damit kommt privates Kapital für das Gemeinwesen ins Spiel. So

entwickeln sich erfolgreiche Instrumentarien zur Förderung lokaler Wirtschaft. Diese Modelle gehen vernetzt interdisziplinär, integriert und partnerschaftlich an die Problemlösungen heran.

Durch die neuartige Organisation entstehen Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und städtischem Wandel. Die Möglichkeiten partnerschaftlicher Zusammenarbeit werden konkret, praxisnah und positiv erlebbar für die Beteiligten. Die Rolle der Geldinstitute in der Stadterneuerung wird ebenfalls neu definiert, wie auch die Chancen der Städte, ihrerseits Wachstum und wirtschaftliche Innovation vor Ort wirksam und nachhaltig zu fördern.

Das Buch

„Stadterneuerung – Sex in die City statt tote Hose“, Prof. Dr. Karl Schörghuber, 450 Seiten, 200 Bilder als Beispiele.
ISBN-10: 3-9500392-2-8;
ISBN-13: 978-3-9500392-2-1
Preis für Bestellungen aus Österreich: 49,90 Euro + 10 Prozent MwSt.

Information

Infrapool – Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing e.V.
Mag. Constanze Schaffner
Tel.: 0699 19 44 94 04
marketing@infrapool.com
www.infrapool.com

E.E.

Kwizda Agro:

Leitfaden zur Schädlingsbekämpfung in Gemeinden

Das Unternehmen Kwizda Agro bietet kostenlos für die Bedürfnisse des Kommunalbereichs einen Leitfaden zur Schädlingsbekämpfung. Der praktische Ratgeber dient zur grundsätzlichen Orientierung und führt durch die Thematik der Schädlingsbekämpfung. Er beinhaltet Tipps und Tricks für Pflanzenschutzmaßnahmen, Unkraut-, Nager-, Gelsen- und Wespenbekämpfung. Die Anwendungsempfehlungen sind darin genau beschrieben. Schädlingsbekämpfung ist Vertrauenssache. Speziell in Fällen, in denen Problemsituationen auftauchen, für die es zielgerichteter Pro-



duktlösungen bedarf, ist es von umso größerer Bedeutung, die Sicherheit und das Vertrauen eines zuverlässigen

und kompetenten Partners zu haben. Bestellen Sie jetzt Ihr kostenloses Exemplar unter:
agro@kwizda-agro.at

Information

Kwizda Agro GmbH
DI Bernhard Neubauer
Dr. Karl Lueger-Ring 6
1010 Wien
Tel.: +05/9977 10-282
E-Mail: b.neubauer@kwizda-agro.at
Web: www.kwizda-agro.at

E.E.

WIR UNTERSTÜTZEN ÖSTERREICHS GEMEINDEN. UND SIE PROFITIEREN DAVON.

UNTERNEHMEN ÖSTERREICH
EINE INITIATIVE DER BAWAG PSK

BAWAG PSK Leasing

Kommunalleasing
Infos unter:
0810 20 52 51
www.leasing.at

**Raiffeisen
Meine Bank**



**Wenn's um die Gestaltung meiner Gemeinde
geht, ist nur eine Bank meine Bank.**

Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch wirklich, was der Gemeinde wichtig ist und kann auf ihre Bedürfnisse eingehen. Und genau deshalb ist Raiffeisen der beste Partner für alle Finanzierungen öffentlicher Investitionsvorhaben. www.raiffeisen.at

Lokale Gewerbetreibende gewinnbringend unterstützen

Gemeindebus erwirtschaftet Werbeerlöse



Für mehr als 80% der heimischen Gemeinden ist die ÖBB-Postbus GmbH Partner für die Abwicklung des täglichen Linienbusverkehrs. Mit dem „Gemeindebus“ als attraktivem Werbeträger stellt Postbus nun eine weitere innovative Möglichkeit vor, Finanzmittel für das Gemeindebudget zu erwirtschaften.

Ein Postbus, der vor Ort unterwegs ist, wird mittels Folienbeklebung komplett umgestaltet und zeigt Wappen, Internetadresse, Veranstaltungskalender und Patronanz der Gemeinde. Acht

einzelne Werbeflächen kann die Gemeinde an örtliche Gewerbetreibende vergeben.

Bereits nach dem ersten Jahr hat sich der „Gemeindebus“ amortisiert, in den beiden Folgejahren generiert er ohne weitere Investitionen jährlich bis zu € 7000.

Information

ÖBB-Postbus GmbH
Buswerbung
0810/222 333 -44
buswerbung@postbus.at

E.E.

Raiffeisen
Meine Bank



Partner aus Prinzip.

Große Anerkennung gebührt den Menschen, die Österreichs Gemeinden managen. Im besten Fall – wenn sie nicht nur verwalten, sondern auch gestalten – schaffen sie wertvollen Lebens-, Wirtschafts- und Zukunftsraum. Doch damit eine Gemeinde auch in schwierigen Zeiten stark bleiben, investieren und sich weiterentwickeln kann, braucht sie kluge Modelle für Budgetierung und Finanzierung. Raiffeisen ist der Partner, der solche kreativen und gleichzeitig verlässlichen Lösungen aus Prinzip und Überzeugung mitträgt.



Dr. Karl Sevelda

Vorstand Firmenkunden
Raiffeisen Zentralbank Österreich AG:
„Kluge und verlässliche Finanzierungslösungen für Österreichs Gemeinden“

Gemeinsamer Erfolg für Post und Wirtschaft

1000. Post Partner ist der Spar-Markt in Lilienfeld

Am 11. November ging mit dem Spar-Markt von Walter Binder in Lilienfeld bereits der 1000ste Post Partner Österreichs in Betrieb. Damit hat sich die gemeinsame Offensive der Österreichischen Post AG, dem Gemeindebund und der Wirtschaftskammer Österreich endgültig zum Erfolgsmodell entwickelt. Und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Denn noch weitere 500 Post Partner sollen folgen. „Für mich ist es eine große Freude, den 1000sten Partner in unserem Netzwerk begrüßen zu können. Er trägt, so wie alle bisherigen Partner auch, dazu bei, dass wir ganz Österreich flächendeckend und auf einem hohen Servicelevel mit Postdienstleistungen versorgen können“, heißt der für das



Walter Binder ist der 1000. Post Partner österreichweit.

Filialnetz der Post zuständige Vorstandsdirektor Dr. Herbert Götz den Kaufmann Walter Binder in der Post Partner-Familie willkommen.

Zu Jahresbeginn umfasste das Netz der Postgeschäftsstellen in Österreich 418

Post Partner, in den vergangenen zehn Monaten sind somit rund 600 weitere Wirtschaftstreibende dazu gekommen, die sicherstellen, dass das Netz weit dichter ist, als es der Gesetzgeber vorschreibt. Im Postmarktgesetz werden 1650 Geschäftsstellen vorgeschrieben, mittlerweile verfügt die Post über bereits 1866.

„Und diese Zahl ist noch nicht das Ende. Wir peilen weiterhin die Marke von 2000 Geschäftsstellen an und sind zuversichtlich, diese erreichen zu können. Auch durch noch weitere Post Partner“, bekräftigt Götz die Offensiv-Strategie. „Für mich ist es wichtig, meinen Kunden einen Mehrwert bieten zu können. Und das gelingt mir mit der

Partnerschaft mit der Post. Sie ist wieder ein Grund mehr, dass die Bewohner von Lilienfeld zu mir in den Markt kommen. Und natürlich dadurch auch eine Chance, sie auch von meinen übrigen Produkten überzeugen zu können“, erklärt auch Jubiläums-Partner Walter Binder, wie er zu dem Entschluss kam, sich bei der Post um eine Partnerschaft zu bewerben.

Information

Österreichische Post AG
Postgasse 8
1010 Wien
Post-Partner-Hotline:
0800 20 60 60
E-Mail:
postpartner@post.at

E.E.





Wohl und Wehe der Gemeinden hängt wesentlich von Europa ab

Mit Zins und Zinseszins

Da in Österreich – im Gegensatz zu Deutschland oder der Schweiz – die meisten Finanzierungen variabel sind, ist die zukünftige Entwicklung der Zinsen wesentlich für die Zinsbelastung öffentlicher Haushalte. Aber: Kann man die Entwicklung im Voraus absehen?

Die momentane Zinslage begünstigt die Gemeinden – aber bleibt's auch dabei?

Zinsen können steigen – das Risiko können Sie begrenzen

Wenn wir in den letzten Jahren eines gelernt haben, dann, dass es manchmal anders kommt als man denkt – und das auch noch in atemberaubender Geschwindigkeit. Gerade der Geldmarkt ist ein extrem schneller, und Absicherungsmechanismen sind gefragt.

Rainer Bacher

Ein kurzer Blick zurück: Im Sommer 2008 notiert der 6-Monats-Euribor deutlich über fünf Prozent und steuert im September noch einmal stark nach oben. Inflationsängste und die Suche nach Absicherung gegen steigende Zinsen sind beherrschende Themen. Im Oktober kommt die Wende: Weltweit raseln die Zinsen in bis dato nie gesehener Geschwindigkeit in den Keller. Weltweit senken die Zentralbanken die Leitzinsen auf nie dagewesene Tiefstände und Inflationsängste weichen schlagartig Deflationsängsten. Wer eine variable Finanzierung hatte, konnte sich somit freuen: Der 6-Monats-Euribor sank kontinuierlich bis auf einen Tiefstand von 0,944 Prozent und damit auch die Finanzierungskosten.

Die aktuelle Entwicklung

Seit April diesen Jahres ist der 6-Monats-Euribor wieder im

Historische Entwicklung 6-Monats-Euribor



Nachdem für die Zinsentwicklung kaum noch Luft nach unten besteht, sind steigende Zinsen über kurz oder lang unvermeidbar. Allerdings wann?

Da in Österreich die meisten Finanzierungen variabel sind, ist die zukünftige Entwicklung der Zinsen wesentlich für die Zinsbelastung öffentlicher Haushalte.

Steigen. Das Vertrauen zwischen den Banken hat sich deutlich verbessert und auch wirtschaftlich scheint der Euro-Raum die Talsohle durchschritten zu haben. Private Haushalte müssen sich allerdings weiter entschulden, Unternehmen haben Überkapazitäten (ausgenommen Deutschland) und öffentliche Haushalte sind gezwungen, den Sparstift anzusetzen. Inflationsstreiber auf der Nachfrageseite sind also nicht zu erkennen und auf den Märkten ist weiterhin mit hoher Volatilität zu rechnen. So gesehen wird die EZB langsam ihre zusätzlich in den Markt gebrachte Liquidität zurückholen und vermutlich erst



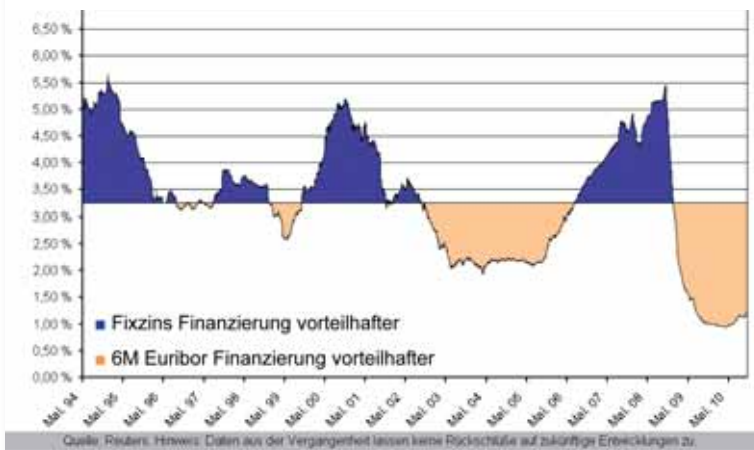
Mag. Rainer Bacher ist Treasury-Experte bei der Kommunalkredit Austria AG

gegen Ende 2011 den Leitzinssatz erhöhen. Diese wirtschaftlichen Entwicklungen – der Leitzinssatz der EZB, die zirkulierende Geldmenge und die Erwartungen zu diesen Faktoren und zur zukünftigen Inflation gemeinsam mit dem Vertrauen zwischen den Banken und dem Risikoappetit der Marktteilnehmer – sind wesentliche Einflussfaktoren auf die Zinsentwicklung. Da in Österreich – im Gegensatz zu Deutschland oder der Schweiz – die meisten Finanzierungen variabel sind, ist die zukünftige Entwicklung der Zinsen wesentlich für die Zinsbelastung öffentlicher Haushalte.

Kurz zusammengefasst

In den letzten 20 Jahren schwankte der 6-Monats-Euribor zwischen etwa einem und zehn Prozent und befindet sich derzeit auf einem historischen

Historische Analyse Fixzins



Historische Zero-Cost-Collar



Der Zero-Cost-Collar stellt ein einfaches Beispiel für eine Kombinationslösung dar: Ein Zinscap garantiert einen Höchstzinssatz, im Gegenzug wird die Partizipation ab einer Barriere eingeschränkt.

Tiefstand. Es ist unmöglich, die zukünftige Zinsentwicklung vorherzusehen, geschweige denn Ereignisse wie die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre zu antizipieren. Nachdem für die Zinsentwicklung kaum noch Luft nach unten besteht, sind steigende Zinsen über kurz oder lang unvermeidbar. Allerdings wann?

Nachdem niemand sagen kann, wann die Zinsen wieder steigen werden, sollte es die Aufgabe sein, heute das Risiko steigender Zinsen zu begrenzen, bevor es morgen nicht mehr steuerbar ist.

Nachdem niemand sagen kann, wann die Zinsen wieder steigen werden, sollte es die Aufgabe sein, heute das Risiko steigender Zinsen zu begrenzen, bevor es morgen nicht mehr steuerbar ist. Denn wenn klar geworden ist, dass die Zinsen wieder kräftig nach oben schießen, sind Absicherungen zu spät und kaum noch finanzierbar.

Absicherungslösungen gibt es viele – vom Fixzins über den Zinscap bis zu Kombinationslösungen. Das Wichtigste daran: Sie sollte zu Ihnen passen, und in den meisten Fällen ist eine Beratung zur Zinsabsicherung der sinnvollste Weg. Auch wenn die Märkte komplex

►► weiter auf Seite 48

Kommentar

Zinsen sehr niedrig

Derzeitige Lage kommt Gemeinden zugute

Die Gemeindefinanzen kommen aus meiner Sicht immer stärker unter Druck. Die Schere von Ausgaben und Einnahmen geht immer weiter auseinander. Das sind weitgehend strukturelle Probleme, die gerne auf die Finanzkrise geschoben werden. Doch diese Schere wäre auch ohne der Krise spätestens in zwei Jahren auseinander gegangen. Viele Gemeinden können die Ausgaben nicht durch die Einnahmen decken, was zwangsläufig zu steigender Verschuldung führt.

Die derzeitige Zinssituation kommt den Kreditnehmern wie öffentlichen Händen zugute. Das Niveau ist im historischen Vergleich sehr niedrig. Vor der Krise war das Niveau mindestens doppelt so hoch. Dadurch ist die Kreditaufnahme billiger geworden. Da die Landschaft auf moderatem Niveau liegt, muss man aber damit rechnen, dass die Zinsen wieder steigen, und das wird die Finanzierungskosten der Gemeinden wieder ansteigen lassen. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, über Zinsabsicherungen nachzudenken, sprich Fixzinssätze oder Zinssatzobergrenzen.

Man spürt, dass die Gemeinden den Gürtel enger schnallen und Projekte vorläufig zurückgestellt werden. Die Möglichkeit für günstige Finanzierung ist aber nach wie vor aufrecht. Die Gemeinden bekommen Geld, die Frage ist nur, ob sie das auch tragen können.



Wolfgang Figl,
UniCredit Bank
Austria

Zinsentwicklung – Zinsabsicherung: Kommunalkredit-Direktor im Gespräch

Festgeld mit Zeitrahmen

Kommunalkredit-Vorstandsvorsitzender Mag. Alois Steinbichler sprach mit Kommunal-Geschäftsführer Michael Zimper über Details des Finanzwesens der Gemeinden. Das aktuelle Thema dabei war die Zinsentwicklung. Für Kommunen interessant sind verschiedene Produkte zur Absicherung.

Seit zwei Jahren sind Sie besonders eng mit den Kommunen verbunden. Wie empfinden Sie den Kontakt?

Alois Steinbichler: Die Kommunen sind für unser Haus besonders wichtig. Unterstrichen wird diese wichtige strategische Allianz mit den Kommunen mit der Beteiligung des Gemeindebundes an der Kommunalkredit. Wir verstehen uns als das Kompetenzzentrum für das Kommunale. Wir haben unsere Kundenbetreuungsstruktur in drei zielgerichtete Segmente gegliedert, und zwar die Soziale Infrastruktur, Energie und Umwelt und Verkehr. Unsere Kompetenz äußert sich zudem in bestimmten Themen, wie z. B. dem Gemeindefinanzbericht. Ein wichtiges Sonderthema war 2010 die Initiative Licht. Dabei haben wir aufzeigen können, wie Verbesserungs- und Erneuerungsinvestitionen im Beleuchtungssektor bei Gemeinden möglich sind und die Energieersparnis die Investitionskosten deckt. Das Thema Licht berührt dabei alle drei Kundensegmente.

In Kürze erscheint der neue Gemeindefinanzbericht. Wie war die Entwicklung der österreichischen Gemeinden?

Ohne dem Bericht vorzugreifen: Wir hatten eine Prognose, mit einer Verschlechterung der freien Finanzspitze zwischen 2008 und 2010 von rund 800 Millionen Euro, wobei 2010 die freie Finanzspitze ins Negative drehen würde. Die Entwicklung hat aber 2009 beschleunigt stattge-



Mag. Alois Steinbichler im Gespräch mit Michael Zimper.

funden, und es zeichnete sich bereits für 2009 eine leicht negative freie Finanzspitze ab; andererseits steigen die Ertragsanteile der Gemeinden seit Mitte 2010 wieder leicht. Das kompensiert zwar nicht die negative Entwicklung insgesamt, zeigt aber, dass sich der Prozess etwas beschleunigt und komprimiert abgewickelt hat. Wir werden im Gemeindefinanzbericht genauer darüber berichten.

Jede Gemeinde hat durchschnittlich 70 verschiedene Darlehen. Würde es Sinn machen, diese Darlehen zu bündeln und einzeln neu ausschreiben zu lassen?

Das hängt sehr von den Bedingungen der einzelnen Darlehen ab. Wesentlich ist für Gemeinden, wie sie in Zukunft die Zinsbelastungen gestalten. „Bleibe ich variabel oder gehe ich fix – beanspruche ich Instrumente zur Absicherung oder nicht.“

Wie kann ich als Darlehensnehmer eine künftige Zinsentwicklung selbstständig einschätzen?

Die Grundanalyse für Kreditgeber und -nehmer ist gleich; es kann niemand seine eigene Zinskurve erfinden. Die Banken leben von der Spanne oder vom Aufschlag auf die Basiszinsen.

Ob die Spanne bei fünf oder bei einem Prozent Basissatz aufgeschlagen wird, ist natürlich ein wesentlicher Unterschied. Das Zinsniveau ist im Augenblick auf einem historischen Tiefpunkt. Das hat mit der bewussten Gestaltung der Geldpolitik der Zentralbanken zu tun. Dadurch sind die Zinsen seit Mitte 2008 sehr rasch nach unten gegangen. Wenn die Zinsen wieder steigen, und das werden sie früher oder später tun, ist auch eine budgetäre Zusatzbelastung vorprogrammiert, der man nicht entkommen kann. Fixzinsvereinbarungen oder Strukturen mit Mindestzins und Maximalzins sind entsprechende Absicherungsinstrumente. Die Zinsen werden sicher wieder steigen, das niedrige Niveau hat länger gehalten als viele geglaubt haben. Über Zinsabsicherungen nachzudenken, ist derzeit ein sehr guter Moment. Entscheiden muss jeder selber, abhängig von der gegebenen Situation. Die Kommunalkredit berät dabei sehr gerne.

Wie würden Sie einer Gemeinde raten, ihr Geld zu veranlagen, hätte sie freie Liquidität?

Je nach Verfügbarkeitsdauer des Überschusses würde ich in Festgeld bei Banken veranlagen. Das ist ein sehr gutes Produkt. Man kann bei längerfristigen Überschüssen auch österreichische Staats- oder Bankanleihen kaufen: Bei unerwartetem Bedarf besteht aber ein nicht unwesentliches Kursrisiko; ich würde daher Festgeld vorziehen. Es ist sehr unkompliziert und gut planbar. Bei erwarteten Zinssteigerungen kann man auch kürzere Perioden veranlagen und die Zinssteigerungsvorteile mitnehmen.

Wie veranlagen Sie Ihr Geld?

Liquide Bankprodukte, d. h. Sparbuch und Festgelder und ein gewisses Maß an soliden österreichischen Aktien.

Kommentar

Entwicklung in neue Wege – künftig mehr Spielraum

Fixausgaben engen den kommunalen Spielraum ein

Ich sehe, dass die Gemeinden zunehmend mit Fixausgaben den finanziellen Spielraum verlieren.

Bereiche wie Bildung und Soziales werden immer mehr zu einer Belastung. Investiert wird derzeit nur noch das, was unbedingt notwendig ist. Weiters habe ich den Eindruck, angesichts der Entwicklung der Steuereinnahmen, und damit der Verteilung dieser über den Finanzausgleich, dass es in Zukunft wieder mehr Spielraum ergibt. Grundsätzlich ist jetzt sicher eine Zeit für alternative Finanzierungsmodelle oder partnerschaftliche Modelle, wie z. B. Finanzierungen zwischen öffentlichen und privaten Partnern, die sich die Lasten teilen. Ich glaube, als wesentliche Schienen der Entwicklung stehen derzeit Projekte in Zusammenhang mit Energieeff-



Edgar Hauer,
Raiffeisen Leasing

izienz und Umwelt, sprich Sanierungen von Gebäuden, welche gleichzeitig die regionale Wirtschaft stärken, im Vordergrund.

Eine weiteres Thema, welches ich miterlebe, ist Elektromobilität. Ich hab in der letzten Zeit vier Gemeinden besucht und drei haben bei einem Elektrofahrzeug zugeschlagen. Es ist so, als wollten alle Gemeinden jetzt so ein Fahrzeug. Das kann ich durchaus verstehen,

denn gerade für Gemeindebelange eignet sich ein Elektrofahrzeug hervorragend. Die Reichweiten von rund 70 Kilometer sind für den kommunalen Gebrauch optimal, da sehe ich keine Nachteile. Was das Zinsniveau betrifft, sehe ich keine größeren Veränderungen, die absehbar wären. Langfristig schätze ich das aber so ein, dass es zu einer Veränderung auf das Niveau von vor 2008 kommen wird.

Kommentar

Experten Vertrauen schenken

Nicht alles auf eine Karte setzen

Das historische Tiefzinsniveau führt zu sehr günstigen Finanzierungen für Gemeinden. Mittelfristig wird sich etwas tun auf der Zinsfront. Ich empfehle, sich sein Portfolio sehr genau durchzuschauen. Wenn ich als Gemeinde einen neuen Kredit will, dann würde ich rund 50 bis 60 Prozent davon als Fixzinskredit abschließen und den Rest variabel belasten. Wenn ich bereits einen Kredit habe, dann liegt der meist im variablen Bereich, da gäbe es die Möglichkeit, einen Swap darüberzulegen, der erlaubt mir, die Zinsen auf dem heutigen tiefen Zinsniveau einzufrieren und damit die Zinsbelastung langfristig gering zu halten. Eine andere Möglichkeit wäre ein Cap – eine



Wolfgang Viehauer,
Hypo Niederösterreich

Zinsobergrenze, das ist eine Versicherung gegen zu hohe Zinsanstiege. Ich sehe, dass die Gemeinden knappe Budgets haben. Die sozialen Ausgaben steigen, und die Steuereinnahmen sinken, die Schere geht immer weiter auf. Doch die Gemeinden gehen sehr verantwortungsvoll mit dieser schwierigen Situation um. Die niedrigen Finanzierungskosten regen zu Investitionen an. Ich rate Gemeinden auch, sich diese niedrigen Zinsen abzusichern, das kann auch eine Budgetplanung vereinfachen. Bei Gemeindefinanzierungen würde ich jedoch nicht alles auf eine Karte setzen. Die meisten gehen ja variabel, weil das jetzt am günstigsten ist. Doch auf längere Sicht kann sich das schon stark verändern, und in 20 Jahren liegen die Gesamtfinanzierungskosten mit einem Fixzinskredit mitunter vielleicht viel günstiger. Im Allgemeinen wäre es gut, wenn sich die Gemeinde-Gremien sehr genau beraten lassen, welche Kreditformen sie in Anspruch nehmen, und dabei das gesamte Kreditportfolio betrachten lassen.

Kommentar

Das Zinsniveau ist derzeit niedrig

Lange Bindungsfristen sehr günstig

Die finanzielle Situation der Gemeinden ist nach wie vor angespannt, obwohl seit Mitte des Jahres wieder mehr Steuergelder vom Bund an die Kommunen gehen. Es wird weiterhin so sein, dass Gemeinden den Sparstift ansetzen müssen, daher ist der konkrete Bedarf an Krediten derzeit noch schwer

abzuschätzen. Das allgemeine Zinsniveau ist derzeit sehr niedrig, kürzlich geringfügig gestiegen, doch bemerkenswert ist, dass es seit zwei Jahren keine größere Veränderung in der

Zinslandschaft gab. Derzeit gehe ich auch nicht davon aus, dass die Zinsen bereits 2011

wieder ansteigen werden. Daher sind Finanzierungsformen mit langen Bindungsfristen von fünf bis zehn Jahren sehr günstig. Langfristig werden die Zinsen aber natürlich wieder steigen, und dazu gibt es viele Möglichkeiten

sich abzusichern. Ab 2012 würde ich Gemeinden raten sich abzusichern, damit im Ernstfall der Zinsaufwand nicht den Budgetrahmen sprengt.



Stefano Massera,
Erste Bank

ZINSEN

Europa

sind, sollte die Lösung einfach und vor allem verständlich sein. Wenn Sie hundertprozentige Sicherheit und Planbarkeit benötigen, finden Sie diese bei einem klassischen Fixzins.

Möglichkeiten evaluieren

Der Nachteil, an sinkenden Zinsen nicht partizipieren zu können, tritt bei einem Zinscap nicht auf. Hier können Sie sich gegen steigende Zinsen absichern, ohne Ihre Partizipations-

Wenn Sie hundertprozentige Sicherheit und Planbarkeit benötigen, finden Sie diese bei einem klassischen Fixzins.

möglichkeit aufzugeben – ähnlich einer Versicherung. Allerdings führt diese Absicherung zu einer „Versicherungsprämie“, die entweder bei Abschluss oder über die Laufzeit zu zahlen ist. Die Wünsche eines Kreditnehmers diesbezüglich sind einfach:

1. **Sicherheit** (Absicherung gegen steigende Zinsen)
2. **Partizipation** (an fallen-

den/niedrigen Zinsen)

3. **keine Kosten** für diese Absicherung

Alle drei gemeinsam sind nicht realisierbar – wenn Ihnen jemand eine derartige Wunderlösung anbietet, sollten Sie skeptisch sein und nach dem Haken suchen – es gibt ihn!

Der Fixzins erfüllt Punkt 1 und 3, der Zinscap die Punkte 1 und 2. Einen Ausweg stellen Kombinationslösungen dar, die – je nach Ausgestaltung – ab einer Nomi-



www.hyponoe.at

WIR FINANZIEREN AUTOS. UND DIE STRASSEN, AUF DENEN SIE FAHREN.

Als Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand bietet die HYPO NOE GRUPPE maßgeschneiderte und individuelle Lösungen. Der ganzheitliche Ansatz für öffentliche Auftraggeber beginnt bei einer umfassenden Bedarfsanalyse mit kompetenter Beratung und reicht bis zur professionellen Abwicklung inklusive zuverlässiger Projektrealisation. Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand - für die öffentliche Hand - informiert Sie der Leiter Public Finance & Corporates Austria, Mag. Johannes Kern, unter +43 590 910-1250, johannes.kern@hyponoe.at



HYPO NOE
GRUPPE



nale von ein bis drei Millionen Euro sinnvoll sind. Diese können für eine einzelne Finanzierung oder aber für Teile eines Finanzierungsportfolios (mehrere Kredite/Darlehen) angewendet werden. Dabei werden maßgeschneiderte Lösungen entwickelt, die den Bedürfnissen der Gemeinde hinsichtlich Grad an Planbarkeit, Sicherheit, Partizipation und Leistbarkeit entsprechen.

Der Zero-Cost-Collar stellt ein einfaches Beispiel für eine Kombinationslösung dar: Ein Zinscap garantiert einen Höchstzinssatz, im Gegenzug wird die Partizipation ab einer Barriere eingeschränkt. Diese Kombination aus Höchst- und Mindestzinssatz verursacht keine Kosten und stellt im aktuellen Marktumfeld eine attraktive Möglichkeit zur Absicherung gegen steigende Zinsen dar.

Leasing



Meine Taktik für den nächsten Wahlkampf steht: leasen und lächeln.

Wenn's um Kommunal-Leasing geht, ist nur ein Partner mein Partner.

Welche Projekte Sie in Ihrer Gemeinde auch angehen möchten: Wir passen die Finanzierung genau Ihren Wünschen und Ihrem Budget an. So bleibt Ihnen mehr Spielraum für andere Gemeindevorhaben. Rufen Sie Herrn Dr. Hauer an. Unter 01 71601-8062. Oder senden Sie eine E-Mail: kommunalleasing@rl.co.at

www.raiffeisen-leasing.at

KOMMUNAL-Kolumne

Die Haushaltsrechtsreform des Bundes:

Wann ziehen Länder und Gemeinden nach?

Mit 1. 1. 2009 trat die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform in Kraft. Diese hatte vor allem den Zweck, die Budgetdisziplin zu verbessern.

Flexibler Einsatz von Budget-Rücklagen

Diese Verbesserung erfolgte durch einen mittelfristig – rollierend für vier Jahre – festzulegenden Bundesfinanzrahmen, in dem Ausgabenobergrenzen definiert wurden. Außerdem war es den Ministerien bisher nicht möglich, Rücklagen aus nicht verbrauchten Budgetmitteln zu bilden und diese in den folgenden Jahren zu verwenden.

In der zweiten Etappe der Haushaltsrechtsreform, die mit dem 1. 1. 2013 in Kraft treten soll, wird die österreichische Bundeshaushaltsrechnung von einem bisher kameralistischen System in Richtung dopplische Buchhaltung erweitert. Zusätzlich zur reinen Finanzierungsrechnung werden künftig auch eine Ergebnisrechnung und eine Vermögensrechnung erstellt.

Transparentes Rechnungswesen

Die Frage ist jetzt, wann folgen die Länder und Gemeinden dem Vorbild des Bundes und schaffen durch ein modernes Rechnungswesen mehr Transparenz



für den Steuerzahler, aber auch für sich selbst eine bessere Grundlage, auf finanzielle Herausforderungen zu reagieren? Durch ein transparentes Rechnungswesen wäre es auch möglich, eine nachhaltigere Bewirtschaftung von Investitionen und eine verbesserte Einschätzung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einer Gemeinde oder eines Landes zu erreichen. PwC unterstützt Sie gerne bei der Erfassung Ihres Landes- bzw. Gemeindevermögens und bei der Erstellung einer Probabilanz und -erfolgsrechnung.

Ihr Ansprechpartner:



Mag. Rudolf Hoscher
Manager Public Sector
PwC PricewaterhouseCoopers,
1030 Wien, Erdbergstraße 200,
Tel: +43 1 50188 2957
E-Mail:
rudolf.hoscher@at.pwc.com
Web: www.pwc.at

BAWAG P.S.K.-Vorstand im Gespräch über Geld und dessen Veranlagung

Wer die Portfolios kennt, kennt das Risiko ...

Dr. Christoph Raninger übernahm im Sommer diesen Jahres die Funktion des Head of Financial Markets im Vorstand der BAWAG P.S.K. Kommunal-Geschäftsführer Michael Zimper sprach mit ihm über Zinsabsicherungen für Gemeinden.

Julya Pollak

Herr Raninger, Sie kommen ursprünglich aus dem Bereich Financial Markets, waren lange bei der UniCredit und leiten seit diesem Jahr den Kommerz-kundenbereich für die BAWAG P.S.K., wie haben Sie den Wechsel erlebt?

Christoph Raninger: Zu meinen Tätigkeiten in der UniCredit zählte – neben vielen anderen Themengebieten – das aktive Management von Marktrisiken, sei es im Währungsbereich oder Zinsbereich, das Kapitalmarkt-geschäft sowie das klassische Investmentbanking.

Ich bin mit zwei Zielsetzungen dieses Jahr zur BAWAG P.S.K. gewechselt: Die eine war, das gegenwärtige Geschäftsmodell der Bank weiterzuentwickeln und zwar im Sinne einer sehr klaren Kundenorientierung. Die andere Zielsetzung war die Rückkehr der BAWAG P.S.K. auf die internationalen Kapitalmärkte, nicht zuletzt auch deshalb, um Refinanzierungen über Kapitalmärkte wieder für die BAWAG P.S.K. interessant zu machen. Dennoch ist und bleibt die BAWAG P.S.K. eine Bank mit hohen Primärmitteln, das heißt, wir haben eine stabile Liquiditätsbasis mit sehr starken Kundeneinlagen. Dennoch wollen



Dr. Christoph Raninger ist überzeugt, dass „Nachhaltigkeit“ in Gemeinden groß geschrieben sein sollte.

wir diese Basis mit Kapitalmarktrefinanzierungen ergänzen, um so eine ausgewogene Refinanzierungsbasis zu haben. Ende August ist uns mit der Emission von drei Covered Bonds dieser Auftritt auf den internationalen Kapitalmärkten erfolgreich gelungen. Damit haben wir die Möglichkeit, im Public Sector weiterhin sehr aktiv zu sein.

Es gab noch keinen Fall, wo eine Gemeinde in Konkurs gegangen wäre, somit wird das Kreditrisiko als sehr gering eingestuft. Würde das anders aussehen, wenn so ein Fall eintreten würde?

Selbstverständlich. Sollte in einem solchen Fall nicht der Staat einspringen, hätte das gravie-

rende Auswirkungen auf die Bonität der Gemeinden. Sie würden anders bewertet werden. Das derzeitige Konzept lässt allerdings einen Gemeindefinanzierungsrisiko nicht zu, da der Staat als sogenannter „lender of last resort“ hinter den Gemeinden steht.

Momentan ist es interessant, über Zinsabsicherungen zu sprechen. Wie kann eine Gemeinde einschätzen, wie sich die Zinsen entwickeln werden?

Die Gemeinde – so wie jeder andere Kunde auch – kann sich entweder selbst ein Bild über die Kapitalmärkte machen oder sich von Experten beraten lassen. Zurzeit ist das Zinsniveau sehr tief, über kurz oder lang wird es sicher wieder steigen. Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit, das Zinsrisiko über Zinsderivate abzusichern. Ich bin davon überzeugt, dass solche Instrumente sinnvoll sind, für Gemeinden genauso wie für Wirtschaftsunternehmen, um damit eine gewisse Planungssicherheit ihrer Finanzen zu erreichen.

Die Absicherungsmöglichkeiten sind auf sehr lange Zeiträume gerechnet, im Gegensatz stehen die Legislaturperioden in den Gemeinden. Glauben Sie, dass das Gemeinden abschreckt, sich abzusichern?

Ich denke, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit bei Gemeinden Einzug halten müsste, denn gerade diese sollten sich nicht an kurzfristigen Lösungsansätzen orientieren, sondern ökonomisch langfristig sinnvolle Maßnahmen setzen.

Solche Absicherungen kosten aber auch sehr viel.

Je nach Instrument können Absicherungen etwas kosten, ähnlich einer Prämie für eine Versi-

Es gab noch keinen Fall, wo eine Gemeinde in Konkurs gegangen wäre, somit wird das Kreditrisiko als sehr gering eingestuft.

cherung. Der Nutzen der Absicherung sollte jedoch die Kosten übersteigen und den Gemeinden vor allem Planungssicherheit geben.

Was motiviert eine Bank, Geschäfte mit Gemeinden zu machen? Bei anderen Geschäften wäre die Gewinnerwartung höher?

Wir haben als systemrelevante österreichische Bank eine volkswirtschaftliche Verantwortung. Unser Kerngeschäft ist es, Einlagen hereinzunehmen und Kredite zu vergeben. Über einen offenen Kreditfluss wollen wir die Gemeinden und die österreichische Wirtschaft unterstützen. Im Public Sector haben wir zudem eine starke Position: Wir haben eine aktive Geschäftsbeziehung zu 70 Prozent sämtlicher Kunden der öffentlichen Hand. Unsere durchschnittliche Kundenbeziehung zu Gemeinen beträgt etwa 34 Jahren, wir sind die Zahlungsverkehrsbank für die Republik und traditionell sehr gut vernetzt. Wir ergänzen diese langjährigen Beziehungen mit aktuellen Themen, um

Der Nutzen der Absicherung sollte deren Kosten übersteigen und den Gemeinden vor allem Planungssicherheit geben.

zusätzliche Akzente zu setzen. So haben wir im Vorjahr im Public Sector die Kommunalmilliarde ins Leben gerufen, um speziell regionale Infrastrukturprojekte zu unterstützen und antizyklisch Impulse in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu setzen. Heuer kam im Oktober die Energiemilliarde dazu. Auch hier wollen wir im Bereich der Energieeffizienz die Themenführerschaft übernehmen. Dazu sind wir mit dem oberösterreichischen Energieberaterunternehmen Energy Globe eine Kooperation eingegangen. Energy Globe betreibt ein Onlineportal,

das den Gemeinden hilft ihre Energiebilanz – von öffentlichen Bauten, Betrieben, Wohnungen, Einfamilienhäusern bis hin zur Mobilität – zu analysieren und nachhaltig zu verbessern. Wir arbeiten mit den Gemeinden sehr eng zusammen und begleiten sie bei der Umsetzung ihrer energiepolitischen Maßnahmen.

Was ist denn bei den Gemeinden bei der Veranlagung in den vergangenen Jahren schief gegangen?

Man kann hier sicher nicht allgemein sagen, dass die Gemeinden bei den Veranlagungen eine unglückliche Hand gehabt haben. In Einzelfällen wurden vielleicht nicht ganz risikofrei Veranlagungsformen gewählt, die zu Bewertungsverlusten geführt haben, aber das kann man wie gesagt nicht verallgemeinern.

Wie viel Risiko schlummert in den Gemeindeportfolios?

Das ist allgemein nicht zu beantworten, dazu müsste man die einzelnen Portfolios kennen.

Wie sehen Sie denn das aktuell verabschiedete Budget?

Mich hat es nicht überrascht, dass die Bankenabgabe ins Budget einfließt, da es von Regierungsseite immer Intentionen in diese Richtung gegeben hat. Ich würde es jedoch für sinnvoller erachten, die Bankenabgabe einem Fonds zuzuführen, der in Krisenzeiten für gewisse Rettungsmaßnahmen zur Verfügung steht. Als Beitrag zum Budget zahlen die Banken, und selbstverständlich auch die BAWAG PS.K., einen stolzen Kupon auf das Partizipationskapital.

Die ungekürzte Version des Interviews ist nachzulesen auf www.kommunalverlag.at

Pitters KOMMUNALTREND

Ausgabe 3

Die vermutete Volksmeinung



Konkrete Politik wird durch die vermutete Volksmeinung ersetzt.

Folgt man der einschlägigen Literatur; nehmen auch innerhalb der Gemeinden Österreichs die Individualisierungstendenzen ständig zu. Eine Vielzahl der Menschen lebt isoliert, außerhalb traditioneller Milieus und Organisationsnetze. Die oft fehlende Lösungskapazität in sozialen Fragen sowie das generell steigende Bedürfnis nach Sicherheit bescheren so manchem Populisten eine Art „Überlebensgarantie“. Die Unfähigkeit, wirksam eingreifen zu können, weckt die Ängste der Bürger und bereitet den Boden für politische Agitation. Immer wieder wird demzufolge versucht, mit dem Hinweis auf die „Volksmeinung“ konkrete Politik zu ersetzen. Dass es sich hierbei oft nur um die – je nach Interessenlage – vermutete Volksmeinung handelt, spielt keine Rolle. Eine unselige Kombination aus verkaufstüchtigen Boulevardmedien, Politikern, die auf kurzfristige Wahlerfolge schießen, und anderen Trägern von Partikularinteressen hat dieser Entwicklung

Vorschub geleistet.

Die wahren Befindlichkeiten und Meinungen der Menschen zu wichtigen Gemeindefragen, von der politischen Schwerpunktsetzung über Grundversorgung bis hin zu spezifischen Fragen des Gemeindelebens, bleiben oft im Verborgenen. Dagegen wäre es in der kommunalen Demokratie von herausragender Bedeutung, zu wissen, was die Gemeindebürger wirklich denken. Wie sehen die Bürger gerade aktuelle beziehungsweise hochsensible Fragen, etwa jene der Integration. Wären (mediale) Aufreger wie jene um die Errichtung eines Asylzentrums oder Fragen des humanitären Bleiberechts nicht präventiv abzuwenden gewesen? Jedenfalls untersteichen diese Befunde gerade in kommunalpolitischen Fragestellungen die Wichtigkeit von seriösen demoskopischen Untersuchungen. Volksmeinung will schließlich gehört und respektiert anstatt vermutet werden.



Dr. Harald Pitters ist Trendexperte und Kommunalforscher.

IMMORENT ermöglicht Gemeinden sichere und rentable Investitionen

Innovative Gesamtlösungen für Gemeinden

Getreu dem Leitsatz „Rentabilität, die sich sehen lassen kann“ bietet die IMMORENT individuelle Lösungen für kommunale Investitions- und Bauvorhaben. Abgestimmt auf die jeweiligen Bedürfnisse übernimmt der Leasing- und Immobilienspezialist der Erste Group Finanzierung, Projektentwicklung, Baudienstleistungen sowie Immobilienmanagement – als Gesamtpaket oder durch ausgewählte Einzelleistungen.

Gemeinden werden durch die aktuelle wirtschaftliche Lage vor große Herausforderungen gestellt. Denn trotz der angespannten Budgetsituation ist es wichtig, Investitionen zu tätigen, um für eine gesicherte Zukunft zu sorgen.

Die IMMORENT bietet eine budgetchonende Lösung für kommunale Projekte: Mit ihrem umfassenden Leistungspaket können wichtige Investitionen erfolgreich umgesetzt werden, ohne den Verschuldungsgrad der Gemeinde im Sinne der Maastricht-Kriterien zu erhöhen. Zahlreiche Gemeinden haben dieses Potenzial bereits erkannt und profitieren von der breiten Produktpalette:

Immobilien- und Mobilienleasing

Beim Immobilienleasing errichtet oder erwirbt die IMMORENT eine Immobilie für die Gemeinde und überlässt ihr diese gegen monatliche Leasingraten für eine bestimmte Laufzeit.

Am Ende der Mietdauer kann der Leasingnehmer das Objekt zu einem festgesetzten Preis erwerben.

So werden die Vorteile aus Miete und Eigentum kombiniert, ohne das Gemeindefudget zu belasten. Zusätzlich wird unter der Marke „s Leasing“ auch Mobilienleasing angeboten.



Eines der aktuellen Erfolgsprojekte der IMMORENT: die Finanzierung des neuen Sicherheitszentrums der Gemeinde Großpetersdorf.

Baudienstleistungen

Bei der Projektumsetzung unterstützt die IMMORENT Gemeinden durch umfassende Baudienstleistungen: Begleitende Kontrolle, Projektsteuerung, Generalplanung, Haustechnik und Immobilienbewertung können einzeln oder als gesamtes Leistungspaket in Anspruch genommen werden.

Durch die Dienstleistungspalette der IMMORENT kommt es zu einer Entlastung der Gemeinde. Gleichzeitig ist die Durchführung nach modernsten Stan-

dards gesichert, was zur Kostenersparnis und zeitgerechten Fertigstellung beiträgt.

Liegenschaftsentwicklung

Das IMMORENT Liegenschaftsentwicklungsmodell sichert Grundstücke für Gemeinden, die künftig als Gewerbegebiet oder Wohngebiet aufgeschlossen werden sollen. Neben der Finanzierung stellt die IMMORENT ihr umfassendes technisches Know-how zur Verfügung. Sämtliche Maßnahmen werden in engem Dialog mit der Gemeinde durchgeführt. Die Gemeinde bleibt frei von laufenden Rückzahlungen, schont die Liquidität und die personellen Ressourcen.

Public Private Partnership

Im Rahmen von PPP-Modellen realisiert die IMMORENT gemeinsam mit der öffentlichen Hand komplexe kommunale Vorhaben. Neben der Finanzkraft kommen der Gemeinde dabei auch die fachliche Kompetenz und der schnelle Entscheidungsweg der Privatwirtschaft zugute. Public Private Partnership beschreibt eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und einem privaten Partner, bei der die effiziente Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen durch eine entsprechende Risikoverteilung gewährleistet wird.

Information

IMMORENT AG
Mag. Brigitte Bruckmüller,
Geschäftsführung IMMORENT
Österreich GmbH
Windmühlgasse 22-24
1060 Wien
Tel.: 05 0100-27261
www.immorent.at

Vorbild bei moderner öffentlicher Beleuchtung

Eisenstadt in neuem Licht

In den vergangenen zwei Jahren wurden sämtliche Eisenstädter Straßenzüge mit einer neuen Straßenbeleuchtung ausgestattet. Diese entspricht dem neuesten Stand der Technik und ermöglicht so Energieeinsparungen von bis zu 30 Prozent. Insgesamt wurden 3,6 Millionen Euro investiert.

Die burgenländische Landeshauptstadt Eisenstadt hat sich bereits vor zwei Jahren entschlossen, mit moderner öffentlicher Beleuchtung ihren Bürgerinnen und Bürgern ein attraktiveres Ortsbild zu bieten, die Lebensqualität und Sicherheit weiter zu erhöhen und gleichzeitig die Energiekosten drastisch zu senken. Heute ist Eisenstadt eine der modernsten und sichersten Städte in Österreich.

Top-Licht mit Top-Qualität

Die neu errichtete Beleuchtungsanlage entspricht dem modernsten Stand der Technik. Sie besteht aus rund 2400 Leuchten, 24 Verteilern sowie etwa fünf Kilometer Erdverkabelung. Die Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfahrern konnte durch diese neue Straßen- und Schutzwegbeleuchtung deutlich erhöht werden.

Eine zusätzliche Energieersparnis und Senkung der Betriebskosten sowie positive ökologische Effekte brachte die Erneuerung bereits bestehender Leuchtkörper und der Einsatz moderner umweltschonender Lichttechnologien, die den CO₂-Ausstoß und „Lichtsmog“ *) reduzieren. Für die Realisierung ihrer Vorhaben holte sich Eisenstadt kompetente Partner an die Seite: Die

*) Unter Lichtverschmutzung versteht man die zunehmende Aufhellung des Nachthimmels durch (überflüssige) künstliche Beleuchtung. Der Begriff selbst ist ein wenig irreführend, da nicht das Licht selbst „verschmutzt“ wird, sondern Kunstlicht die natürliche Dunkelheit zurückdrängt. Daher spricht man häufig auch von „Lichtsmog“.



Direktor Gerhard Lackner von Siemens Burgenland, Eisenstadts Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel, Dr. Wilfried Drexler und Ing. Josef Kuzmits von BEWAG Licht & Service GmbH präsentieren die neuen Leuchtkörper.

erfolgreiche technische Umsetzung garantierten PEW Technik & Service GmbH, Siemens AG Österreich bzw. ELIN GmbH & Co KG sowie ansässige Elektrounternehmen. Die Finanzierung des Projektes wurde über die Kommunalkredit Austria durch einen Forderungsankauf abgewickelt.

Mehr Licht – weniger Kosten

Wie das Best-Practice-Beispiel Eisenstadt zeigt, ist ein Umstieg auf moderne Beleuchtungstechnologien nicht nur mit Kosten, sondern gleichzeitig mit großen Chancen verbunden. 30 Prozent Energieersparnis (bis zu 50 Prozent Energieeinsparungspotenzial sind bei einer durchschnittlichen Gemeinde möglich) haben beträchtlich positive Effekte auf das kommunale Haushaltsbudget und die Umwelt. Damit

rechnet sich in jedem Fall eine Investition.

Um Kommunen auf diese Einsparpotenziale aufmerksam zu machen, starteten der Österreichische Gemeindebund, der FEEI – Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie – sowie die Kommunalkredit die Initiative „Kommunale Beleuchtung: Mehr Licht – weniger Kosten“. Als Kompetenzzentrum für das kommunale und infrastrukturnahe Projektgeschäft ist die Kommunalkredit mit den Anliegen der Gemeinden und Städte seit vielen Jahren vertraut. Mit der Finanzierungsinitiative „Licht“ bietet sie attraktive Möglichkeiten zur Umsetzung geplanter Innen- und Außenbeleuchtungsprojekte – alles aus einer Hand. Ob eine Stadt oder Gemeinde ein eher kleineres Projekt andenkt oder die gesamte Straßenbeleuchtung erneuern möchte, die Kommunalkredit schnürt eine maßgeschneiderte, umfassende und kostengünstige Finanzierungsvariante, kooperiert mit Energieversorgungsunternehmen und Lichtanbietern. Ferner gibt es unter bestimmten Gesichtspunkten auch die Möglichkeit, für die geplante Investition eine Förderung zu erhalten.

Information

Haben auch Sie Fragen zur Umsetzung Ihres Lichtprojektes? Diese beantworten Ihnen gerne:

► Finanzierungsanfragen:
Kommunalkredit Austria AG
Susanne Rischaneck
E-Mail: s.rischaneck@kommunalkredit.at
Tel.: 01/31 6 31-124
www.kommunalkredit.at

► Förderungsanfragen:
Kommunalkredit Public Consulting GmbH
DI Karin Schweyer
E-Mail: k.schweyer@kommunalkredit.at
Tel.: 01/31 6 31-274 oder 723
www.umweltfoerderung.at

Kommunen und Nachhaltiges Investment

Sieben Schritte zum Investment

Die Finanzkrise führte uns allen deutlich vor Augen, wie sensibel und krisenanfällig das scheinbar so stabile Finanzsystem ist. Die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft bekamen breite Bevölkerungsschichten zu spüren. Auch viele Gemeinden haben die Krise nicht unbeschadet überstanden.

Susanne Hasenhüttl

Gemeinden sind von der Krise auf unterschiedliche Weise betroffen: Auf der Veranlagungsseite verloren sie durch zum Teil hochriskante Finanzgeschäfte nicht unbeträchtliche Geldsummen. Auf der Finanzierungsseite sind es insbesondere zwei Aspekte: Die Banken sind mit der Kreditvergabe (nach wie vor) sehr zurückhaltend und einige Gemeinden müssen mit sinkenden Steuereinnahmen rechnen.

Was muss also getan werden, um in Zukunft derartige Krisen zu verhindern?

Die Lösungsansätze und Reformvorschläge dazu sind vielfältig und durchaus ideologiebehaftet. Außer Frage jedoch stehen die Forderungen nach mehr Transparenz und nach mehr Risikokontrolle am Finanzmarkt. Mehr Transparenz ist auch wesentlicher Stützpfiler des so genannten nachhaltigen Investments: „Nachhaltiges Investment“, „ethisch-ökologisches Investment“ oder einfach nur „Grünes Geld“ sind unterschiedliche Begriffe für Veranlagungen, bei denen ethische, ökologische und/oder soziale Komponenten bei der Auswahl, Beibehaltung und Realisierung des Investments berücksichtigt werden. Es wird beispielsweise in Unternehmen investiert, deren Produkte und Dienstleistungen auch einen ökologischen und gesellschaftlichen Nutzen erzeugen. Darin besteht der Mehrwert von nachhaltigen Veranlagungen im Vergleich zur alleinigen

Städte und Gemeinden haben die Hauptlast einer Wirtschaftskrise zu tragen, sie müssen die sozialen Konsequenzen vor Ort bewältigen, sie haben es aber auch in der Hand, vorsorgend und nachhaltig zu wirtschaften.

Betrachtung der Rendite. Das bedeutet aber keineswegs einen Renditeverlust im Vergleich zu konventionellen Investmentprodukten, wie eine Vielzahl an wissenschaftlichen Studien belegt.

7-Punkte-Programm für nachhaltigen Finanzmarkt

Die Plattform „Ethisch-ökologische Veranlagung“ der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) hat 2009 gemeinsam mit vier weiteren Organisationen als Reaktion auf die Finanzkrise ein Communiqué verabschiedet, mit dem Ziel, gesellschaftlichen Wohlstand und ökologische Zukunftsfähigkeit zu steigern und nachhaltige Wirtschaftsweisen zu fördern. Im Konkreten wurde ein 7-Punkte-Programm für einen nachhaltigen Finanzmarkt Österreich entwickelt. Darin werden unter anderen verbindliche Nachhaltigkeitskriterien bei der Geldanlage von staatsnahen Unternehmen sowie von Städten und Gemeinden gefordert. Derartige Nachhaltigkeitskriterien können sich z. B. an bereits eingegangenen Verpflichtungen der Republik Österreich orientieren (z. B. Kyoto-Abkommen). Auch der Österreichische Gemeindebund hat zusammen mit FinanzexpertInnen – mittlerwei-

le bereits vor einem Jahr und insbesondere als Reaktion auf die Fehlspekulationen einiger Gemeinden – Richtlinien für Finanzgeschäfte von Gemeinden erarbeitet. Wenn auch eine direkte Erwähnung von nachhaltiger Veranlagung darin fehlt, so sind diese Richtlinien jedoch klar ein Schritt in die richtige Richtung. Die wesentlichsten Punkte dieser Richtlinien, die als Handlungsempfehlungen zu verstehen sind, betreffen:

- ▶ Klare Definition von Finanzgeschäften
 - ▶ Beachtung der Bonität der VertragspartnerInnen
 - ▶ Empfehlungen in Bezug auf Finanzgeschäfte in Fremdwährungen
 - ▶ Kurzfristige Veranlagungen: z. B. keine Veranlagungen in Fremdwährungen, Bewahrung der Liquidität
 - ▶ Langfristige Veranlagungen: z. B. Spekulationsverbot, Veranlagung ausschließlich in Produkten in liquiden Märkten
 - ▶ Finanzierungen: z. B. Fremdfinanzierungen zum Zweck einer Veranlagung sind nicht zulässig (Spekulationsverbot)
 - ▶ Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten nur, wenn sie mit einem Grundgeschäft verbunden sind.
- Nicht unerwähnt bleiben dürfen in diesem Zusammenhang die neuen Richtlinien der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur für künftige Veranlagungen des Bundes. Städte und Gemeinden haben die Hauptlast einer Wirtschaftskrise zu tragen, sie müssen die sozialen Konsequenzen vor Ort bewältigen, sie haben es aber auch in der Hand, vorsorgend und nachhaltig zu wirtschaften. Eine ethisch-ökologische Veranlagung kann einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, und es liegt bei jedem Einzelnen, Einfluss auf die Wirkungsweise seines veranlagten Vermögens zu nehmen.



Mag. Susanne Hasenhüttl ist Expertin für Nachhaltiges Investment in der ÖGUT

Die Zukunft der Gemeinden beginnt mit einer guten Vorhabensplanung

Verlässlicher Finanzpartner für Gemeinden

Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector bei der Bank Austria, über Möglichkeiten und Wege, einen Rückstau bei wichtigen kommunalen Investitionen zu vermeiden und relevante Vorhaben trotz enger Finanzierungsspielräume erfolgreich umzusetzen.

Herr Figl, die Bank Austria hat bei ihren jüngsten Kommunalforen im Oktober den „Kommunalen Infrastruktur- und Vorhabensplaner“ vorgestellt. Worum handelt es sich dabei?

Der Kommunale Infrastruktur- und Vorhabensplaner ist das neueste Tool, das in der Serie der Praxisplaner erschienen ist. Wir haben ihn – wie die anderen Praxisplaner auch – gemeinsam mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsfor-

schung erstellt. Er kann dabei helfen, das kommunale Rechnungswesen stärker in Richtung mittelfristige Finanzplanung zu entwickeln und einen Rückstau bei Investitionen zur Daseinsvorsorge zu vermeiden.

Was ist nötig, um den Kommunalen Infrastruktur- und Vorhabensplaner einsetzen zu können?

Der neue Praxisplaner funktioniert einfach auf Excel-Basis. Er verbindet die drei Stufen Investitionsplanung, Konsolidierung, Finanzierung und weist aus, inwiefern die laufenden Überschüsse zur finanziellen Deckung des Investitionsplans ausreichen bzw. in welchem Ausmaß zusätzlicher Finanzierungsbedarf gegeben ist. Er beinhaltet praktische Hilfsmittel zur

Bestimmung von Konsolidierungspotenzialen und Finanzierungs(folge)kosten und berücksichtigt die Vorgaben automatisch in der mittelfristigen Planung.

Abgesehen vom Kennenlernen hilfreicher Praxisplaner: Was bringt eine Teilnahme am jährlich stattfindenden Kommunalforum der Bank Austria sonst noch?

Unser Kommunalforum ist eine Plattform für Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Namhafte Persönlichkeiten und Top-Referenten diskutieren konkrete Ideen und Lösungsansätze, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie gemeindenahen Betrieben dabei helfen können, neue Perspektiven für den kommunalen Bereich zu finden und ihren finanziellen

Handlungsspielraum zu erweitern. Auch wenn die Wirtschaft wieder am aufsteigenden Ast ist, bleibt die finanzielle Lage der Gemeinden angespannt. Beim Kommunalforum der Bank Austria werden Wege aufgezeigt, wie die Gemeinden mit dieser Situation umgehen können.

Wie unterstützt die Bank Austria den kommunalen Sektor allgemein?

Die Experten unserer Betreuungseinheit „Public Sector“ verfügen über langjähriges Know-how und bieten kompetente Beratung in den österreichweiten Betreuungszentren sowie im Kompetenzzentrum in Wien. Darüber hinaus stellt die Bank Austria einen Sonderfinanzierungsstopf zu günstigen Konditionen bereit.

EL

Der neue Praxisplaner für Gemeinden.

Für noch mehr Unterstützung bei der kommunalen Vorhabens- und Finanzplanung.

Immer weniger finanzieller Spielraum, aber immer mehr Aufgaben und steigende Kosten? Die **Bank Austria** unterstützt **Österreichs Gemeinden** mit praktischen **Planungsinstrumenten**, zusätzlichen **Finanzmitteln** und **kompetenter Beratung**. Profitieren Sie von unseren folgenden Serviceleistungen:

- Mehr Planungssicherheit und Überblick durch den neuen **„Kommunalen Investitions- und Vorhabensplaner“**, ein gemeinsam mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung entwickeltes **Tool aus der Serie der Praxisplaner**.
- Die **Praxisplaner** – einfach anzuwendende, kostenlose **Tools** für die unterstützende Finanzplanung in den Bereichen Sozialhilfe-, Krankenanstalten und Landesumlage, Kinderbetreuung, Senioren- und Pflegeheime, Bonitäts- und Risikoanalyse.
- **Finanzierungen** über insgesamt **1 Milliarde Euro zu begünstigten Konditionen** im Rahmen der **Gemeinde-Milliarde** der Bank Austria.
- **Umfassendes Know-how** erfahrener und speziell geschulter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in **eigenen Kompetenzzentren in ganz Österreich**.

„Als langjähriger Partner der Öffentlichen Hand ist es für uns selbstverständlich, Österreichs Gemeinden in schwierigen Zeiten besonders zu unterstützen. Der **„Kommunale Investitions- und Vorhabensplaner“** als innovatives und einfach zu handhabendes Planungsinstrument trägt gemeinsam mit der Gemeinde-Milliarde der Bank Austria dazu bei, dass wichtige Investitionen im Bereich Infrastruktur und Daseinsvorsorge umsichtig geplant und erfolgreich umgesetzt werden können“, so Wolfgang Figl, Leiter Public Sector bei der Bank Austria.



Die Bank Austria ist DER Partner für Österreichs Gemeinden.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihre Gemeindebetreuerin bzw. Ihren Gemeindebetreuer unter publicsector.bankaustria.at oder Tel. 05 05 05-41691.

Bank Austria Member of **UniCredit**



Anzeige

Beratung aus erster Hand zu allen aktuellen Energiethemen

Energieeffizienz für Gemeinden

Energieeffizienz heißt im Wesentlichen, dass ein möglichst breiter Nutzungseffekt mit möglichst geringem Energieeinsatz erreicht wird. Was bedeutet das für die Gemeindekasse und für die Geldbörsen der Bürger? Das sind Fragen, die sich heutzutage jede Gemeinde, jeder Bürgermeister stellt. Einsparungen sollen vor allem durch konkrete, nachweisbare Maßnahmen erzielt werden, die von der Gebäudehülle über Heizkessel bis hin zu Beleuchtung und Energieberatung reichen.

Der Effizienz verpflichtet Energiecomfort Energie- und Gebäudemanagement GmbH hat sich bereits seit Jahrzehnten Themen wie Energieeinsparung und Energieoptimierung



Mit Energiecomfort und Energie.Optimal. kann gespart werden.

verpflichtet. Das Unternehmen bietet viele Dienstleistungen zum Thema Energieeffizienz an wie Anlagenanierung, Energiemonitoring (Überwachung des effizienten Energieeinsatzes) und setzt außerdem eine Brennwertechnologie auf dem neuesten Stand der Technik ein.

Kosten sparen: Ein speziell innovatives und für jeden Kunden maßgeschneidertes Konzept für Energieeffizienz findet besonderes Interesse bei Gemeinden – können doch Energieeinsparungen dort für öffentliche Gebäude, Schulen, große Sportanlagen etc. erreicht werden.

Bei Energie.Optimal. trägt die Gemeinde kein Risiko, keine Investitionen und die Energieeinsparung beginnt sofort. Und das Unternehmen Energiecomfort finanziert sich ausschließlich über die für die Gemeinde erzielte Kosten- und Energieeinsparung!

Wenn auch Ihre Gemeinde sparen will, kontaktieren Sie unser Energieeffizienz-Team: **effizienz**

@energiecomfort.at

Information

Energiecomfort
Energie und Gebäudemanagement GmbH
Thomas-Klestil-Platz 15
1030 Wien
Tel.: 01/313 17 0
E-Mail: effizienz@energiecomfort.at

E.E.

WIFI
WKO WIEN

Experte/Expertin für Baumkontrolle

Sicherheit in haftungsrechtlichen Fragen

Als Experte/Expertin für Baumkontrolle sind Sie kompetenter Ansprechpartner für alle Fragen zur Baumbewertung. Nutzen Sie diese Zusatzqualifikation im Garten- und Landschaftsbau, um den Zustand eines Baumes auch in Bezug auf haftungsrechtliche Fragen beurteilen zu können.

Kursstart: 16.3.2011

Information und Anmeldung im Kundenservice:
www.wifiwien.at/kontakt, Tel. 01/476 77-5555,
Währinger Gürtel 97, 1180 Wien
www.wifiwien.at

Methoden, Ergebnisse und Interpretationen

Wohnkostenstatistik in Österreich neu aufgerollt

Wohnen und dessen Kosten haben einen überragenden Stellenwert im Leben jedes einzelnen. Entspre-

der Wohnkosten. Mit der vorliegenden Studie beabsichtigen die Autoren und die Arge Eigenheim, zu einer Klärung der Datenlage und Interpretation beizutragen. Eine widerspruchsfreie Datenlage ist die Voraussetzung für die Weiterentwicklung und Modernisierung des österreichischen wohnungspolitischen Modells.



chend hoch ist die öffentliche Aufmerksamkeit für alle Daten, die in diesem Zusammenhang publiziert werden. Im weiten Feld der Wohnungspolitik gibt es kaum ein anderes Thema, das derart heftig diskutiert wird, wie die Entwicklung

Das Buch

Wolfgang Amann, Alexis Mundt, Klaus Lugger
„Wohnkostenstatistik in Österreich – Methodik, Ergebnisse, Interpretation“
ISBN: 978-3-95-00588-6-4
Institut für Immobilien Bauen und Wohnen GmbH
www.iibw.at

E.E.

Wer ein Gebäude richtig saniert, saniert auch sein Budget

Kostenparende Sanierungsmodelle

Was nur wenige wissen: Die anfänglichen Investitionskosten eines Gebäudes sind relativ gering, wohingegen die laufenden Kosten (und im Speziellen die Energiekosten) über den gesamten Lebenszyklus von bis zu 30 Jahren den Großteil der Gesamtkosten ausmachen. Basierend auf dieser Erkenntnis hat Raiffeisen-Leasing gemeinsam mit technischen Partnern über viele Jahre hinweg spezielle Modelle entwickelt und verfeinert.

Contracting

Man unterscheidet zwischen dem Performance- oder Einspar-Contracting und dem Anlagen-Contracting. Beim Einspar-Contracting liegt das Hauptaugenmerk auf dem Energieverbrauch einer Immobilie. Dies ist sogar ohne Eingriff in die Bausubstanz und damit ohne zusätzliche Kostenbelastung für den Unternehmer möglich, zum Beispiel mit einer besseren Regelungs- oder Heizungstechnik. Im Gegensatz dazu übernimmt die Raiffeisen-Leasing beim Anlagen-Contracting gemeinsam mit einem technischen Partner die Wärme-/Kältelieferung für das Betriebsgebäude.



Raiffeisen-Leasing bietet spezielle Modelle zur Kostenreduktion von Gebäuden.

Energieeffizientes Bauen und Sanieren

Unter der Bezeichnung „Energieeffizientes Bauen und Sanieren (EEBS)“ werden von Raiffeisen-Leasing Projekte realisiert, die durch eine Minderung des Energieverbrauchs die Gesamtkostenbelastung senken. Dabei sichert EEBS die beiden großen Kostenblöcke jedes Projekts durch einen Fixpreis für die Errichtung und eine garantierte Energieeinsparung.

Lebenszyklusmodell

Auch dieses Modell macht sich die Tatsache zunutze, dass die Instandhaltungs- und Betriebskosten über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes betrachtet ca. 85 Prozent der Gesamtkosten ausmachen: Zusätzlich zur Finanzierung übernimmt Raiffeisen-Leasing dabei die gesamtheitliche Betreuung des Gebäudes und die Planung der Betriebskosten.

Information

Mehr Infos zum Energiesparen unter:
www.raiffeisen-leasing.at

E.E.



**BEREIT
FÜR MORGEN**

DEMOGRAFISCHER WANDEL, Fachkräftemangel, Lebensarbeitszeitkonten und leistungsbezogene Entgeltbestandteile: Die Personalabteilungen von Verwaltungen stehen vor großen Herausforderungen. P&I stellt hierfür die passende Lösung bereit: den P&I HR-Leitstand, die zentrale Stelle personalwirtschaftlicher Informationen, die eine kennzahlengestützte Prozessbeobachtung ermöglicht.

PI-AG.COM

P&I

Your partner for integrated HR solutions

Mobilfunk-Wissen auf den ersten Klick: www.fmk.at

FMK relauncht Website – sachliche und fundierte Infos zum Thema Mobilfunk für Gemeinden

Seit Anfang November präsentiert sich das Forum Mobilkommunikation mit einer neuen Website unter dem Motto „Wissen auf den ersten Klick ist besser als Vermuten“.

Mag. Maximilian Maier, Geschäftsführer des FMK: „Wir bieten allen Gemeindevertretern an, ihr Wissen rund um die Themen Mobilfunkstationen und Handy mithilfe der neuen Website des Forum Mobilkommunikation zu erweitern. Unter www.fmk.at findet man fundierte Hintergrundinformationen, die regelmäßig aktualisiert werden und deshalb dem letzten Stand der Wissenschaft entsprechen. Wer gut informiert ist, kann alle Argumente gewissenhaft abwägen, trägt zur Versachlichung der Diskussionen bei und hilft, unbegründete Befürchtungen auszuräumen.“

Zu den Highlights des Informationsangebots der FMK-Website gehört die Zusammenstellung des wissenschaftlichen Kenntnisstan-



Unter www.fmk.at findet man alle Infos rund ums Thema Mobilfunk auf wissenschaftlich fundierter Basis.

des. Denn um die Diskussion zu Mobilfunk und Gesundheit objektiv zu überblicken, ist es hilfreich, möglichst das Gesamtbild zu sehen. Dabei ist es notwendig, sich an Institutionen zu orientieren, deren Expertisen außer Streit stehen, wie etwa die Koordinationsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen – die WHO (World Health Organisation) –, die unter anderem in ihren Factsheets auf die Themen Im-

missionen durch Handys und Mobilfunkstationen sowie auf Elektrosensibilität eingeht (Factsheet Nr. 193, Nr. 296 und Nr. 304). Besonders interessant für Kommunalpolitiker ist die vom TÜV Österreich durchgeführte Messreihe, die sich auf fmk.at online zum Download befindet. In zwei Dokumenten werden die Ergebnisse der Mobilfunkmessreihen an 385 frequentierten Orten in ganz Österreich dokumentiert. Gleich vorweg: Selbst der höchste

gemessene Wert betrug nur 0,09% des von der WHO empfohlenen Grenzwertes. Auch die SAR-Datenbank, die zu jedem in Österreich erhältlichen Handy die Spezifische Absorptionsrate (SAR) anführt, ist ein informatives Feature der Site. Serviceorientiert gestaltet ist auch die Sammlung der meist gestellten Fragen zu Technik, Gesundheit und Innovationen. Die Antworten sind ausführlich und in leicht verständlicher Form. Ein eigener Bereich für Schüler, Lehrer und Erziehungsberechtigte sowie der Bereich für Presse und Medien runden das Web-Angebot des FMK ab.

Information

FMK Forum Mobilkommunikation
Mariahilfer Straße 37-39
1060 Wien
Tel.: 01/588 39 14
Mail: office@fmk.at
Web: www.fmk.at

EE

Direktgesteuertes Schwimmerventil

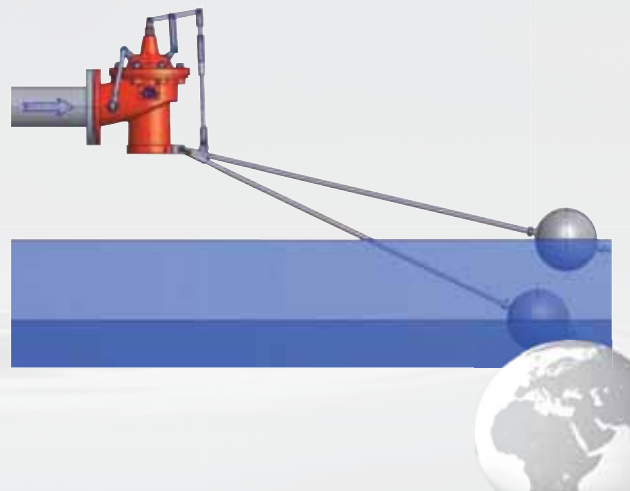
Typ: AQUA 80-910

- DN 40 bis DN 150
- PFA 10 bar (zulässiger Bauteilbetriebsdruck)
- PMA 16 bar (höchster zulässiger Bauteilbetriebsdruck)

Das direktgesteuerte Schwimmerventil AQUA 80-910 wird in einem Reservoir über dem Wasserspiegel eingebaut und sorgt somit für ein nahezu konstantes Behälterniveau. Druck in der Rohrleitung selbst ist nicht erforderlich.

E. Hawle Armaturenwerke GmbH

4840 Vöcklabruck / Austria | Wagrain Str. 13
E-Mail: hawle@hawle.at | www.hawle.at



HAWLE. **MADE FOR GENERATIONS.**

Buchtipp

Jahrbuch Öffentliches Recht

Juristische Diskussion und Überblick über Rechtsentwicklung

Der Band umfasst Fragestellungen im Bereich der Reformdiskussionen der Untersuchungsausschüsse, der „Habsburgerfrage“ anlässlich der Bundespräsidentenwahl bis hin zu organisationsrechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit einer Konzentration auf eine



einzigste Akkreditierungsstelle für unterschiedliche Kompetenzträger, der Ausweitung der Rechnungshofkontrolle, der Ausweitung der Abgabenaufnahme für Bund und Länder und

Fragen der Staatshaftung. Im Bereich des Grundrechtsschutzes werden Fragen des Staatswappens, allgemeine Grundsätze wie das ne bis in idem, aber auch das Gesetz über eingetragene Partnerschaften und Fragen der Religionsfreiheit im Zusammenhang mit der Anbringung von Kreuzifixen, dem Bau von Minaretten oder steuerlichen Fragen im Zusammenhang mit Bekenntnisgemeinschaften behandelt. Der Konflikt an den Universitäten hat versammlungsrechtliche Fragen aufgeworfen. Im medienrechtlichen Bereich standen der Abschluss des ORF-Beihilfeverfahrens und Reformen im Rundfunkbereich im Vordergrund. Der zweite Teil enthält Berichte über die Rechtsentwicklung auf Bundes- und Länderebene und auf der Ebene der EU.

Das Buch

Herausgeber:
Georg Lienbacher
Gerhart Wielinger
„Öffentliches Recht
Jahrbuch 2010“
ISBN: 978-3-7083-0701-5
480 Seiten, broschiert, 58 Euro
Neuer Wissenschaftlicher Verlag
1040 Wien, Tel.: 01/535 61 03
office@nwv.at



Der Hako Citymaster 1200: Dank der kompakten Abmessungen ist die Kehrmaschine äußerst wendig und effizient beim Kehren jedes Areals.

Neue Kehr-/Schrubbmachine Stangl: Damit der Prater sauber bleibt

Der Wiener Prater mit seinem weltbekannten Riesenrad aus dem Jahr 1897, auch „Wurstelprater“ genannt, zählt zu den bekanntesten Orten in Wien, die Neugestaltung des Eingangsbereiches erfolgte vor zwei Jahren. Zur Instandhaltung und Reinigung des Areals konnte STANGL Reinigungstechnik im Oktober 2010 eine neue Kehrmaschine vom Typ Hako Citymaster 1200 an die technischen Mitarbeiter des „Prater Service“ übergeben. Dank der kompakten Abmessungen der Citymaster 1200 – die Breite beträgt nur 1,2 m – und der Konstruktion als Knicklenker-Fahrzeug ist die Kehrmaschine äußerst wendig und effizient beim Kehren des Areals. Die Maschine verfügt über einen starken 48-PS-Motor und bietet für den Fahrzeuglenker einen überdurchschnittlichen Komfort in der Kabine. Und die Citymaster 1200 von Stangl verfügt über einen zusätzlichen Nutzen bei der Reinigung: in nur 30 Minuten wird die Kehrmaschine umgerüstet und mit einem Schrubbdeck zur Bodenreinigung ausgestattet. Mit diesem Schrubbdeck werden die Wege und Plätze im Prater nass gereinigt. Das Schmutzwasser wird dabei unmittelbar abgesaugt, der Boden ist sofort sauber und wieder trocken.

Information

Stangl Reinigungstechnik GmbH
5204 Straßwalchen
2334 Vösendorf
8772 Traboch
Tel.: 06215/8900-0
Fax: 06215/6432
info@kommunalmaschinen.at
www.kommunalmaschinen.at

Work in Progress

MS Office lernt österreichisches E-Government

In der aktuellen Ausgabe von Kommunal berichtet das Zentrum für E-Government der Donau-Uni Krens von den IT-Anforderungen und unterstützenden IT Werkzeugen (E-Government Box) für Gemeinden. Einige Anforderungen lassen sich schon von Microsoft und seinen Partnern in die Realität umsetzen:

► **Direkter Zugriff** aus Microsoft Word/Outlook auf das **Rechtsinformationssystem (RIS)** mit der eingebauten Nachschlagfunktion. Damit ist es möglich, im RIS zu recherchieren, ohne dass Microsoft Word/Outlook verlassen werden muss – nur durch Markieren und die rechte Maustaste kann in allen Gesetzestexten oder der Judikatur recherchiert werden. Die Partner sind das Bundeskanzleramt und die Firma rubicon-IT GmbH.

► **Duale Zustellung** direkt aus Microsoft Outlook mithilfe der Partnerlösung von hpc DUAL (www.hpcdual.at): So regeln Sie den Versand Ihrer Schriftstücke per Mausclick durch eine Vereinigung von physischer und elektronischer Zustellung.

► Ab 1. 1. 2011 bedürfen Ausfertigungen von elektronischen Dokumenten einer **Amtssignatur**: In Office ist das seit der Version Office 2007 auf der EGIZ Webpage verfügbar: https://demo.egiz.gv.at/plain/projekte/signatur_im_e_government/signatur_in_office_2007

Die Integration der Amtssignatur in den Fachanwendungen wird über Angebote der Partner im Gemeindebereich abgedeckt.

► **Weitere Lösungen** im Bereich ELAK, Volltextsuche, Abfragen auf weitere Register etc. werden wir in den nächsten Kommunal Beiträgen vorstellen.



Christian Beyerl ist Microsoft-Verkaufsführer für öffentliche Unternehmen im Mittelstand.

Die Wasser- und Abwasserwirtschaft outsourcen

Entlastung für den Bürgermeister bei Verbänden

Über 1000 Gemeinden, Städte und Verbände vertrauen auf die Wasser- und Abwasserprofis der WDL und ihrer Schwesterunternehmen. In Zeiten knapper Ressourcen ist auch im Verbandsbereich steigendes Interesse an Outsourcing-Modellen festzustellen. Besonders dann, wenn sichergestellt ist, dass die Letztentscheidung bei den Bürgermeistern bleibt.



Der von der WDL betreute RHV Schärding.

Das erste Outsourcing-Modell der WDL wurde bereits im Jahr 2000 im oberösterreichischen Ennstal in Angriff genommen. Beim dortigen Abwasserverband Gaflenztal war damals die Stelle des Geschäftsführers vakant. Aufgrund ungeplanter Kostensteigerungen beim Bau der Kanal- und Kläranlage wollte man diese Aufgabe in professionelle Hände legen. Für einen Verband mit 8200 Einwohnern wäre aber ein eigener Vollzeit-Geschäftsführer nicht ausgelastet gewesen. Aus diesem Grund hat sich die Mitgliederversammlung dazu entschieden, diese Funktion auszulagern.

Die Gremien des Verbandes bleiben davon unberührt. Die operativen und administrativen Aufgaben wurden aber dem neuen, von der WDL beigestellten Geschäftsführer übertragen. Er ist auch für die beim Verband angestellten Klärwärter verantwortlich. In den letzten zehn Jahren haben sich aber die Anforderungen an die Geschäftsführung stark gewandelt, so der

damit beauftragte Dipl.-Ing. Christian Hasenleithner: „In der Startphase standen die wirtschaftliche Sanierung und die Sicherstellung der Finanzierbarkeit im Vordergrund. Im Laufe der Zeit sind aber betriebliche Fragen, wie Einsparungen beim Betrieb, bei Instandhaltung und Investition in den Vordergrund getreten.“ Durch die Umstellung der Buchführung vom kameralen auf das doppelte System konnte die nötige Kostentransparenz und -wahrheit hergestellt werden, und der Verband wird wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen geführt. Diese wettbewerbliche Orientierung zeigt sich auch in den Zahlen. Seit dem Jahr 2000 hat der Verband ein stabiles Betriebsbudget zwischen 235.000 und 275.000 Euro/a. In dieser Zeit hat aber die Anlagenbelastung um 30 Prozent zugenommen, haben Indexanpassungen in Höhe von zumindest 20 Prozent stattgefunden und hat dem Alter der Anlage entsprechend der Instandhaltungsaufwand zuge-

nommen. Das alles konnte bei gleichbleibend hoher Reinigungsleistung erreicht werden. Nebenbei wurden in den Verbandsgemeinden Investitionen von fast 2 Mio. Euro eingespart.

Erfolgsmodell macht Schule

Aufgrund der positiven Erfahrungen sind in den letzten Jahren weitere Verbände diesem Modell gefolgt. Dazu der Obmann des RHV Schärding, Bgm. Wohlmuth aus Brunnenthal: „Wir werden bei diesem Modell als Bürgermeister und Verbandsverantwortliche maximal unterstützt und entlastet. Ein Vorteil ist natürlich, dass wir bei Investitionsentscheidungen völlig unabhängig beraten werden. Das Know-how eines größeren Unternehmens bringt uns sowohl technologisch, betrieblich als auch beim Einkauf deutliche Vorteile. Die mit der Geschäftsführung verbundenen Kosten rechnen sich eindeutig – das ist natürlich auch Ansporn und Herausforderung für Geschäftsführer und Mitarbeiter, ständig besser zu werden.“ Bgm. Scheuwimmer aus Pregarten: „Am Beginn hatten unsere Klärwärter große Bedenken, doch in der täglichen Zusammenarbeit hat sich das rasch gelegt. Heute funktioniert der RHV Untere Feldaist wie ein modernes Dienstleistungsunternehmen. Besonders interessant ist der Leistungsvergleich zwischen den beteiligten Kläranlagen, der immer wieder Optimierungsmöglichkeiten aufzeigt.“

Information

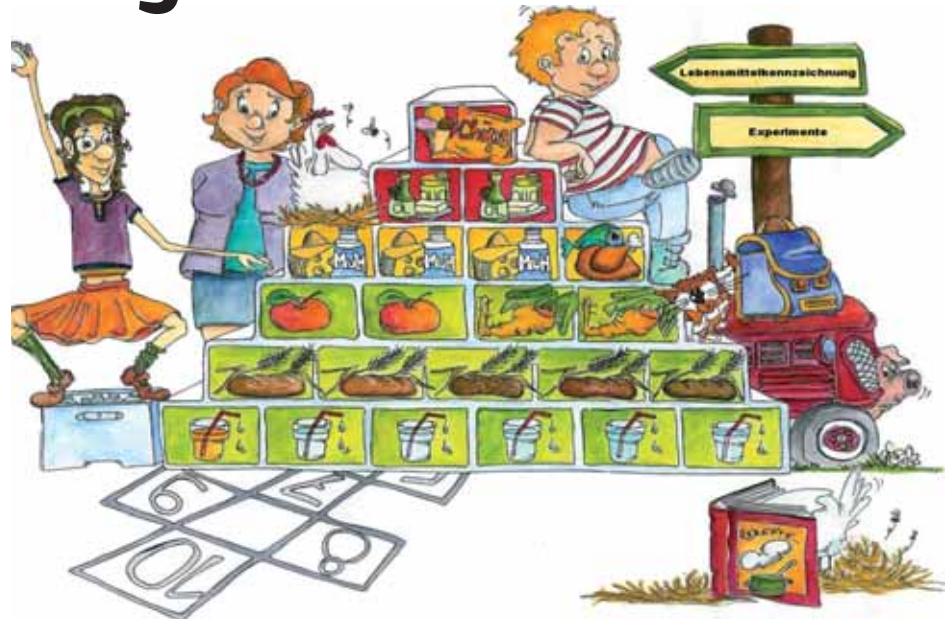
WDL-WasserdienstleistungsGmbH
Tel.: 0732/9000 - 3617
www.wdl.at



Fonds Gesundes Österreich fördert Gemeinde-Projekte

Gemeinsam gesund in Gaflenz

Der Fonds Gesundes Österreich betreibt einen Schwerpunkt Herz-Kreislauf-Gesundheit. Ziel des Schwerpunkts ist es, die Österreicherinnen und Österreicher zu einem gesünderen Lebensstil zu motivieren und gesunde Lebenswelten zu schaffen.



„Ferdli und Dorli“ erklären Kindern gesunde Ernährung.

Ein Kernelement dieser Strategie ist die Initiierung und Förderung von Projekten auf kommunaler Ebene im Setting Gemeinde. Dazu wurde speziell für Gemeinden eine eigene Förderschiene im Fonds Gesundes Österreich eingerichtet. Es ist dafür ein Kostenrahmen vorgesehen, wovon der Fonds Gesundes Österreich 50 Prozent übernimmt. Je nach Gemeindegröße können Projekte in folgender Gesamthöhe beantragt werden.

► Gemeinden bis 2000 Einwohner/innen:

€ 5.000,- bis 10.000,-

► Gemeinden bis 10.000 Einwohner/innen:

€ 7.500,- bis 15.000,-

► Gemeinden über 10.000 Einwohner/innen:

€ 10.000,- bis 20.000,-

Gefördert werden:

- Projekte zum Thema Herz-Kreislauf-Gesundheit mit einer Laufzeit von 12 – 18 Monaten
- Projekte mit einem Projekt-titel, der an die Kampagne des Fonds Gesundes Österreich (Mein Herz und ich. Gemeinsam gesund) anknüpft
- Projekte mit Maßnahmen, die Bewegung, Ernährung, seelische Gesundheit betreffen, wobei ei-

ne thematische Schwerpunktsetzung möglich ist.

Die Einreichung erfolgt im Rahmen des Projektguides unter www.info.projektguide.fgoe.org

Gemeinsam gesund in Gaflenz

Die Gemeinde Gaflenz hat bereits von der Fördermöglichkeit des Fonds Gesundes Österreich Gebrauch gemacht und führt seit März 2010 mit finanzieller Unterstützung durch den Fonds Gesundes Österreich das Projekt Gemeinsam gesund in Gaflenz durch.

Schlau und gesund mit Ferdli und Dorli

Mit den Veranstaltungen etc. richten sich die Projektverantwortlichen vor allem an die erwachsene Bevölkerung der oberösterreichischen Gemeinde. Für Kinder gibt's ein spezielles Programm: Schlau und gesund mit Ferdli und Dorli. Ernährung- und Bewegungsthemen werden kindgerecht und anschaulich aufbereitet und auf der Website www.schlau-und-gesund.at sowie mittels Buch vermittelt. Auch Eltern und Pädagogen/innen finden Anregungen

für Bewegungsspiele, Infos über Lebensmittel und darüber, was von Kinder-Lebensmitteln zu halten ist, und jede Menge Rezepte.

Projektzeitung Herzblatt

Zentrales Element ist die Projektzeitung Herzblatt. Mit dieser Zeitung wird die Bevölkerung regelmäßig über alle Aktivitäten informiert, Veranstaltungen, Vorträge und Workshops werden rechtzeitig angekündigt und nach deren Abschluss wird darüber berichtet. Das Herzblatt wird gemeinsam mit der Gemeindezeitung verteilt.

Information und Kontakt

Ihre Ansprechpartner bei Fragen zur Einreichung

Mag. Rita Kichler
Tel.: 01 / 895 04 00 -13
E-Mail:

rita.kichler@goeg.at

Mag. Edith Bierbaumer
Tel.: 01/895 04 00 - 23
E-Mail: edith.bierbaumer@goeg.at



Premiere: Österreichweit erstes Satelliten-Monitoring am Zintlwald im Sicherungseinsatz

Hangvermessung im Sekundentakt

STRENGEN/INNSBRUCK
Durch das Hochwasser im Sommer 2005 ist der Hang am sogenannten Zintlwald im Gemeindegebiet von Strengen ins Rutschen geraten. Um die Sicherheit der darunter befindlichen VerkehrsteilnehmerInnen und AnwohnerInnen zu gewährleisten, setzt das Land Tirol seit August 2005 Satellitentechnik ein, die die Hangbewegungen des Zintlwalds genauestens überwacht. Das satellitengesteuerte Monitoring zeichnet Daten im Sekundentakt auf, der Einsatz

dieses Systems stellt in Österreich eine Premiere dar. „Wenn die Notwendigkeit besteht, kann man die Hangbewegungen im Sekundentakt verfolgen“, freut sich LHStv. Anton Steixner über den Einsatz der neuesten Technik. Die Abteilung Geoinformation des Landes Tirol betreibt dieses neuartige Messsystem: „Nach den ersten Hangbewegungen wurden rund 50 Messpunkte einmal täglich manuell beobachtet. Ab November 2005 wurde der Bereich des Rutschge-



Das satellitengesteuerte Monitoring zeichnet Daten im Sekundentakt auf.

biets zwischen der Goidingerbrücke und der Steigsiedlung permanent überwacht“, erklärt Abteilungsvorstand

LHStv. Anton Steixner beim Lokalausgang mit Johannes Anegg (Mi.) und Landecks BH Markus Maaß (li.).

Johannes Anegg die Geschichte der letzten fünf Jahre.

Väterkarenz

Vorarlberg ist Schlusslicht

BREGENZ
Knapp 4,5 Prozent aller Eltern in Österreich, die im Oktober Kinderbetreuungsgeld bezogen haben, sind Männer. Das Schlusslicht ist Vorarlberg: Von etwas mehr als 7400 Beziehern waren nur rund 1,9 Prozent Männer. Insgesamt gab es im Oktober österreichweit exakt 148.167 Kindergeldbezieher.

Landesfinanzierungsagentur: Grundsatzbeschluss Unterstützung auch für Gemeinden

KLAGENFURT
Für die Errichtung einer Landesfinanzierungsagentur wurde von der Kärntner Landesregierung ein einstimmiger Grundsatzbeschluss gefasst. Diese Agentur solle ein modernes Finanzmanagement mit sich bringen und das Heben von Einsparpotenzialen ermöglichen. „Es geht darum, dass wir keine Zinsen zuviel zahlen. Eingesparte Mittel wol-

len wir zum Beispiel für Soziales verwenden“, so Landeshauptmann Dörfler. „Mit der Einrichtung einer Landesfinanzierungsagentur können wir unser Portfolio- und Geldmanagement wesentlich verbessern“, erklärte dazu Finanzlandesrat Harald Dobernig. Auch Gemeinden und Gemeindeverbände könnten in Finanzierungsfragen beraten und unterstützt werden.

Windkraft: Stromautarkie 150 „Green Jobs“

EISENSTADT
Das Burgenland macht große Schritte in Richtung Stromautarkie. Nachdem kürzlich die Genehmigungsbescheide für zwei neue Windparks mit insgesamt 69 Windrädern erteilt wurden, präsentierte LH Hans Niessl ein Konzept zur Schaffung von 150 sogenannten hochwertigen „Green Jobs“, die im Zuge eines neuen Servicezentrum für den Anlagenaufbau im Technologiezentrum in Neusiedl am See geschaffen werden sollen.

Wilderei: Strafanzeigen sind österreichweit gestiegen

Trophäenjäger treiben ihr Unwesen

SALZBURG
Die Zahl der Strafverfahren und gerichtlicher Verurteilungen wegen „Wildern“ und „Schwarzfischen“ ist gestiegen. Laut dem Salzburger NR-Abgeordneten Johann Maier treiben auch immer mehr skrupellose Trophäenjäger ihr Unwesen. „Sie schneiden den Kopf des Tieres ab und lassen den Kadaver liegen. Das hat nichts mehr mit Sozialromantik und Ehrenkodex

der Wilderer zu tun“, Maier. Er forderte von der Jägerschaft eine schärfere Vorgangsweise gegen Wilderer und regte eine rechtssoziologische Studie zur Motivforschung an. Kopferbrechen bereiten derzeit jene mutmaßlichen Serientäter, die im niederösterreichischen Bezirk Lilienfeld, in der Umgebung von Eisenstadt im Burgenland und im Kärntner Lavanttal auf Trophäen aus sind.



Der deutsche Kabarettist Martin Wangler als Wilderer.

Reichskristallnacht

Gedenken in Graz

GRAZ
Am Abend des 9. November gedachte die Grazer jüdische Gemeinde gemeinsam mit vielen Gästen den schrecklichen Ereignissen in der Nacht von 9. auf 10. November 1938. Beim so genannten Novemberpogrom (auch bekannt als „Reichskristallnacht“) wurden 400 Menschen ermordet.

Geschichte: Projekt beleuchtet gemeinsame Kultur- geschichte

Venus kommt in die Schulen

WILLENDORF/ST. PÖLTEN/MIKULAV

Die NÖ Landesakademie und das Regionalmuseum Mikulav haben gemeinsam das Projekt „Schul-DVD – Venuswelten“ gestartet. Im Rahmen dieses Projekts wurden 2000 DVDs mit dem Titel „Venuswelten“ für Schulen produziert, die SchülerInnen jene Zeit näher bringen sollen, in der die niederösterreichische Venus von Willendorf und die tschechische Venus von Dolni Vestonice entstanden sind. Die Filmdokumentation erzählt eine europäische

Geschichte, die sich den Venusstatuen widmet. „Das Phänomen Venus war nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa und Russland zu finden“, sagt NÖ Landesakademie-GF Dr. Christian Milota. „Die Erforschung der Venus-Figuren im österreichisch-südmährischen Gebiet ist ein beispielhaftes Projekt für grenzüberschreitende Zusammenarbeit“, betonte beim Startschuss des Projekts LR Johanna Mikl-Leitner und wies darauf hin, dass in Nie-

Die Venus von Dolní Věstonice ist eine Frauenfigur aus Keramik. Ihr Alter wird auf 25.000 bis 29.000 Jahre geschätzt.



Foto: Matthias Kabel

Die Venus von Willendorf, ca. 23.000 bis 28.000 Jahre.

derösterreich immer mehr Kinder Sprachen wie Tschechisch, Slowakisch oder Ungarisch erlernen würden.

Ausgangspunkt war das Jubiläumsjahr der Venus von Willendorf 2008. Die „Venus von Willendorf“ zählt zu den bekanntesten

altsteinzeitlichen Fundstücken Österreichs. Bis heute gibt sie der Forschung Rätsel auf. Unklar ist bis heute, wofür die rundliche Dame steht – ist sie ein Fruchtbarkeitssymbol, eine Göttin oder eine erotische Figur? Auch der Herstellungsort der Venus ist nach wie vor unbekannt. Nähere Infos unter

www.projektvenus.eu

Wohnbauförderung

Offensive läuft noch bis 31. März

INNSBRUCK

„Beim letzten Wohnbauförderungskuratorium wurde der Bau von 607 Wohneinheiten durch gemeinnützige Bauträger beschlossen, die von der Wohnbauförderung des Landes mit 45 Millionen Euro gefördert werden“, berichtet Wohnbaureferent LHStv. Hannes Gschwentner.

Auch bei der Wohnhausanierung kann weiterhin ein regelrechter Boom verzeichnet werden.

Gschwentner appelliert einmal mehr an alle Sanierungswilligen, die einkommensunabhängigen Sanierungsförderungen noch in den nächsten vier Monaten in Anspruch zu nehmen.

„Die Sanierungsoffensive läuft am 31. März 2011 aus. Bis dahin werden Sanierungsmaßnahmen einkommensunabhängig gefördert.“

Foto: Gerhard Mader / Produktion West



Konferenz: Energieeffizienz im Beschaffungswesen

Kosten und Energie sparen

LINZ

Wie die öffentliche Hand mit ökologischer Beschaffung und Zusammenarbeit in Netzwerken Kosten und Energie sparen kann, war Thema einer interna-

len Konferenz. Es handelte sich gleichzeitig um die Abschlusskonferenz des EU-Projektes Pro-EE zur Steigerung der Energieeffizienz im öffentlichen Beschaffungswesen.

Bedarfszuweisungen: 670.000 Euro für Kleingemeinden

Mehrbelastungen ausgeglichen

BREGENZ

Damit für kleinere Gemeinden keine übermäßige Belastung durch Spitalsbeiträge entsteht, werden sie aus besonderen Bedarfszuweisungen unterstützt. Für 2009 erhalten 35 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 2500 Beiträge in

Gesamthöhe von gut 670.000 Euro, teilt LH Sausgruber mit. Diese Fördermittel dienen zum Ausgleich von Belastungsspitzen, die den Patienten-Wohnsitzgemeinden aus der Verpflichtung zur Leistung von Spitalsbeiträgen entstehen.

Umfrage: 53 Prozent mögen Dirndl und Janker

Tracht bleibt in Mode

ÖSTERREICH

Die Österreicher halten Dirndl und Janker zumindest gedanklich die Treue: 53 Prozent von ihnen finden es laut einer IMAS-Umfrage ausdrücklich nett, wenn jemand einen Trachtenanzug trägt – wenn gleich die Begeisterung nicht mehr so groß ist wie vor drei Jahrzehnten; nur elf Prozent sind der Ansicht, dass die Tracht nicht mehr in die heutige Zeit passt. Rund jeder Dritte antwortete mit „Kommt darauf an“. Vor allem ÖVP-Wähler sind Freunde der Tracht. 71 Prozent befürworten diesen Kleidungs-



53 Prozent der Österreicher finden es laut einer IMAS-Umfrage ausdrücklich nett, wenn jemand Tracht trägt.

stil. Die wenigsten Trachten-Freunde gibt es unter Anhängern der Grünen. Besonders groß ist die Liebe zur Tracht bei Personen über dem 50. Lebensjahr.

Die E-Government-Box – eine Werkzeugsammlung

Der ELAK soll jederzeit Zugriff und Überblick ermöglichen

Das Zentrum für E-Government der Donau-Uni Krems erforschte im Auftrag von Microsoft Österreich, unterstützt von Gemeindebund sowie FLGÖ, die IT-Infrastruktur der niederösterreichischen und Salzburger Gemeinden, um die Ausgangsbasis für flächendeckende kommunale E-Government-Services auszuloten.

Peter Parycek
Johann Höchtl

Das Ziel der Studie war die Zusammenstellung einer Werkzeugsammlung mit möglichst einfacher Installation und hohem Bedienungskomfort, die vor allem die Anforderungen kleinerer und mittelgroßer Gemeinden berücksichtigt.

Die Umfrage zur aktuellen Hardware- und Softwareausstattung brachte folgende Ergebnisse: Alle MitarbeiterInnen in der engeren Gemeindeverwaltung verfügen über Internetzugang, davon mehr als 87 Prozent breitbandig. Beinahe flächendeckend (97,5 Prozent) kommt Microsoft Office zum Einsatz. Davon verwenden die kleinen Gemeinden überwiegend Microsoft Office XP (53,3 Prozent), die mittleren und großen Microsoft Office 2003 (60 Prozent) bzw. Micro-

Als Lösungen zur Regulierung der Informationsflut wurden ELAK- und Dokumentenmanagement-Systeme vorgeschlagen. Versionierung, Volltextsuche, Indexierung und Katalogisierungsfunktionen können auch für kleinere Gemeinden hilfreich sein.

soft Office 2007 (40 Prozent). Hingegen wird die Open Source-Variante Open Office nur von 2,5 Prozent der Kommunen verwendet. Als Arbeitsplatzbetriebssystem kommt ausschließlich Microsoft Windows zum Einsatz. Kleinere bis Gemeinden mittlerer Größe setzen zu mehr als 70 Prozent auf Windows XP, in knapp der Hälfte der großen und größten Kommunen ist bereits Windows 7 vertreten. Im Serverbereich ist mit 88,6 Prozent ein Microsoft-Betriebssystem im Einsatz, zu 7,5 Prozent verrichtet ein auf Linux basierendes System den Dienst. In weiterführenden Workshops

Große Hoffnung liegt bei semantischen Technologien, die passend zum Sachverhalt vorhandene Dokumente, Gesetze, Erläuterungen und Höchstgerichtsurteile anzeigen.

mit Gemeindeverantwortlichen wurden die Umfrageergebnisse diskutiert und die AnwenderInnen zu ihren Wünschen an eine IT-unterstützte Verwaltung befragt.

Wie die Gemeindebediensteten festhielten, ist heute längst nicht mehr der Informationsmangel das alltägliche Problem, sondern die Datenflut. Vielfach werden Daten mehrfach erfasst und relevante Informationen zu den Verwaltungsverfahren sind nicht sichtbar.

Abhilfe schaffen könnte daher vor allem der direkte Zugriff und insbesondere die Integration von Fachapplikationen und Registern, wie ZMR, GWR oder auch RIS in die Office-Anwendungen, wie Outlook oder Word. Erste Lösungen dazu wurden bereits erarbeitet, beispielsweise kann das RIS direkt aus Word abgefragt werden, Wechseln in den Browser ist nicht mehr notwendig. Um die häufige Nutzung zu gewährleisten, sollten die Registerabfragen keinesfalls transaktionsbezogen abgerechnet werden, da diese aus Kostengründen zurückhaltender getätigt werden würden.

Als weitere Lösungen zur Regulierung der Informationsflut wurden ELAK- und Dokumentenmanagement-Systeme vorgeschlagen. Versionierung, Volltextsuche, Indexierung und Katalogisierungsfunktionen können auch für kleinere Gemeinden hilfreich sein. Zukünftig liegt eine große Hoffnung bei den semantischen Technologien, die passend zum Sachverhalt vorhandene Dokumente, Gesetze, Erläuterungen und Höchstgerichtsurteile anzeigen. Zu den aktuellen E-Government-Herausforderungen zählen die Integration der Amtssignatur in Office- und Fachanwendungen sowie der dualen Zustellung in



Dr. Peter Parycek, MSc ist Leiter des Zentrums für E-Government der Donau-Uni Krems und Projektleiter von E-Government Projekten der Sektion I, BKA



Mag. Johann Höchtl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für E-Government, Donau-Uni Krems

E-Mail-Programme. Dazu wurden und werden konkrete Lösungen von Microsoft Österreich und kommunalen Softwareanbietern erarbeitet. Eine weitere Forderung der Gemeindeverantwortlichen ist der verbesserte Wissensaustausch. Um die interkommunale Zusammenarbeit zu fördern, wurde vorgeschlagen, die Kommunikationsfunktionen auf der Intranetplattform kommunalnet.at auszubauen.

Das Idealbild der E-Government-Gemeinde

Wie die Studie und Workshops belegen, haben die GemeindevertreterInnen ein Bild von der idealen E-Government-Gemeinde: Hier funktionieren alle Verwaltungsprozesse vollelektronisch, vom Anbringen bis zur Zustellung. Egal welches Kommunikationsinstrument eine Antragstellerin wählt, der Gemeindegemitarbeiter hat alle notwendigen Informationen zur mühelosen und schnellen Aktenbearbei-

Wie die Studie und Workshops belegen, haben die GemeindevertreterInnen ein Bild von der idealen E-Government-Gemeinde: Hier funktionieren alle Verwaltungsprozesse vollelektronisch, vom Anbringen bis zur Zustellung.

tung bei der Hand. Die eingegebenen Namen und Adressen in Formularfeldern werden automatisch mit vorhandenen Registern wie ZMR oder GWR abgeglichen – so können Dubletten oder veraltete Informationen ausgeschlossen werden. Im Bedarfsfall sind Eingaben durch die automatische Beschlagwortung und Volltextindizierung in Sekundenschnelle wieder aufzufinden. Das gilt nicht nur für Textdokumente, auch ein- und ausgehende Faxe, E-Mails und Telefongespräche werden protokolliert, so dass sich jede Gemeindegemitarbeiterin im Vertretungsfall schnell einen Überblick über den Aktenstatus verschaffen kann. Ausgehende Bescheide werden abhängig von der Verfahrensart automatisch

elektronisch signiert und die Erinnerungsfunktion weist auf bevorstehenden Fristablauf hin. Zum Wunsch nach der internen Optimierung von Arbeitsabläufen kommt auch das Bedürfnis nach einer gemeindeübergreifender Zusammenarbeit in neuer Qualität – sowohl auf kommunalnet als auch durch verbundene elektronische Aktensysteme. Denn der ELAK ermöglicht jederzeit Zugriff und Überblick, wo und wie was bereits wie weit erledigt wurde. Bei komplexen Fra-

gestellungen können die Gemeindegemitarbeiter in Foren ihre Antworten und Lösungen austauschen, wobei aktuelle Entscheidungen oder Kommentare automatisiert vom Netzwerk zur Verfügung gestellt werden, was mühsame Nachforschungen für jede Rechtsfragen erspart. Letztlich könnten sich aufgrund der elektronisch unterstützten Kooperation auch Verwaltungsgemeinschaften bilden, in denen sich die einzelnen Gemeinden auf bestimmte (Rechts)gebiete spezialisieren. Noch gibt es diese Idealform einer E-Government-Gemeinde zwar nicht, doch auf Basis der Gemeindebefragung erarbeiten Microsoft Österreich und weitere Partner derzeit passende Lösungen für konkrete Bedürfnisse. Dabei freuen wir uns auf Ihr Feedback und Anregungen für weitere Werkzeuge, um den derzeitigen sowie künftigen Anforderungen im Gemeindealltag bestmöglich entsprechen zu können.



Das Ziel der Studie war die Zusammenstellung einer Werkzeugammlung, die vor allem die Anforderungen kleinerer und mittelgroßer Gemeinden berücksichtigt.

Dorferneuerung im Burgenland – eine Erfolgsgeschichte

Zusammenarbeit sichert auch Leistungsfähigkeit

Die Dorferneuerung – eine moderne und zukunftsorientierte Strategie für die Menschen im Burgenland – wurde vor mehr als 20 Jahren im Burgenland ins Leben gerufen. KOMMUNAL blickt auf eine Erfolgsgeschichte zurück.

Allein im Burgenland sind über 100 an der Dorferneuerung beteiligte Gemeinden, mehr als 90 vielseitige Einzelprojekte und über 50 Gemeinden mit abgeschlossener umfassender Dorferneuerung Zahlen, die für sich sprechen.

Burgenlands Landesrätin Verena Dunst: „Diese Erfolgsgeschichte muss weitergehen, indem wir den Bereich der Fördermaßnahmen und der Fördersätze beson-



Durch die gemeinsame Umsetzung von Projekten kommt es zu Synergieeffekten, die Vorteile für alle beteiligten Gemeinden bringen.

Bürgermeister Herbert Gelbmann,
Pötsching

ders fokussieren, um die Wünsche der Menschen besser berücksichtigen zu können. Die Dorferneuerung bewegt sich in einem ständigen Entwicklungsprozess, um den Anforderungen und Bedürfnissen der Menschen und Gemeinden zu genügen. Deshalb ist es mir besonders wichtig, klare Ziele für die Zukunft zu formulieren, neue Förderschwerpunkte herauszuarbeiten. Diese neuen Brennpunkte betreffen Themen wie Gender-Mainstreaming, Jugend, naturnahe Kinderspielplätze Umwelt oder interkommunale Zusammenarbeit.“

Dass die interkommunale

Zusammenarbeit (IKZ) für Gemeinden einen wesentlichen Schritt in die Zukunft darstellt, steht auch außer Zweifel. Bürgermeister Gerhard Hutter aus dem Kurort Bad Sauerbrunn: „Die Gemeinde Bad Sauerbrunn schenkt gegenwärtig und zukünftig gemeindeübergreifenden Kooperationen in den Bereichen Tourismus- und Regionalmarketing größte Aufmerksamkeit. Bietet eine Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus eine Vielfalt an Potenzialen zur Effizienzsteigerung, zur Qualitätsverbesserung und letztlich auch zur Sicherung der Leistungsfähigkeit insbesondere kleinerer Gemeinden. Jede Möglichkeit einer Kostenoptimierung und einer maximalen Synergiegewinnung muss genutzt werden. Es ist mir deshalb auch immer wichtig, gleichberechtigte Partner für eine ‚Win-Win‘-Situation gewinnen zu können, denn nur ein gemeinsam gezogener Nutzen steht für Vertrauen und damit für eine dauerhafte positive Partnerschaft. Eine Kooperation mit der Marktgemeinde Pötsching in den Bereichen Kultur und Tourismus halte ich daher für sinnvoll und richtig. Die in

Jede Möglichkeit einer Kostenoptimierung und einer maximalen Synergiegewinnung muss genutzt werden.

Bürgermeister Gerhard Hutter,
Bad Sauerbrunn



diesen Bereichen vor uns liegenden Aufgaben können durch die Zusammenarbeit, selbst bei stärkerer Komplexität der Anforderungen, weiterhin in hoher Qualität erbracht werden.“

Dass die Zusammenarbeit auch für die Partnergemeinde essenziell ist, bestätigt Pötschings Bürgermeister Herbert Gelbmann: „Überlegungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen der Marktgemeinde Pötsching und dem Kurort Bad Sauerbrunn sowie diesbezügliche Gespräche gab es schon vor dem Dorferneuerungsprozess. Dieser Prozess hat verdeutlicht, dass es viele gemeinsame Anknüpfungspunkte und Interessen gibt. Die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von künftigen Projekten hat etliche positive Aspekte. Ausgabenseitig kommt es bei den Partnern zu einer Reduktion der Kosten. Durch die gemeinsame Umsetzung von Projekten kommt es zu Synergieeffekten, die Vorteile für alle beteiligten Gemeinden bringen. Um bei der angespannten finanziellen Situation der Gemeinden auch in Zukunft innovativen Ideen Taten folgen zu lassen, ist die ortsübergreifende Zusammenarbeit ein probates Mittel.“

Das sagt der Präsident

„Aufgrund der momentanen Finanzengpässe in vielen österreichischen Gemeinden freue ich mich, dass hier im Burgenland ein richtungweisendes Projekt zur interkommunalen Zusammenarbeit im Rahmen der Dorferneuerung gestartet wird. Damit trägt die burgenländische Dorferneuerung weitere Früchte und bringt greifbaren Nutzen für Kooperationsgemeinden“, so Bgm. Ernst Schmid, Präsident des Gemeindevertreterverbandes.

Kinder- und Fernsehstar Helmi ist 30 Jahre alt

Augen auf, Ohren auf!

Die beliebteste Kindersicherheitsfigur Österreichs feiert ihren 30. Geburtstag. Das KfV verrät Geheimnisvolles, Wissenswertes und Kurioses rund um den kleinen großen Fernsehstar.

Angelika Reschenauer

Er ist etwa 60 Zentimeter groß, trägt einen rot-weiß gestreiften Helm und hat ein großes Herz für Kinder: Helmi, der kleine Sicherheitsexperte des KfV (Kuratorium für Verkehrssicherheit). Unter dem Leitsatz „Augen auf, Ohren auf!“ rufen Helmi und sein Freund Sokrates seit mittlerweile 30 Jahren in insgesamt rund 1350 Sendungen Kinder zur Vorsicht in Gefahrensituationen auf. Unfallprävention – nicht nur im Straßenverkehr, sondern in allen Lebensbereichen – ist ihr größtes Anliegen. Seit 1980, als die erste Helmi-Sendung on air ging, ist die Zahl der Verkehrsunfälle von Kindern um 48 Prozent zurückgegangen. Neben einer Vielzahl an Verkehrssicherheitsmaßnahmen hat Helmi als Sicherheitsfigur des KfV maßgeblich zu dieser Reduktion beigetragen. Unzählige Kinder und Erwachsene kennen Helmi von klein an – der Sicherheitsexperte ist damit längst Kultfigur für Jung und Alt geworden. Bei seinen Sicherheitseinsätzen wird Helmi seit 1985 von Hundefreund Sokrates begleitet. Gemeinsam fliegen sie in ihrem Raumschiff, dem Schwuppodrom, über die Erde, und schreien ein, wenn Kindern Gefahr

Fact-Box

Für nähere Informationen zu bewusstseinsbildenden Aktionen für Kinder mit Helmi oder für Erwachsene wenden Sie sich einfach an den Leiter der jeweiligen KfV-Landesstelle in Ihrem Bundesland. Infos zu „Helmi“ finden Sie unter www.helmi.at Mehr Infos auf www.kfv.at

droht. Dann wird nämlich der M.A.U.S.-Alarm, der me-gaschnelle Auffinder unsicherer Situationen, ausgelöst. Ursprünglich stammt Helmi vom Planeten der Flepse, ein Grund dafür, weshalb man ihm seine 30 Jahre auch nicht ansieht – Helmi altert nämlich viel langsamer. Seine außerirdische Herkunft erklärt auch, weshalb Helmi nur vier Finger hat und sich an jede beliebige Stelle beamen kann. Was kaum einer weiß: In Helmis Lebensgeschichte tauchen einige bekannte Namen auf: Der junge Thomas Brezina schrieb 1980 die ersten Drehbücher und war bis 1995 Teil des Helmi-Teams.

Seit 1980, als die erste Helmi-Sendung on air ging, ist die Zahl der Verkehrsunfälle von Kindern um 48 Prozent zurückgegangen.

Und Alfons Haider hauchte Helmi als prominenter Stimmgeber von 1985 bis 1991 Leben ein. Heute ist Helmi oft gemeinsam mit dem Okidoki-Team und Robert Steiner unterwegs, der gemeinsam mit dem Sicherheitsexperten auf zahlreichen Bühnen Kinderaugen größer werden lässt.

Auch dass Helmi ein wenig eitel ist, wissen die wenigsten: Zu seinem 25. Geburtstag 2005 unterzog er sich einer äußerlichen Erneuerung: Helmi erhielt einen neuen rot-weiß-roten Helm mit einer Helmkamera, eine neue Frisur und neue Proportionen. Sein Outfit ist seither dynamischer, moderner und beweglicher. Auch ohne aufwändige Special Effects gefällt sowohl



Kindern als auch Erwachsenen der herzige Sicherheitsexperte.

Helmi in ihrer Gemeinde

Helmi ist aber nicht nur im Fernsehen und Internet vertreten: Bei zahlreichen Aktionen werden Kinder direkt angesprochen, um ihr Bewusstsein für Gefahrensituationen in allen Lebensbereichen zu schärfen. Neben bekannten Aktionen wie „Apfel-Zitrone“, bei der Kinder Autofahrern, die zu schnell unterwegs sind, eine Zitrone überreichen, und solchen, die sich an die Tempolimits halten, einen Apfel, gibt es stets auch neue attraktive Sicherheitsaktionen und Veranstaltungen, die in Kooperation mit Gemeinden, z. B. in Schulen oder Kindergärten, stattfinden können.

Dazu zählen beispielsweise Vorträge zu unterschiedlichen Themen wie etwa Stolperfallen in Seniorenhaushalten oder Alkoholmessungen mittels Vortestgeräten in Diskotheken und Klubs, um Jugendliche für die Gefahren von Alkohol am Steuer zu sensibilisieren.



Mag. Angelika Reschenauer ist Pressesprecherin des Kuratoriums für Verkehrssicherheit

Europa und die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Sind wir noch zu retten?

„Wir sind gleich bei Ihnen.“ Diesen Satz hören Sie, wenn Sie in Österreich den Notruf 144 wählen und einen Notfall gemeldet haben. Wenn Sie diesen Satz hören, dass wissen Sie, dass kompetente Hilfe zu Ihnen unterwegs ist.

Gerry Foitik

Ein erprobtes, professionelles System organisiert die Hilfe für Sie, während Sie am Telefon noch Anweisungen erhalten, wie Sie helfen können bis das Rote Kreuz bei Ihnen ist.

Sie interessieren sich mit Recht nicht, welche Prozesse im Hintergrund laufen, damit Sie so rasch und kompetent wie möglich gerettet werden. Aber vielleicht müssen Sie sich dafür in Zukunft interessieren, weil das System „Österreich“ in Gefahr ist.

In Österreich organisiert das Rote Kreuz – oft unterstützt durch andere gemeinnützige Organisationen – außerhalb Wiens den Rettungsdienst. Er ist ein ganzheitlich organisiertes System, das den Notfalleinsatz mit Notarzt ebenso einbindet wie den planbaren Krankentransport, ein System, in dem freiwillige Mitarbeiter Schulter an Schulter mit hauptberuflichen und zivildienstleistenden Kollegen Leben retten. So können wir garantieren, dass wir auch in den kleinsten Gemeinden rund um die Uhr rasch helfen können.

Und das ist gut so: weil durch den Verbund aus Notfallrettung und Krankentransport Synergien genutzt werden können – sowohl finanziell als auch einsatztaktisch. Die Ressourcen des Krankentransportes sind schließlich integrierter Bestandteil für die Bewältigung von Großunfällen und Einsatzspitzen. Einzelne Gemeinden wären gar nicht in der Lage, mit vernünftigem Aufwand dafür zu sorgen, dass jederzeit genügend Rettungsmittel und ausgebildete Mitarbeiter zur Verfügung stehen, um bei Großun-



Der außerordentlich hohe Anteil an Freiwilligen in Österreich führt nicht nur zu einem (im internationalen Vergleich) sensationell günstigen Regelrettungsdienst, sondern auch zu einer enormen Schlagkraft bei Katastrophen. Dieses System Österreich sollten wir bewahren.

fällen alle Patienten adäquat zu versorgen.

Es ist eindeutig, dass „Leben retten“ zu den staatlichen Maßnahmen der Daseinsvorsorge zählt. Und es ist klar, dass alle Beteiligten nur das Beste für die Menschen in Not wollen.

In Österreich sind wir – weitgehend – einer Meinung: dass das Verbundsystem gut für die Bevölkerung und gut für die öffentlichen Kassen ist; dass der außerordentlich hohe Anteil an Freiwilligen nicht nur zu einem (im internationalen Vergleich) sensationell günstigen Regelrettungsdienst, sondern auch zu einer enormen Schlagkraft bei Katastrophen führt und dass in einem transparenten, nicht-diskriminierenden Akt jener gefunden werden soll, der die Anforderungen am besten erfüllt.



Mag. Gerry Foitik
ist Bundesrettungs-
kommandant,
Österreichisches
Rotes Kreuz

Das Rote Kreuz erfüllt diese Aufgaben in Österreich seit mehr als 100 Jahren zu Zufriedenheit der Bevölkerung.

Die Anforderungen an Gemeinden wachsen ständig. Als Partner der Gemeinden ist das Rote Kreuz bemüht, stabile und partnerschaftliche Beziehungen zu pflegen, damit sich die Verantwortlichen nicht ständig fragen müssen, wie sie den Rettungsdienst organisieren sollen.

Gerade lebt die Diskussion in Europa wieder auf, wie Dienstleistungen in allgemeinem Interesse erbracht werden sollen und entsprechende Dienstleister gefunden werden sollen. Wir sind hier mit Österreichs Gemeinden einer Meinung: unnötige, bürokratische oder rechtliche Hürden sollen vermieden werden und das bewährte System „Österreich“ mit dem Engagement tausender Freiwilliger und der Schlagkraft der gebündelten Ressourcen sowie die Teamarbeit mit anderen Einsatzorganisationen, wie den Feuerwehren, muss erhalten werden. Dafür gilt es, unsere Stimme in Europa gemeinsam zu erheben.

Fact-Box

Der Vertrag von Lissabon reformiert auch Bestimmungen über die „Dienstleistungen im allgemeinen (wirtschaftlichen) Interesse“, die klar in die Kompetenzen der Mitgliedstaaten fallen. Dazu gibt es Diskussionen im Europäischen Parlament oder die Neuformulierung des „Monti-Paketes“. Die Diskussionen sollen bis Ende 2012 abgeschlossen sein.

Vertrag von Lissabon:

<http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/index.htm>

Monti-Bericht:

http://ec.europa.eu/internal_market/smn/smn58/docs/monti_de.pdf



Rupert Dworak bleibt – mit überwältigender Mehrheit ausgestattet – weiterhin Verbandspräsident.

27. Vollversammlung des SPÖ-GVV-NÖ in Reisenberg

„Neue Horizonte denken – Innovation und Nachhaltigkeit“

Mit 98,5 Prozent der Stimmen wurde der Ternitzer Bürgermeister Rupert Dworak als Präsident des NÖ Gemeindevertreterverbandes der SPÖ in Reisenberg wiedergewählt. Inhaltlich stand die Versammlung der niederösterreichischen SPÖ-Bürgermeister ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit.

Seit 2008 ist der Ternitzer Bürgermeister Rupert Dworak Präsident des SPÖ-Verbandes, er folgte in dieser Funktion seinem langjährigen Vorgänger, dem Gerasdorfer Bürgermeister Bernd Vögerle, nach. Der heute 48-jährige Kommunalpolitiker ist auch seit 2003 Abgeordneter zum Landtag und wurde nun, im Rahmen einer Vollversammlung, erneut zum Präsidenten seines Verbandes gewählt. Mit 98,5 Prozent der 271 Delegiertenstimmen verlief seine Wahl überaus eindeutig. Inhaltlich stand die Vollversammlung der niederösterreichischen SPÖ-Bürgermeister unter dem Motto „Neue Horizonte denken – Innovation und Nachhaltigkeit“. Dazu hatte man die prominente Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb als Gastreferentin gewinnen können. „Die verstärkte Nutzung alternativer



Rupert Dworak, die GVV-Ehrenpräsidenten Bernd Vögerle, Anton Koczur und Alfred Haufek (vorne; sie wurden mit dem „Ehrenring“ ausgezeichnet). Hinten stehen LH-Stv. Sepp Leitner und Verbandsdirektor Ewald Buschenreiter.

Energien wird für die Gemeinden ein wichtiges Zukunftsprojekt sein“, begründete Dworak die Themenwahl. In seiner Rede formulierte Dworak das Ziel, dass bis 2020 in den Gemeinden die Stromversorgung für Straßenbeleuchtung und öffentliche Gebäude aus alternativen Energiequellen gespeist wird und wies auf die akute Finanznot der Gemeinden hin.

Weiters sprach er sich vehement für die soziale Absicherung der Bürgermeister aus und fand auch klare Worte zur GRW 2010: „Wenn wir auf die Straße des Erfolges zurückkehren wollen, brauchen wir Erneuerungen in inhaltlicher, organisatorischer, strukturellen und personeller Hinsicht.“ Und Dworak sagte deutlich nein zu Gemeindezusammenlegungen. Mehr auf www-gemeinbund.at oder auf www.gvvnoe.at

Fact-Box

Der SPÖ-GVV NÖ

Der Verband Sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich

Der Verband ist die Interessensvertretung aller SPÖ-GemeindemandatarInnen, Bürger- und VizebürgermeisterInnen im Bundesland. Zurzeit vertritt der Verband über 148 SPÖ-Mehrheitsgemeinden mit knapp 600.000 Einwohner. Das sind 38,5 Prozent der Bevölkerung Niederösterreichs. Der Verbandssitz ist in St. Pölten, der Landesverband ist ein Teilverband des Österreichischen Gemeindebundes.

Burgenland

Einbruch im Bauhof

Gemeindebus diente als Fluchtauto

STOOB

Nach einem Einbruch in den Bauhof konnten die Diebe ihre Beute nicht selbst schleppen und stahlen kurzerhand den Bustransporter der Gemeinde gleich mit. Sie erbeuteten mehrere Bohrmaschinen, Motorsä-

gen, Winkelschleifer, eine Motorsense, eine Heckschere sowie Treibstoffkanister. Der entstandene Schaden beläuft sich auf 18.500 Euro. Die Fahndung nach dem auffällig markierten Fahrzeug verlief bis Redaktionsschluss ohne Erfolg.

S31 Süd wird eingespart

Landesstraße statt Schnellstraße

OBERPULLENDORF

Die S31 Süd (Verlängerung von Oberpullendorf bis zur Staatsgrenze) wird nicht als Schnellstraße gebaut. Stattdessen wird das Land eine Landesstraße von Oberpullendorf bis zur ungarischen Grenze errichten. Der Bund

sagt dabei für den Bau einen finanziellen Zuschuss von 37 Millionen Euro zu, weil man sich die Kosten für eine vollausgebaute Schnellstraße „spart“. Die Landesstraße soll eine Entlastung bis zur Grenze bringen.



Die Gemeinden zeigten an der Umfrage über die Jugendarbeit Interesse. Alle schickten die Fragebogen ausgefüllt zurück.

Umfrage über Jugendarbeit der Gemeinden Zu wenig Jugendzentren

EISENSTADT

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft (kija) Burgenland hat mittels eines Fragebogens erhoben, wie die Jugendarbeit in den Gemeinden aussieht.

Viele Jugendliche sind zwar in Vereinen engagiert, aber nicht alle können über diese Organisationen erreicht werden. Darum ist auch die direkte Jugendarbeit wichtig. Allerdings verfügen von 171 Gemeinden nur 86 über ein Jugendzentrum, und da-

von sind nur 13 betreut. In 21 Kommunen ist die Planung gerade im Gange. In vielen anderen Gemeinden wäre eine Jugendeinrichtung wünschenswert, aber einige davon gaben an, dass eine Umsetzung durch die finanzielle Lage unmöglich wäre. Drei Gemeinden gaben an, kein Jugendzentrum zu besitzen, aber dank mobiler Jugendarbeit auf die Bedürfnisse der Zielgruppe eingehen zu können.



Kärnten

Kooperation von fünf Kommunen in Unterkärnten

Gemeinden helfen einander beim Sparen

EISENKAPPEL

Die Wirtschaftshöfe von fünf Unterkärnter Gemeinden arbeiten eng zusammen. Bei Bedarf werden Maschinen und Personal nun auch über die Gemeindegrenze geschickt. So können bis zu 20 Prozent der Ausgaben eingespart werden.

Die Kooperation der Gemeinden Eisenkappel-Vellach, Sittersdorf, Gallizien, Globasnitz und Eberndorf wurde von allen fünf Gemeinderäten abgesegnet. Derzeit wird der Bau der Wasserleitung in Kleinzapfen, Gemeinde Sittersdorf, durch elf Eberndorfer Gemeindeglieder verstärkt. Der Verleih werde dann ab-

gerechnet, sagt Eberndorfs Bürgermeister Gottfried Wedenig laut einer Meldung von ORF online. Die Gemeindeglieder werden durch die Kooperation flexibler einsetzbar, sagt Jakob Strauß, Bürgermeister von Sittersdorf: „Wir wollen dadurch nicht Personal einsparen, sondern dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze gesichert sind und vielleicht sogar neue Arbeitsplätze entstehen.“ Weitere Sparmöglichkeiten bringt die Kooperation bei Einkäufen und Wartungen. Etwa, wenn es etwa darum geht, die jährliche Kontrolle bei Turngeräten und Tafeln in den Schulen durchzuführen.



Bei Bedarf werden Maschinen und Personal nun auch über die Gemeindegrenze geschickt.

Klima- und Umweltschutz Neu in der Alpenallianz

BLEIBURG

Mit dem Ausbau erneuerbarer Energieformen, bewusstenbildenden Maßnahmen und Erhöhung der Energieeffizienz hat die Stadtgemeinde Bleiburg wichtige Initiativen im Bereich des Klima- und Umweltschutzes ergriffen. Dieses Engagement wurde nun auch durch die Aufnahme in das Gemeindegliedernetzwerk „Allianz in den Alpen“ gewürdigt. In der Alpenallianz arbeiten über 270 Gemeinden aus sieben europäischen Staaten zusammen. Bgm. Stefan Visotschnig hofft, dass Bleiburg durch Kongresse auch touristisch von der Alpenallianz profitiert.



Niederösterreich

Vereinsfreundlichste Gemeinden wurden ausgezeichnet

Engagement vor den Vorhang geholt

ST. PÖLTEN

In Niederösterreich sind rund 500.000 Menschen in über 17.500 Vereinen ehrenamtlich aktiv. Damit liegt Niederösterreich bundesweit im Spitzenfeld. Knapp 100 Gemeinden beteiligten sich heuer am Wettbewerb „Vereinsfreundlichste Gemeinde“. Über 200 Vertreter nahmen an der Preisverleihung im Sitzungssaal des nö. Landtages in St. Pölten teil. Pro Bezirk wurde eine Gemeinde ausgezeichnet. Der Bogen der Unterstützungen durch die Gemeinden spannt sich von der kostenlosen Nutzung von Bauhofgeräten über die fachliche Unterstützung durch



Pro Bezirk wurde eine Gemeinde ausgezeichnet. Im Bild: Landeshauptmann-Stellvertreter Wolfgang Sobotka mit den Vertretern aus Langenlois.

Steuerberater oder Rechtsanwälte, die Koordination von Veranstaltungen bis zu Verleihung von Ehrennadeln in Gold, Silber und

Bronze an Vereinsfunktionäre und spezielle Jugendförderung in Musik- und Sportvereinen.

Wettbewerb

Kreative Ideen gesucht

ST. PÖLTEN

Die Kreativwirtschaft in Niederösterreich boomt. Rund 11.600 Betriebe mit über 50.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwirtschaften einen jährlichen Umsatz von über 5,8 Milliarden Euro. Beim Creative Industries Wettbewerb von Land und Wirtschaftskammer können Gemeinden und Regionen gemeinsam mit der Kreativwirtschaft Projekte zur Verbesserung der Standortqualität und der Steigerung des kreativen Potenzials einreichen. Informationen: Tel.: 0676/812 20 60 bzw. E-Mail: regionalmanagement@regionalverband.at



Oberösterreich

Public Management Impuls an der FH OÖ Campus Linz

Fusionen bringen keine Verbesserungen

LINZ

Im Rahmen des Public Management Impuls der FH OÖ Campus Linz diskutierten Experten die Frage, ob Gemeinden den Herausforderungen der Zukunft am besten durch verstärkte Kooperation oder nur durch Fusionen gerecht werden können.

Prof. Reto Steiner von der Universität Bern präsentierte die Erfahrungen in diesem Bereich aus der Schweiz. Er empfiehlt Gemeinden einen strategieorientierten An-

satz. Sie müssen sich fragen, welche Voraussetzungen die Entscheidungsträger in der Gemeinde schaffen



Prof. Reto Steiner: „Wenn zwei Bettler heiraten, kann dabei kein Scheich herauskommen.“

müssen, damit in Zukunft die Erreichung der Ziele der Gemeinde gewährleistet ist. Ein Ergebnis der untersuchten Gemeindefusionen in der Schweiz ist, dass es nie zu einer Verbesserung der finanziellen Situation der beteiligten Gemeinden gekommen ist.

Steiner: „Wenn zwei Bettler heiraten, kann dabei kein Scheich herauskommen.“ Ebenso betonte er, dass bei allen Kooperations- oder gar Fusionsprojekten die, wie er sie nannte, „Argumente des Herzens“ besondere Bedeutung haben. Bei der abschließenden Podiumsdiskussion betonte der Präsident des OÖ Gemeindebundes, Bgm. Hans Hingsamer, dass bei solchen Projekten nicht so sehr die Kosten, sondern die Qualität der Dienstleistung für den Bürger im Vordergrund stehen müsse. „Weitreichende Projekte müssen vor allem auch in den Köpfen der Menschen stattfinden“, so Hingsamer.

252 Projekte fertig

Hochwasserschutz im Plan

LINZ

Das oö. Hochwasserschutzprogramm ist im Zeitplan: bereits 252 Projekte wur-



Steyr bei Hochwasser

den seit 2004 fertiggestellt; 199 sind in Bau; 56 Projekte werden 2011 gestartet. Der Machlanddamm wird 2014 fertig sein.



Salzburg

Hochwasserschutz Wildbach wird verbaut

BAD HOFGASTEIN

In Bad Hofgastein (Pongau) wurde ein großes Projekt zur Wildbachverbauung begonnen. Der zuletzt 2005 und 2006 extreme Hochwasser führende Bach im Gadaunerer Graben soll durch aufwändige Schutzbauten entschärft werden. Die Kosten von vier Millionen Euro werden von Bund, Land und einer Hofgasteiner Genossenschaft aufgebracht, an der auch die Gemeinde beteiligt ist. Den Löwenanteil zahlt der Bund mit 63 Prozent. Unter anderem soll ein Brecher gebaut werden, der die Gewalt der mitgeschwemmten Steine und Bäume bricht.



Foto: szbgl/PB

Spatenstich: LAbg. Hans Scharfetter, Anton Pichler (WLV), Bgm. Fritz Zettinig, LR Sepp Eisl und Josef Trigler (Obmann Verbauungsgenossenschaft).

Schutz für Siedlung Gadaunern im Gasteinertal

Schutz für Ortsteil

BAD HOFGASTEIN/ GADAUNERN

2005 hat ein verheerendes Hochwasser den Ortsteil Gadaunern in der Gemeinde Bad Hofgastein verwüstet. Durch die zunehmende Materialansammlung in Tal wurde der Ortsteil zusätzlich gefährdet. Inzwischen sind die Planungsarbeiten für eine umfassende Verbauung des Gadaunerbaches abgeschlossen, die Bauarbeiten begannen Anfang November. „Es ist mit nichts auf der Welt aufzuwiegen, wenn man wieder ruhig schlafen kann und

weiß, dass das eigene Haus und Leben nach menschlichem Ermessen wieder geschützt ist“, so LR Sepp Eisl beim Spatenstich.

Insgesamt werden in den kommenden Monaten für die Verbauung des Gadaunerbaches rund vier Millionen Euro investiert. Die Kosten teilen sich Bund, Land und Wassergenossenschaft.

Durch die Baumaßnahmen ist der Ortsteil Gadaunern vor einem 100-jährlichen Hochwasserereignis gesichert.

Pensionsgesetz geändert Zähneknirschend zur Kenntnis

SALZBURG

Mit einer Novelle des Landesbeamten-Pensionsgesetzes werden die Pensionserhöhungen auf Bundesebene für das Jahr 2011 übernommen. Die Regelung wird auch für Personen wirksam, die Ruhe- oder Versorgungsbezüge nach dem Magistrats-Beamtenengesetz 2002, dem Salzburger Gemeindebeamtenengesetz 1968, dem Salzburger Bezügegesetz 1992 und dem Gemeindeorgane-Entschädigungsgesetz beziehen. Personalvertreter Priller und SALK-Betriebsratsvorsitzende Vierhauser nahmen die Änderung „zähneknirschend zur Kenntnis“.



Steiermark

Verein gegründet Lebenswert mit Tourismus

SCHLADMING

Der ehemalige Radio-Steiermark-Moderator Werner Handlos hat den Bürgerverein „Lebenswertes Schladming“ gegründet. Ziel des Vereins ist es, die Lebensqualität in der Gemeinde trotz steigenden Touristenandrangs zu erhalten.

In den Statuten heißt es, dass „mit konstruktiver Kritik“ ein Umdenken und eine Verbesserung der Nachhaltigkeit erreicht werden soll. Dass die WM 2013 in Schladming zu Gast ist, erfüllt die Schladminger mit Stolz, aber dennoch müssen Maßnahmen im Vorfeld der WM einen nachhaltigen Nutzen für die Bewohner haben.

Graz wird Modellregion für Elektro-Mobilität

Demnächst wird umgestiegen

GRAZ

Mit Beginn des kommenden Jahres wird Graz zur Modellregion für Elektro-Mobilität. Eine der Neuerungen wird sein, dass man dann mit dem Verbundticket auch ein Elektro-Auto oder ein E-Bike mieten können. Nach Wien und Eisenstadt ist Graz damit ab dem

kommenden Jahr die dritte Elektro-Mobilitätsregion Österreichs. Zusätzlich soll der Fuhrpark der Stadt und der städtischen Energieunternehmen nach und nach auf Elektrofahrzeuge umgestellt werden. Bereits demnächst will man die Postler mit E-Autos und E-Fahrrädern auf Tour schicken.



Winterbauoffensive Eine Million Euro für den Bau

GRAZ

Um die Bauwirtschaft anzukurbeln, gibt es auch heuer wieder die Winterbauoffensive des Landes. Eine Million Euro wird für Bauprojekte zur Verfügung gestellt, wodurch auch die Arbeitslosigkeit am Bau vermindert werden soll.

Durchschnittlich werden mit dem Geld der Winterbauoffensive jedes Jahr zwischen 20 und 25 Projekte gefördert. „Mit dem Geld werden insbesondere Gewerbe- und Tourismusprojekte gefördert. Geld gibt es aber auch für Gemeinden, die Kindergärten errichten“, sagt Wirtschaftslandesrat Christian Buchmann.





Tirol

Geschützte Pflanzen behindern den Liftbau.

Erschließung des Piz Val Gronda

Kein O.K. für Liftbau

ISCHGL

Die Erschließung des Piz Val Gronda steht weiter auf sehr wackeligen Beinen. Aus derzeitiger Sicht sei ein Liftbau aus naturschutzrechtlichen Gründen nicht genehmigungsfähig, heißt es beim Land. Grund dafür sind seltene Pflanzenarten. Das Land ließ das Gutach-

ten, das der Alpenverein in Auftrag gegeben hatte, durch einen Sachverständigen evaluieren. Dabei hat sich herausgestellt, dass die betreffenden Pflanzen vor allem im Bereich der geplanten Piste bzw. der zu errichtenden Lawinverbauungen vorkommen.

Integration Asylwerber reparierten

TELFS

In den letzten Monaten haben Asylwerber 16 ausgediente Feuerwehrautos wieder in Stand gesetzt. Nun werden diese Autos nach Bosnien, Kosovo und Kroatien geschickt. Dort sollen sie noch lange im Einsatz stehen. Im Kosovo gäbe es sogar in Städten mit 100.000 Einwohnern kein Feuerwehrauto mit einer Drehleiter, schildert Peter Logar, Leiter der Sozialabteilung des Lands Tirol. Damit später vor Ort beim Einsatz alles wie am Schnürchen funktioniert, wurden die Feuerwehrleute in der Feuerweherschule in Telfs eingeschult.

Bewertungsmodell Abfallgebühren im Vergleich

SCHWAZ

Um Gemeinden eine Orientierungshilfe bei der Festsetzung angemessener Müllgebühren zu geben, hat der Abfallverband Tirol Mitte (ATM) ein neuartiges Bewertungsmodell entwickelt. Bei den Abfallgebühren ist ein Vergleich mindestens so schwierig wie bei Handytarifen. Um das Dickicht zu lichten und die Gebührenpraxis verschiedener Gemeinden vergleichbar zu machen, haben die Spezialisten des ATM ein Modell entwickelt, das unter 50 verschiedenen Abfalldienstleistungen unterscheidet. www.atm-online.at



Vorarlberg

Einheitliche Vergaberichtlinien für Sozialwohnungen

Gegen Ghettosiedlungen

BREGENZ

Die vier Landtagsparteien haben im Integrationsausschuss des Landtages beschlossen, dass bei der Mietvergabe in Sozialwohnungen lenkend eingegriffen werden muss. Um Ghettosiedlungen zu verhindern, brauche es zum einen eine Beschränkung der Mieter mit Migrations-

hintergrund, zum zweiten sollen effiziente Einzugsbegleitungen helfen, eine positive soziale Stimmung in den Wohnquartiere zu gewährleisten. „Wir streben eine landesweite Vereinheitlichung der Richtlinien für die Wohnungsvergabe an“, so Ausschussvorsitzender Kurt Fischer (ÖVP).

Geplant ist eine Beschränkung der Mieter mit Migrationshintergrund.



Millionen-Entschädigung für Rückwidmung

Streit um „Sichtfenster“

LOCHAU

Seit Jahren kämpfen Grundstücksbesitzer in Lochau gegen die Gemeinde. Diese hatte Bauland im Wert von 2,5 Millionen Euro in landwirtschaftliche Fläche umgewidmet, um ein sogenanntes Sichtfenster, also eine Grünfläche, vom Bodensee bis in den Ortskern zu erhalten. Die betroffenen Grundstücksbesitzer haben geklagt und in zweiter Instanz Recht bekommen. Auch das Landesgericht Feldkirch hat entschieden, dass den Eigentümern eine volle Entschädigung für die Rückwidmung zusteht. Das Gericht hat den Grundstücksbesitzern eine Entschädigung in Höhe von 1,8 Mil-

lionen Euro zugesprochen. Allerdings dürfen sie das Geld – laut Landesgesetz – 15 Jahre nicht verwenden. Die Gemeinde Lochau teilt in einer Presseaussendung mit, dass sie, auch aufgrund der ausdrücklichen Zulassung durch das Landesgericht Feldkirch, aller Voraussicht nach die Rechtslage vom Obersten Gerichtshof prüfen lassen wird. „Die vom Landesgericht Feldkirch vorgenommene extensive Auslegung der Entschädigungsregelungen des Vorarlberger Raumplanungsgesetzes würde eine der Allgemeinheit dienende sinnvolle Orts- und Raumplanung im Ergebnis verunmöglichen“, heißt es.





Foto: Bayerischer Gemeindetag

Wilfried Battisti Matscher, der bisherige Vizepräsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Dr. Arno Kompatscher, neu gewählter Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Horst Seehofer, Ministerpräsident Bayerns, Dr. Jürgen Busse, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, und Bürgermeister Günter Fankhauser, Vizepräsident des Österreichischen und des Tiroler Gemeindebundes.

Neuer Südtiroler Präsident am Bayerischen Gemeindetag 2010

Die Probleme ähneln sich überall

BOZEN/IPHOFEN

Der kürzlich gewählte Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes, Dr. Arno Kompatscher nahm in Begleitung des bisherigen Vizepräsidenten Wilfried Battisti Matscher am 3. November am Bayerischen Gemeindetag 2010 in Iphofen teil. Empfangen wurden die beiden Vertreter des Gemeindenverbandes von dem bayerischen Gemeindetagspräsidenten Dr. Uwe Brandl, der den Bayerischen Gemeindetag 2010 eröffnete. Darauf folgte die Festansprache des bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Präsident Dr. Arno Kompatscher stellte bei dem gemeinsamen Meinungsaustausch mit den Amtskollegen fest, dass die Bedürfnisse und Probleme der Gemeinden in Bayern dieselben sind wie hier in Südtirol.

„In erster Linie stellt der Finanzausgleich ein großes Problem für die Gemeinden in Bayern dar. Zumal die Gewerbesteuer eine wesentliche Einnahme für die bayerischen Gemeinden ist und die Wirtschaftskrise doch einigen bayerischen Unternehmen stark zugezogen hat, wurden die Gemeindehaushalte entsprechend in Mitleidenschaft gezogen“, fasste Arno Kompatscher die von Uwe Brandl geschilderte Finanzsituation der bayerischen Gemeinden zusammen. Ministerpräsident Horst Seehofer zeigte allerdings Verständnis für die Situation und signalisierte eventuelle Zugeständnisse und geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Gemeinden. Präsident Kompatscher stellt des weiteren fest, dass auch in Bayern die immer größer werdenden Zuständigkeiten und die Befugnis-

se der Gemeinden, Schwierigkeiten darstellen, weil die Aufgaben wohl delegiert, nicht aber die entsprechenden bzw. notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Kompatscher betonte nach seiner Rückkehr die Beziehungen zu den bayerischen Kollegen im Sinne der freundschaftlichen Zusammenarbeit pflegen und ausbauen zu wollen.

Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Genossenschaft,
Kanonikus-Michael-
Gamber-Straße 10,
I-39100 Bozen
Tel.: 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
E-Mail: info@gvcc.net
Web: www.gvcc.net



Neuer Präsident

Arno Kompatscher übernimmt Amt

BOZEN/VÖLS

Der Bürgermeister von Völs am Schlern (Bezirk Salten-Schlern), Arno Kompatscher, ist seit Ende Oktober der neue Präsident des Gemeindenverbandes. Er folgt auf den ehemaligen Bürgermeister von Plaus, Arnold Schuler, der vor zwei Jahren in den Landtag gewechselt ist. Der neue Präsident des Gemeindenverbandes wolle es seinem Vorgänger nicht nachtun und im Jahr 2013 nicht bei den Landtagswahlen antreten, versichert Kompatscher. Die Südtiroler Volkspartei stellt derzeit 107 der insgesamt 116 Bürgermeister Südtirols. Arno Kompatscher steht seit 2005

der Gemeinde Völs vor. Völs am Schlern (ital. Fiè allo Sciliar [ˈfje ˈal:ɔ ʃiˈlja:r]) ist eine Gemeinde mit 3427 Einwohnern unterhalb des Schlern-Massivs. Der Hauptort ist Völs.



Völs am Schlern

Das eigentliche Dorfzentrum aber ist Untervöls. Dort befinden sich Dorfplatz, Pfarrkirche, Volksschule und ein Vereins-Gemeindehaus. Funde aus der Kupferzeit belegen, dass das Völser Gemeindegebiet bereits im 4. Jahrtausend v. Chr. besiedelt war. Arno Kompatscher (Jg. 1971) ist verheiratet und hat fünf Kinder. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck und Padua war er von 1998 bis 2004 Leiter des Rechts- und Vertragsamtes der Gemeinde Kastelruth. Ab 2000 bis 2005 war er Vizebürgermeister der Gemeinde Völs am Schlern und ist seit 2005 dort Bürgermeister.

Personalia Salzburg

Tina Widmann folgte Doraja Eberle

Neue Landesrätin

SALZBURG

Die Pinzgauer Quereinsteigerin Tina Widmann wurde als neue Familienlandesrätin angelobt. Sie folgt in dieser Funktion Doraja Eberle nach, die sich aus privaten Gründen aus der Politik zurückzieht. Widmann wird alle Ressorts von Eberle übernehmen. Das sind Familie, Kinder, Jugend, Integration, Asylwesen, Senioren, Nationalpark Hohe



Tina Widmann

Tauern, Volkskultur und Erhalt des kulturellen Erbes. Widmann ist Juristin und evangelische Religionslehrerin und war bisher in Projekten der Kinder- und Jugendanwaltschaft im Pinzgau engagiert. Die neue Landesrätin lebt zwar seit ihrem dritten Lebensjahr in Salzburg, kam aber in Karlsruhe zur Welt und war damit bis zuletzt Deutsche. Erst kurz vor ihrem Amtsantritt erhielt sie die österreichische Staatsbürgerschaft.

Personalia Wien

Christa Peinhaupt wird neue Leiterin des FGÖ

Frauenpower an der Spitze der „Gesundheit Österreich“

WIEN

Mit 15. November wird Christa Peinhaupt ihre Funktion als Geschäftsbereichsleiterin im Fonds Gesundes Österreich (FGÖ) übernehmen. „Aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz und ihrer hohen Motivation ist die Entscheidung auf Christa Peinhaupt als neue Geschäftsbereichsleiterin gefallen“, so Arno Melitopoulos, Geschäftsführer der Gesundheit Österreich GmbH. „Peinhaupt wird mit einem eingespielten Team dafür sorgen, dass die Gesundheitsförderung in Österreich weiter vorangetrieben und noch



Christa Peinhaupt

stärker etabliert wird.“ Mit dieser Entscheidung wird das Führungsteam der Gesundheit Österreich GmbH durch „Frauenpower“ gestärkt. Peinhaupt, Jahrgang 1973, studierte Soziologie an der Uni Wien und war sieben Jahre am Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig. Seit März 2007 arbeitete die Public Health-Expertin im steirischen Gesundheitsfonds und war dort zuletzt als stellvertretende Geschäftsführerin tätig. Mehr auf www.fgoe.org



Maria Fekter und Helmut Mödlhammer (r.) waren sich einig: „Hubert Waibel hat zahllose Verdienste. Sein größtes ist aber, dass er trotz seiner vielen Jahre in der Politik und in höchsten Funktionen immer ein Vorbild an Menschlichkeit geblieben ist.“

Hubert Waibel von Innenministerin Maria Fekter geehrt

„Goldenes Ehrenzeichen“ für Legende der Kommunalpolitik

WIEN

Von Innenministerin Maria Fekter wurde einem besonderen Mann das Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich überreicht. Mit 88 Jahren erhielt der ehemalige Bürgermeister von Wolfurt und vormalige Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes, Hubert Waibel, ein Urgestein der Vorarlberger Kommunalpolitik, diese hohe Auszeichnung. Viele Freunde, seine gesamte Familie, Gemeindegemeinschaften, Bürgermeister Helmut Mödlhammer und „General“ Robert Hink ließen es sich nicht nehmen, der Ehrung im stilvollen Oktogon des Innenministeriums beizuwohnen. „Hubert Waibel hat zahllose Verdienste“, erklärte Mödlhammer. „Sein größtes Verdienst ist aber, dass er trotz seiner vielen Jahre in der Politik und in höchsten Funktionen immer ein Vorbild an Menschlichkeit geblieben ist.“ Auch Innenministerin Maria Fekter fand überschwengliche Worte für Waibels Engagement: „Es ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit, sich über so viele Jahre mit so großem Einsatz in der Gemeindepolitik zu engagieren.“

Im Laufe von Waibels politischem Lebensweg folgte eine große weitere Zahl an Ämtern und Funktionen. So wurde Waibel schon 1964, wenige Jahre nach Amtsantritt als Bürgermeister, auch in den Vorarlberger Landtag gewählt, dem er über zwei Jahrzehnte als Abgeordneter angehörte. 1970 wählten ihn seine Amtskollegen zum Vizepräsidenten des Vorarlberger Gemeindeverbandes, vier Jahre später zum Präsidenten. Sein Engagement schlug sich auch vor der aktuellen Ehrung in vielen anderen Auszeichnungen nieder. So ist Waibel natürlich Ehrenbürger seiner Gemeinde, Ehrenpräsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes und Ehrenmitglied des Österreichischen Gemeindebundes.

„Wir freuen uns ganz besonders mit Hubert Waibel“, sagte Gemeindegemeinschaftsleiter Robert Hink bei der Verleihung und gratulierte im Namen aller heimischen Gemeinden. „Es gibt wenige, die diesen Orden so verdient haben wie er.“

Mehr Infos und Fotos auf www.gemeindegemeinschaft.at

Todesfall

Alt-Landeshauptmann Andreas Maurer verstorben

Familienmensch, Musiker, Politiker

TRAUTMANNSDORF AN DER LEITHA

Der niederösterreichische Alt-Landeshauptmann Andreas Maurer starb am 25. Oktober im 92. Lebensjahr. Maurer wurde am 7. September 1919 in Trautmannsdorf an der Leitha geboren. Nach der Volksschule besuchte er die landwirtschaftliche Schule in Bruck an der Leitha und übernahm in der Nachkriegszeit die väterliche Landwirtschaft in Trautmannsdorf. Mit 27 Jahren wurde er Ortsbauernrat, dann Kammerrat und Gemeinderat. Von 1959 bis 1964 war er Abgeordneter zum nö. Landtag, von 1964 bis 1966 Landesrat. Vom 24. November 1966 bis zum 22. Jänner 1981 war Andreas Maurer Landeshauptmann von Niederösterreich.

Zu den Höhepunkten seiner politischen Karriere zählten unter anderem der Bau von drei neuen Donaubrücken (Krems, Melk, Hainburg) und der Beschluss über eine neue Landesverfassung 1978. Darüber hinaus fielen in seine Ära der flächendeckende Ausbau des Straßennetzes, zahlreiche bildungspolitische Maßnahmen wie die kostenfreien Kindergärten und Schulen, das Ende der achtklassigen Volksschule und die Einführung der Hauptschulpflicht.

In seine Amtszeit fiel auch die große niederösterreichische Gemeindestrukturreform, durch die sich die Zahl der Gemeinden im Land von 1652 auf 573 verringerte, und zwar bis auf



Andreas Maurer: Niederösterreichs Alt-Landeshauptmann starb im 92. Lebensjahr.

die allerletzte Phase auf freiwilliger Basis. Auch zahlreiche Förderungsmaßnahmen für die neugebildeten Gemeinden wurden eingeführt.

Die Landespolitik wurde grundsätzlich auf raumordnerisch-wissenschaftliche Basis gestellt. Auch wurde der Umweltschutz in Land und Gemeinden breit forciert. Sozial- und gesellschaftspolitisch – so im Spieltal- und Heimbau und in der Seniorenbetreuung – wurden ebenfalls große Fortschritte erzielt.

Der leidenschaftliche Bauer war ein sehr musischer Mensch, der begeistert Bassflügelhorn und Violine spielte und bis ins hohe Alter Sport betrieb.

Der ausgeprägte Familienmensch Andreas Maurer hinterlässt eine große Familie: seine Gattin Hermine, mit der er mehr als 65 Jahre verheiratet war, sechs Kinder sowie eine große Schar von Enkeln und Ur-enkeln.

Personalia Salzburg

Landesauszeichnungen überreicht

Geschicke des Landes entscheidend mitgeprägt

SALZBURG

15 Auszeichnungen des Landes Salzburg überreichte Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller Anfang November bei einem Ehrungsfestakt in der Salzburger Residenz.

So erhielten das **Große Ehrenzeichen des Landes** die Zweiten Landtagspräsidenten a. D. MMag. Michael Neureiter und Wolfgang Saligner.

Das **Ehrenzeichen des Landes Salzburg** erhielt Ökonomierätin Theresia Fletschberger aus Henndorf.

Das **Große Verdienstzeichen des Landes Salzburg** bekamen Kommerzialrat Dkfm. Dr. Bernd Petrisch aus Salzburg, Dr. **Heidi Reiter** aus Eugendorf, Bürgermeister a. D. **Matthias Scheiber** aus Leogang, Emmerich Schwemlein aus Bruck an der Glocknerstraße und Hilde Wanner aus Salzburg. Dr. Heidi Reiter war zehn Jahre verdienstvoll als Abgeordnete zum Landtag tätig. Sie war außerdem jahrelang in der Gemeindevertretung Eugendorf engagiert und

Vorstandssprecherin der Bürgerliste Land Salzburg. Matthias Scheiber war von 1999 bis 2009 als Abgeordneter zum Landtag tätig. Von 1987 bis 2004 arbeitete er als Bürgermeister der Gemeinde Leogang für das Wohl und die Anliegen der Leoganger Bevölkerung.

Europa

Neuwahlen am EuGH

Vier Richter, ein Generalanwalt

LUXEMBURG

Die Richter des Gerichtshofs haben im Oktober für die Dauer eines Jahres Jean-Jacques Kasel zum Präsident der Fünften Kammer, Alexander Arabadjev zum Präsident der Sechsten Kammer, Daniel Šváby zum Präsident der Siebten Kammer und Konrad Schiemann, Präsident der Achten Kammer gewählt. Yves Bot wurde für die Dauer eines Jahres zum Ersten Generalanwalt bestimmt.

Personalia Burgenland

Peter Vadasz tritt 2012 nicht mehr an

„Das ist fixer als fix“

GÜSSING

Das burgenländische Güssing ist in Sachen Energien europaweit ganz vorne mit dabei. Das beweist nicht nur der Status quo, sondern auch viele Auszeichnungen. Einen großen Anteil an der Arbeit und den Projekten hat Bürgermeister Peter Vadasz. Er setzte sich sehr intensiv dafür ein,

dass Güssing heute zu einem europäischen Zentrum für erneuerbare Energien zählt.

Der 66-Jährige verkündete nun jedoch, dass er bei den Wahlen 2012 nicht mehr für das Amt kandidieren will. „Das ist fixer als fix. 2012 trete ich sicher nicht mehr an“, stellte er klar.



Neue Homepage

Landesauszeichnungen überreicht

Erstes Webportal für nachhaltigen Konsum in Österreich

News zu nachhaltigen Themen, praktische Einkaufstipps, detaillierte Produktinformationen und eine übersichtliche Darstellung und Erklärung von allen aktuellen nachhaltigen Labels und Gütezeichen sind verständlich und benutzerfreundlich miteinander verknüpft. Beim Griff ins Einkaufsregal entscheiden die Konsumenten

innen – diese Entscheidung soll zu Gunsten von nachhaltigen Produkten fallen. Bewusstkaufen.at informiert über nachhaltige Projekte, Innovationen und Veranstaltungen und bietet umfassende Informationen, die KonsumentInnen bei einer nachhaltigen Kaufentscheidung unterstützen. In den News sollen auch Themen einen Platz finden, die auf der Nachhaltigkeitsagenda noch nicht ganz oben stehen. Die Seite bietet etablierten Themen und wenig bekannten Nischenthemen gleichermaßen eine Plattform, die die Möglichkeit zu Information, Diskussion und Austausch bietet.

www.Bewusstkaufen.at



Förderung Burgenland

GVV begrüßt Förderinitiative für die Gemeinden

Gemeindehomepages werden mit bis zu 5000 Euro gefördert

EISENSTADT

Der sozialdemokratische Gemeindevertreterverband im Burgenland (GVV) begrüßt eine Förderinitiative der LEADER Aktionsgruppe „nordburgenland plus“. Demnach wird Mitgliedsgemeinden die Neueinrichtung einer Homepage beziehungsweise Überarbeitung einer bestehenden Homepage mit bis zu 5000 Euro gefördert. Möglich wurde diese Förderschiene, weil in den vergangenen Jahren sehr sparsam mit den Beiträgen umgegangen wurde.

„Es ist eine großartige Idee, dieses Geld zweckgebunden wieder an die Gemeinden auszuschütten. Gerade im Bereich der elektronischen

Kommunikation gibt es in einigen Gemeinden noch Defizite, die mit Hilfe dieser Förderung behoben werden können“, kommentiert Ernst Schmid, Präsident des GVV. Gefördert werden projektbezogene Beratungskosten, der Ankauf eines Softwareprogrammes sowie die Kosten der Umsetzung. Zu beachten sind dabei nur zwei Auflagen: Es muss das Logo der „LAG nordburgenland plus“ auf der Homepage verwendet werden und es muss eine Verlinkung mit dem örtlichen, regionalen sowie überregionalen Tourismusbereich gegeben sein. Die Förderung beginnt ab sofort und endet am 31. Dezember 2013.

Jahrbuch

Neuerscheinung

Abfallwirtschaftsrecht 2010

Das Jahrbuch Abfallwirtschaftsrecht 2010 bereitet die zentralen einschlägigen Entwicklungen in Österreich sowie in der Europäischen Union auf und bezieht dabei die letzten drei Jahre mit ein. Das Buch enthält zwei Module:

Modul 1 bietet eine systematische, kompakte und problemorientierte Darstellung und Kommentierung wesentlicher Judikate des EuGH sowie des VwGH, für den eiligen Rechtsanwender um Schlagwörter und Leitsätze ergänzt. Modul 2 widmet sich aktuellen Entwicklungen, die in Form von Beiträgen und Exposés Informationen aus erster Hand rasch und leicht erfassbar transportieren. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Lösung von Auslegungsproblemen und auf der nachvollziehbaren Darstellung praktischer Entwicklungen. Damit werden Einblicke geboten, welche insbesondere dem Rechtsanwender die Orientierung im Dschungel des Abfallwirtschaftsrechts erleichtern.



Ratgeber

9. Auflage

Erben & vererben

Zehn Prozent aller Testamente sind ungültig, darunter fast alle in Krankenhäusern abgeschlossen. Wer beschäftigt sich schon gerne mit seinem Ableben und den Konsequenzen daraus? Wie wichtig es ist, die Thematik aktiv anzugehen, zeigt Sachbuchautor Ewald Maurer in seinem mittlerweile in 9. Auflage erschienenen Ratgeber „Erben und vererben“. Wie erstelle ich ein gültiges Testament? Wie sieht die Erbfolge aus?



Diese und ähnliche Fragen – insgesamt 275 – beantwortet der ehemalige Gerichtsvorsteher und geht dabei auch auf das neue Erbrecht eingetragener gleichgeschlechtlicher Partner ein. Zahlreiche Beispiele aus der Gerichtspraxis machen den Ratgeber vor allem auch für Nicht-Juristen interessant. Aus dem Inhalt:

- ▶ Erstellung des Testaments
- ▶ Muster und Formulierungsvorschläge
- ▶ Erbfolge
- ▶ Pflichtteil
- ▶ Enterbung

Das Buch

Piska / Wolfslehner / Lindner, „Abfallwirtschaftsrecht – Jahrbuch 2010“, 221 Seiten; 38,80 Euro
ISBN 978-3-7083-0702-2
Neuer Wissenschaftlicher Verlag, Argentinierstraße 42/6, A-1040 Wien
Tel.: 01/535 61 03-24
E-Mail: office@nvw.at

Das Buch

Ewald Maurer, „Erben & vererben“ (in 9. Auflage, mit Erbrecht eingetragener gleichgeschlechtlicher Partner), 224 Seiten, 18,80 Euro
ISBN 978-3-214-18130-7
Verlag Manz 2010.
Bestellungen telefonisch unter (01) 531 61-100 oder per E-Mail an bestellen@manz.at

SANIERUNG - RENOVIERUNG - NEUBAU

Vorschau auf Ausgabe 1/2011 (Jänner):



Die Immobilien der Gemeinde – eine Wertanlage

Sanieren, renovieren, bauen – was ist wann das Richtige?

Während Facility Management sich mehr mit dem Innenleben der Wertanlage „Immobilie“ auseinandersetzt, beleuchtet

KOMMUNAL zu Jahresbeginn 2011 die baurechtliche und bautechnische Seite.

Höhere Schwellenwerte bei der Auftragsvergabe dürften die kommunale Wirtschaft wieder mehr ankurbeln, aber nach welchen Gesichtspunkten wird überhaupt entschieden, ob das Gebäude eine Sanierung rechtfertigt? Vielleicht wäre eine Renovierung besser – und was ist überhaupt der Unterschied zwischen sanieren und renovieren?

Ab welchem Punkt wäre es aus wirtschaftlicher Sicht besser, ein Gebäude gleich abzureißen und neu zu bauen? Und ab wann hat der Denkmalschutz mitzureden?

KLIMASCHONENDE MOBILITÄT



Der Umwelt zuliebe

Eines ist allgemeiner Konsens: So wie bisher können wir nicht weiterfahren. Verkehr reduzieren ist ein Ansatz, den öffentlichen Verkehr forcieren: Straßenbahn, Bus, Bahn ausbauen, verbessern, nutzerfreundlicher machen. Aber das ist nicht alles: Liegen durch verkehrsreduzierende Raumplanung Arbeits- und Wohnorte sowie die nötige Versorgungsinfrastruktur beieinander, wird sanfte Mobilität in Stadt und Land möglich – anders gesagt, der „Verkehr verbessert“. KOMMUNAL zeigt auf, was die Gemeinden beitragen können.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL
Löwelstraße 6, 1010 Wien
Fax: 01/532 23 77
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel.: 01/532 23 88 – 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Mag. Alexander Palaschke
Tel.: 01/532 23 88 – 14
alexander.palaszke@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	34
▶ Bundesministerium für Finanzen	30
▶ Bundesministerium für Inneres	29
▶ Dr. Harald Pitters	51
▶ Energie AG Oberösterreich Wasser GmbH	60
▶ ENERGIECOMFORT	56
▶ F. Johann Kwizda GmbH	39
▶ Familien und Beruf Management GmbH	33
▶ Gesundheit Österreich GmbH, Fonds Gesundes Österreich	61
▶ Immorent AG	52
▶ KOMMUNALKREDIT Austria AG	53
▶ Microsoft Österreich GmbH	59
▶ ÖBB – POSTBUS GmbH	41
▶ Österreichische Post AG	41
▶ PwC PricewaterhouseCoopers GmbH	49
▶ Raiffeisen Leasing GmbH	57
▶ Schörghuber-Infrapool	39
▶ SIVBEG Strategische Immobilien Verwertungs-, Beratungs- und EntwicklungsgesmbH	38
▶ Stangl Reinigungstechnik GmbH	59
▶ UniCredit Bank Austria AG	55

Vorschau auf Ausgabe 12/10 (Dez.):

DIE SICHERE GEMEINDE

▶ Sicher ist sicher ...

Kaum ein kommunales Thema reicht in so viele Bereiche hinein wie die „sichere Gemeinde“. Das beginnt beim Schutz des Personals am Bauhof oder der Schutzkleidung für die Fachleute, die in die Kanalisation steigen. Eine sichere Gemeinde achtet auch auf einen sicheren Weg zur Schule für die Kleinsten. Damit sich die Bürger in der Gemeinde sicher fühlen, funktioniert die Beleuchtung und die Zusammenarbeit mit den Ordnungshütern. Das ist noch lange nicht alles – und dennoch schon ein riesiges Bündel an Aufgaben für jede einzelne Kommune.

FACILITY MANAGEMENT

▶ Haustechnik hilft sparen

Das Facility Management (FM) umfasst laut Definition die professionelle Abwicklung von Sekundärprozessen. Dazu gehören technische, infrastrukturelle und kaufmännische Aufgaben, die nicht in das Kerngeschäft einer Organisation fallen, sondern dieses unterstützen. Beispiele dafür sind unter anderem die Bühnenbeleuchtung in Konzerthäusern.

Wasser und Abwasser

für über 1000 Gemeinden, Städte und Verbände



WV GAFLENZTAL **8.200 EW**
WV VÖCKLA AGER **55.000 EW**
RHV SCHÄRDING **27.000 EW**
RHV UNTERE FELDAIST **18.500 EW**
WG EFERDINGER BECKEN (BEWÄSSERUNG) **1.800 ha**

Unser Wasser. **Unser Leben.**

24 Stunden am Tag. 365 Tage im Jahr.



WAS TUT DIE KOMMUNALKREDIT FÜR ÖSTERREICH?

Infrastruktur ist die Basis für eine erfolgreiche Zukunft. Aus diesem Grund legt die Kommunalkredit ihren strategischen Fokus auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind. **Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Energieversorgung, Anlagen der Wasserwirtschaft** sowie **der Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** sind für die Allgemeinheit unerlässlich. Jeder hat einen Nutzen davon. Unser Know-how und unsere Erfahrung sind bedeutendes Kapital für **Städte und Gemeinden**, damit sie ihre Vorhaben erfolgreich umsetzen können. Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft.



WASSERKRAFT
als sauberer Stromlieferant



NACHHALTIGE ENERGIE
ohne Umweltbelastung



MODERNE GESUNDHEITZENTREN
für Bürgerinnen und Bürger



KADERSCHMIEDEN
für unsere Jugend



SOZIALE INFRASTRUKTUR
für eine funktionierende Gesellschaft



VERKEHRSWEGE
für rasche und sichere Verbindungen

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
www.kommunalkredit.at

**KOMMUNAL
KREDIT**